KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 210 Juli / August 2020 3,– €

Kurdistan Report | Ausgabe 210 Juli/August 2020

Liebe Leserinnen und Leser,

die Türkei setzt weiterhin auf eine militärische Lösung der kurdischen Frage. Ihre Repression gegenüber der kurdischen Gesellschaft richtet sich hierbei nicht nur auf die Türkei und Nordkurdistan oder gegen die Revolution in Rojava. Auch in Südkurdistan intensiviert der türkische Staat seine Kriegspolitik gegen die kurdische Freiheitsbewegung. So kam am 27. Mai Kasim Engin, Mitglied im Zentralkomitee der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), bei einem Luftangriff der türkischen Armee in der südkurdischen Region Bradost ums Leben. Mit Kasim Engin, verliert die kurdische Freiheitsbewegung nicht nur eines ihrer führenden Mitglieder. Auch wir verlieren einen Freund, eine Brücke zwischen der kurdischen Bewegung und der Linken in Deutschland, als auch einen ehemaligen Leser und Mitarbeiter des Kurdistan Reports.

Der kurdische Revolutionär hatte sich 1989 in Deutschland der PKK angeschlossen. Seit 1985 beteiligte er sich aktiv an den Arbeiten der Freiheitsbewegung in Europa. Im Rahmen der politischen Arbeiten organisierte er die kurdische Bevölkerung in der Diaspora und übernahm vor allem in den Jugend-, Kultur- und Diplomatiearbeiten große Verantwortung. In Deutschland war er auch maßgeblich an der Erstellung und Verbreitung des Kurdistan Reports beteiligt und leistete damit einen großen Beitrag zur Bekanntwerdung des Freiheitskampfes und der Entstehung der Solidaritätsbewegung.

Zur 200. Ausgabe des Kurdistan Reports verfasste Kasim Engin ein Erinnerungsschreiben, welches wir unseren Leserinnen und Lesern zum Lesen ans Herz legen wollen. Kasim Engin trug wie Hüseyin Çelebi und Engin Sincer zum Erscheinen des Kurdistan Reports bei. Alle drei Freunde, die sich aus Deutschland dem Freiheitskampf anschlossen, haben in den Bergen Kurdistans ihr Leben verloren.

Die Bedeutung des Reports beschreibt Kasim Engin in seinen eigenen Worten wie folgt: »Der Kurdistan Report ist in zweierlei Hinsicht sehr bedeutungsvoll; zum einen das Näherbringen *[der kurdischen Realität, der sozialen Situation und das Land]* für die deutsche Gesellschaft in Deutschland und die deutschsprachen Regionen, zum anderen für uns Menschen, die dazu gezwungen waren, fern der Heimat zu leben, um Wissen über die eigene Realität zu erlangen, darüber an Identität zu gewinnen, um so Mitstreiter des Freiheitskampfes zu werden.

Möglicherweise gilt das Gesagte für andere Völker der Erde nicht. Doch für jene, deren Sprache wie unsere verboten ist, deren Lebensräume und Identität verleugnet werden und denen nicht ein Fußbreit eigenen Landes gewährt wird, hat es eine große Bedeutung, dass an fernen Orten Wissen über die eigene Identität erworben werden kann.

Kurz gesagt, der Kurdistan Report ist nicht nur eine Zeitschrift. Auch nicht nur eine Reihe von Artikeln, die an einige junge Leute zur Lektüre verteilt werden. Im Zwischenmenschlichen und im Individuellen – der Kurdistan Report war nicht nur der Name für die Verbindung zu insbesondere linken, sozialistischen, feministischen, demokratischen, antifaschistischen, anarchistischen und verschiedenen Glaubensgruppen, sondern er war die Verbindung selbst.«

In diesem Sinne widmen wir diese Ausgabe unserem Freund Kasim Engin und hoffen, damit einen Beitrag für eine schöne freie Welt zu leisten, für die er einstand.

Eure Redaktion


anf

Der Kampf für Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden in der Türkei lässt sich trotz heftiger Angriffe des faschistischen Erdoğan-Regimes nicht aufhalten.



anf

Bei einem türkischen Luftangriff auf Südkurdistan wurde Kasim Engin getötet. In den 80ern trug er wie Hüseyin Çelebi und Engin Sincer zum Erscheinen des Kurdistan Reports bei.


kr

Die 12.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf (kurd.: Heskîf) in Nordkurdistan ist fast vollständig im Stausee versunken – das ist kultureller Genozid!

Aktuelle politische Bewertung

Widerstand, Aufstand und Aufbau zu einer Lebensweise machen

Ali Çiçek, Mitarbeiter von Civaka Azad

Wenige Tage vor dem 5. Jahrestag des historischen Wahlerfolgs der HDP (Demokratische Partei der Völker) bei den türkischen Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 wurde den HDP-Abgeordneten Leyla Güven und Musa Farisoğulları am 5. Juni 2020 die parlamentarische Immunität und das Abgeordnetenmandat entzogen. Beide kurdische Abgeordnete wurden daraufhin verhaftet. Während sich Musa Farisoğulları weiterhin in Haft befindet, wurde Leyla Güven nach einer kurzzeitigen Inhaftierung wieder freigelassen. Leyla Güven, die zugleich Ko-Vorsitzende der zivilgesellschaftlichen Organisation DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) ist, wurde weltweit bekannt durch den von ihr Ende 2018 im Gefängnis von Amed (Diyarbakır) initiierten Hungerstreik gegen die Isolation Abdullah Öcalans, dem sich Tausende Menschen auf mehreren Kontinenten anschlossen. Der Frauenrat der HDP bewertete die Verhaftung von Leyla Güven als doppelten Angriff: zum einen auf die Demokratie und zum anderen auf den Frauenkampf.

Die Angriffe des türkischen Staates auf die kurdische Gesellschaft und ihre politischen Organisationen haben im Jahr 2020 nicht an Intensität eingebüßt. Um die heutigen vielen Brennpunkte in Kurdistan richtig einordnen zu können, hilft es, einen Blick auf die türkische Staatspolitik gegenüber der kurdischen Freiheitsbewegung innerhalb der letzten fünf Jahren zu richten unter Einbeziehung der regionalen Lage im Mittleren Osten.

Das Jahr 2015: Kriegsentscheidung gegen den Frühling der Demokratie

Die Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015 stellten für die damals 13-jährige Ära der AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) eine Zäsur dar. Die Entscheidung der HDP statt mit unabhängigen Kandidatinnen und Kandidaten erstmals als Partei an diesen Wahlen teilzunehmen sowie gleichzeitig das Bestreben des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, diese Wahlen quasi in ein Referendum für sein autoritäres Präsidialsystem umzuwandeln, hatte diese Wahl zu einer Schicksalswahl gemacht. Die Idee einer Partei als ein Dach für die demokratischen Bestrebungen in der Türkei ist, ging auf die Initiative des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan zurück. Bei den Wahlen überwand die HDP mit 13,1 Prozent die Wahlhürde von 10 Prozent und zog mit 80 Abgeordneten ins Parlament ein. Der 7. Juni 2015 hat nicht nur die AKP, sondern auch die historischen Fundamente des türkischen Staates nachhaltig erschüttert. Der seit 90 Jahren auf der Losung »ein Volk, eine Sprache, ein Land, eine Fahne« basierende Nationalstaat wurde durch die Millionen Stimmen für die demokratische Nation und gemeinsame Heimat in Frage gestellt. Denn der türkische Staat beruht seit seiner Gründung 1923 auf der Idee einer homogenen Staatsnation – die Türkei als Staat aller Türken. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass jede abweichende Identität und Behauptung von kultureller und nationaler Vielfalt mit Staatszersetzung und Separatismus gleichgesetzt wird.

Diese Wahl markierte zudem das Entstehen eines dritten Pols in der türkischen Politikarena. Der HDP steht sowohl der islamisch-konservative-nationalistische Block gegenüber, der heute von dem Bündnis von AKP und MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) dargestellt wird, als auch der laizistisch-nationale Block, der durch die CHP (Republikanische Volkspartei) repräsentiert wird. Die HDP stellt damit den demokratischen Pol dar.

Dieser Frühling der Demokratie beschränkte sich jedoch nicht auf Nordkurdistan, sondern weitete sich mit der Gezi-Bewegung 2013 symbolisch in der ganzen Türkei aus. Parallel dazu nahm der alternative Gesellschaftsaufbau in Rojava (Nordsyrien) immer konkretere Formen an und wurde zur Quelle der Inspiration demokratischer Kräfte weltweit.

Beantwortet wurden diese Demokratisierungsschübe mit einem regelrechten Vernichtungsfeldzug des türkischen Staates sowohl im eigenen Land als auch in den verschiedenen Teilen Kurdistans. Nach den Wahlen vom 7. Juni 2015 setzte Erdoğans AKP auf ein Bündnis mit der faschistischen MHP

und der ultranationalistischen Ergenekon. Die vielbeschworene Formel vom »Überlebenskampf des Staates« wurde in den folgenden Jahren in den türkischen Staatsmedien pausenlos wiederholt. Mit der Kriegsentscheidung der Erdoğan-Regierung trat der Plan »çökertme« (in etwa: »in die Knie zwingen«) in Kraft: die politisch-militärische Offensive zur Zerschlagung der kurdischen Freiheitsbewegung – Demokratisierungsmotor in der gesamten Region – und die Unterwerfung nicht nur der kurdischen, sondern aller demokratischen oppositionellen Kräfte innerhalb der Türkei. Türkische Staatsvertreter sprachen vom sogenannten Sri-Lanka-Modell bzw. von der »tamilischen Lösung«, was die militärische »Lösung« der kurdischen Frage bedeutete.

Türkischer Staatsterrorismus in Kurdistan

In diesem Kontext führt der türkische Staat heute einen Krieg an mehreren Fronten gleichzeitig. In der Türkei und in Nordkurdistan erfolgten im Winter 2015/16 zunächst militärische Angriffe auf nordkurdische Städte, und es ereigneten sich mehrere Selbstmordanschläge auf demokratische Massenproteste, um den Willen der Bevölkerung zu brechen und jede Loyalität und die Identifizierung mit der kurdischen Freiheitsbewegung zu bestrafen. Psychologische Kriegsführung war Bestandteil dieser Angriffe, wie z. B. bei der Verbrennung von mehr als zweihundert Zivilistinnen und Zivilisten und verletzten Widerständischen in den Kellern von Cizîr (Cizre). Es folgten Massenverhaftungen, die sich gegen jede demokratische Artikulation der Gesellschaften der Türkei richteten und ein so extremes Ausmaß angenommen haben, dass von einem »politischen Genozid« gesprochen werden kann. In den letzten Monaten richteten sich die Angriffe nun nicht mehr allein gegen lebende, sondern auch gegen tote Kurdinnen und Kurden. Der türkische Staat benutzt die Leichen von gefallenen Guerillakämpferinnen und -kämpfern als Mittel des Spezialkriegs. Durch die Verstümmelung von Leichen, die systematische Zerstörung von Gräbern und die Verhinderung der Umsetzung religiöser Vorschriften wie die Waschung der Leichname soll die Bevölkerung gedemütigt und ihr Widerstandswille gebrochen werden. Exemplarisch dafür ist der Fall des Guerillakämpfers Agit Ipek, dessen Leichnam seiner Mutter im April dieses Jahres per Postpaket zugeschickt wurde oder die Entdeckung sterblicher Überreste von Hunderten Guerillakämpferinnen und -kämpfern, die in Istanbul heimlich unter Gehwegplatten verscharrt worden waren.

Der türkische Staatsterrorismus hat die gesellschaftliche Atmosphäre in der Türkei regelrecht vergiftet. Es ist nicht mehr viel übrig von der Aufbruchstimmung im Frühjahr 2015. Rassistische Lynchjustiz in der Türkei ist zum Alltag geworden. So wurde zuletzt der 20-jährige kurdische Jugendliche Barış Çakan in Ankara erstochen, weil er auf seinem Balkon kurdische Musik gehört hatte.

Um gegen die Existenz eines strukturellen Rassismus in der Türkei zu argumentieren wurde in der Vergangenheit entgegnet, dass in der Türkei Kurdinnen und Kurden »sogar« das Amt von Ministern, des Ministerpräsidenten oder Staatspräsidenten bekleiden können. Die Antwort war in der Regel: »Ja, aber dafür muss man seine kurdische Identität verleugnen, verheimlichen oder sich bedeckt halten«. Eine im Monat Mai durchgeführte Studie von Dr. Nurettin Aydın legt dar, dass selbst solch eine Antwort in der gegenwärtigen Türkei nicht richtig ist. Er untersuchte in öffentlichen Quellen die Geburtsorte aller Minister, stellvertretenden Minister, geschäftsführenden Direktoren auf den oberen Etagen der Staatsbürokratie, Botschafter, Gouverneure, Bürgermeister bzw. Landräte und Polizeipräsidenten. Die Ergebnisse veröffentliche er in seinem Buch mit dem Titel »Die Kurden in den Staatsrängen«[1]. Sie schildert Aydın im Vorwort des Buches wie folgt: »Nach der Recherche habe ich beim Anblick des Ergebnisses lange nachgedacht, ob ich diese Daten veröffentlichen soll. Ich hatte Angst vor den Folgen.« Die Ergebnisse der Studie bringen deutlich zum Ausdruck, dass die Türkei im wahrsten Sinne des Wortes ein »Staat der Türken« ist und Kurdinnen und Kurden in den oben genannten Ämtern kaum einen Platz, um nicht zu sagen gar keinen einnehmen.

Die Ereignisse seit dem Jahr 2015 hängen wie Glieder einer Kette zusammen und lassen die Systematik der Angriffe erkennen. Die Angriffswelle begann mit der Totalisolation auf der Gefängnisinsel Imralı gegen die kurdische Stimme des Friedens, Abdullah Öcalan, und setzte sich mit Festnahmen von HDP-Abgeordneten, Zwangsverwaltungen gegen kurdische Gemeinden, patriarchalen Angriffen gegen die kurdische Frauenbewegung und rassistischen Übergriffen auf kurdische Jugendliche bis heute fort. Die exemplarisch auf Imralı verhängte Totalisolation wurde auf alle politischen Gefangenen in den türkischen Gefängnissen ausgeweitet.

Da sich die kurdische Gesellschaft in der Türkei und in Nordkurdistan trotz dieses Vernichtungsfeldzugs weiterhin auf den Beinen hält, gerät zunehmend die HDP ins Visier der türkischen Regierung. Die kurzzeitige Verhaftung des CHP-Abgeordneten Enis Berberoğlu kann als eine Warnung in Richtung der CHP und der İyi Parti (Gute Partei) interpretiert werden, sich von der HDP fernzuhalten. Die aus der AKP heraus entstandenen neuen Parteien DEVA (Partei für Demokratie und Fortschritt) und Gelecek Partisi (Zukunftspartei) werden ebenfalls mithilfe juristischer Barrieren (Wahlhürden, Änderung des Wahlsystems) versucht in Schach zu halten. Als

1 Das Buch ist in türkischer Sprache im Internet unter dem Titel »Devlet kademelerinde Kürtler« frei zugänglich.

größtes Hindernis für den Machterhalt von Erdoğans Regierung wird jedoch die HDP angesehen. Den letzten Umfragen zufolge stehen sowohl die Volksallianz (Cumhur İttifakı), das regierende Wahlbündnis aus AKP und der rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), als auch das »Bündnis der Nation« (Millet İttifakı), das vor allem von der CHP und der İyi Parti getragen wird, bei jeweils 40 Prozent. Die Rolle der kurdischen Wählerinnnen und Wähler haben also wieder eine Schlüsselposition inne. Bereits bei den Kommunalwahlen am 31. März 2019 und bei der Oberbürgermeisterwahl in Istanbul musste die türkische Regierung eine empfindliche Niederlage einstecken, da sich unter der gegenwärtigen Parteienkonstellation ein Sieg der jeweiligen Machtblöcke an der strategischen Position der HDP entscheidet.

Bei einem Rückblick auf die Systematik der Angriffe gegen die kurdische Freiheitsbewegung wäre es nicht überraschend, wenn die türkische Regierung sich vornehmen würde, sich ihres größten Hindernisses, der HDP, mit einem Parteienverbot zu entledigen. Die vergangenen 30 Jahre der Geschichte kurdischer politischer Parteien in der Türkei führen jedoch vor Augen, dass die kurdische Politik sich entsprechend ihrer langen politischen Tradition nicht von Verboten hat abschrecken lassen, sondern im Gegenteil jedes Mal gestärkt die politische Bühne wieder betreten hat.

Ein Staat, drei Fronten: Kriege der Türkei in Kurdistan

Die Kriegspolitik des türkischen Staates gegen die kurdische Freiheitsbewegung beschränkt sich jedoch nicht nur auf Nordkurdistan. Eine weitere Dimension des »çökertme«-Plans ist die neue außenpolitische Doktrin der Türkei, den Krieg auch außerhalb ihres Staatsterritoriums bzw. ihrer Staatsgrenzen zu führen. Zusätzlich zu Nordkurdistan eskaliert die Kriegsregierung unter Führung Erdoğans den Krieg in Südkurdistan (Nordirak) und in Rojava (Nordsyrien).

Die Türkei greift inzwischen nahezu täglich südkurdisches Territorium an. Insbesondere der Rückzugsraum der Guerilla wird anvisiert, da Ankara versucht, die von den Volksverteidigungskräften (Hêzên Parastina Gel – HPG) kontrollierten Regionen Südkurdistans an das eigene Staatsgebiet anzugliedern. Da diese an zivile Siedlungsgebiete grenzen, betreibt die türkische Regierung eine gezielte Vertreibungspolitik – vor allem durch die Zerstörung der zivilen Infrastruktur und durch Terror gegenüber der Bevölkerung. Regelmäßig werden Wohngebiete der Bevölkerung angegriffen und Todesopfer willkürlich in Kauf genommen. Die von der Demokratischen Partei Kurdistans (Partiya Demokrata Kurdistanê – PDK) in Hewlêr (Erbil) regierte Autonomieregion ignoriert die Besatzungsbe-



Die Türkei greift inzwischen nahezu täglich Südkurdistan an. Bei einem Angriff der türkischen Luftwaffe wurde Kasim Engin, Mitglied im Zentralkomitee der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), am 27. Mai getötet. Foto: anf

strebungen der Türkei, während sich die irakische Zentralregierung in Bagdad mit Lippenbekenntnissen zufriedengibt. Darüber hinaus existieren mittlerweile über 20 türkische Militärstützpunkte in Südkurdistan. Mit ihnen wird zum einen versucht, Guerillastellungen zu lokalisieren und entsprechend Angriffe der türkischen Luftwaffe zu dirigieren und zum anderen ein umfassendes System von Bespitzelung zu installieren. Die jüngsten Spannungen in Zînê Wertê (Südkurdistan), wo Peschmerga-Einheiten der südkurdischen Regierungspartei PDK stationiert wurden, sind in diesem Kontext zu verstehen. Die PDK-Truppen sind damit in ein Gebiet, das offiziell unter der Kontrolle der Patriotischen Union Kurdistans (Yekîtiya Nîştimanî ya Kurdistanê – YNK) steht, eingedrungen. Begleitet wurden sie von türkischsprachigem Personal, bei dem es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um Angehörige der türkischen Armee und des türkischen Geheimdienstes MİT handelt. Ziel der Türkei ist es hierbei, der altbewährten Strategie zu folgen, Kurden gegeneinander kämpfen zu lassen und so einen innerkurdischen Bürgerkrieg auszulösen. Begleitet werden diese Entwicklungen von einem insbesondere seit fünf Jahren intensivierten Drohnenkrieg der Türkei. Mithilfe dieser von den USA unterstützen Kriegsführung tötet die Türkei gezielt wichtige Personen der kurdischen Freiheitsbewegung und terrorisiert die Zivilbevölkerung, wie zum Beispiel im Geflüchtetencamp Mexmûr oder in Şengal.

Auch in Rojava ist der türkische Staat nach wiederholten Besatzungsoperationen in den vergangenen Jahren wie in Efrîn, Cerablus, Girê Spî und Serêkaniyê weiterhin militärisch aktiv. Ihre Angriffe führt sie dabei im Rahmen der Strategie eines »Low-Intensity-Warfare« (Kriegführung niedriger Intensität) aus. »Low Intensity Warfare« wird im Kampf der NATO gegen die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) bereits seit über 30 Jahren in Nordkurdistan angewandt, insbesondere gegen die HPG-Guerilla. Nun wird dieses politisch-militärische Konzept der NATO auch in Rojava umgesetzt. Der türkische Staat verfolgt damit keine taktischen militärischen Ziele, es geht einzig darum, militärisch Druck aufrechtzuerhalten, um dadurch die Gesellschaft in Rojava zu schwächen und zu treffen.

Praktisch bedeutet dies, dass nach wie vor Menschen in Nordsyrien vor den türkischen Besatzungstruppen flüchten. Täglich erreichen Dutzende Menschen aus den türkischen Besatzungszonen das demokratische Autonomiegebiet. Bei der Invasion im Oktober 2019 sind Hunderttausende aus der Grenzregion zwischen Girê Spî und Serêkaniyê vertrieben worden. Auch Angriffe auf die Ökonomie haben sich zu einer zentralen Taktik des Krieges gegen die Selbstverwaltung entwickelt. Seit 2019 stecken der IS (Islamische Staat), die türkische Armee und ihre Paramilitärs erntereife Felder in Brand. Begleitet werden diese Angriffe von einem seit 2014 andauernden ökonomischen Embargo, dass immer wieder auch von der PDK-Regierung in Südkurdistan und dem Assad-Regime umgesetzt wird. Neben Feldbrandstiftungen sind auch schwerer Artilleriebeschuss durch die türkischen Besatzungstruppen und ihre Milizen in den an die türkische Besatzungszone angrenzenden selbstverwalteten Gebieten in Nord- und Ostsyrien mittlerweile schrecklicher Alltag. Die Türkei benutzt seit langem auch die Umwelt als Waffe. Während mittlerweile mehr als 250 Quadratkilometer erntereife Felder in Nordsyrien durch Brandstiftung vernichtet wurden, greift das Erdoğan-Regime immer wieder auch gezielt die Wasserversorgung an. Der in Nordkurdistan entspringende Euphrat steht durch ein System von Talsperren nahezu vollständig unter türkischer Kontrolle. Mithilfe der Staudämme ist die Türkei in der Lage, je nach Bedarf zu viel oder zu wenig Wasser nach Nordsyrien fließen zu lassen. Der Zufluss des Euphrat wurde beispielsweise in den letzten Monaten auf bis zu 150 Kubikmeter Wasser pro Sekunde reduziert.[2]

Darüber hinaus haben auch die an den Frauen begangenen Verbrechen im türkisch besetzten Efrîn einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Bewegung für eine demokratische Gesellschaft (Tevgera Civaka Demokratîk – TEV-DEM) machte jüngst darauf aufmerksam, dass die Vorfälle in Efrîn eine Fortsetzung des Massakers in Şengal darstellen und die UNO, Russland und die USA für die dortigen ethnischen Säuberungen verantwortlich seien. Sie fordert einen Untersuchungsausschuss.

Die Regionalmacht Türkei: »Vision 2023«

Wir können die Brutalität und Aggression, mit der der türkische Staat die kurdische Freiheitsbewegung an diesen verschiedenen Fronten bekämpft, besser verstehen, wenn wir die regionalen Ambitionen der türkischen Regierung betrachten. Erdoğan formulierte die Strategie des türkischen Staates namens »Vision 2023« erstmals in den Jahren 2010/11. Bis zum hundertsten Jahrestag des Lausanner Vertrages von 1923, demzufolge nur ein kleiner Teil des ehemaligen Osmanischen Reiches der neu konstituierten türkischen Republik zugefallen war, sollen durch die Annexion von Nordsyrien und Nordirak eben diese Teile zurück an die Türkei gehen. Heute ist ersichtlich, was diese regionale Strategie in der Praxis bedeutet. Die Türkei versucht das Vakuum in der Region, vor allem im Irak und in Syrien auszunutzen, um ihren eigenen Einfluss geltend zu machen. Dabei nutzt sie die Widersprüche zwischen den internationalen Akteuren (USA und Russland) sowie den regionalen Nationalstaaten. Die völkerrechtswidrigen Militäroperationen in Nordsyrien sind ein konkretes Ergebnis dieser Politik.

2 Im Abkommen mit der syrischen Regierung von 1977 ist eine Mindestmenge von 500 Kubikmetern pro Sekunde vereinbart.

Die kurdische Freiheitsbewegung zwischen Widerstand und gesellschaftlichem Aufbau

Es ist jedoch die kurdische Freiheitsbewegung und ihr regionaler Einfluss, der diese türkischen Pläne durchkreuzt und ihr einen Strich durch die Rechnung macht. Denn sie nutzt als politischer Akteur ebenfalls die Chancen, die der Neuordnungsprozess im Mittleren Osten mit sich bringt. In der Region brechen gegenwärtig die ehemaligen Gleichgewichte zusammen und es wütet ein Kampf um eine neue Ordnung. Während es den internationalen und regionalen Akteuren dabei um Machterhalt, kapitalistische Profitgier und imperiale Expansion geht, nutzt die kurdische Freiheitsbewegung die Gunst der Stunde, um der kurdischen Gesellschaft einen politischen Status zu erkämpfen, der ihr vor einem Jahrhundert durch den Lausanner Vertrag verwehrt wurde. Mit der politischen Philosophie des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan und seinem Konzept des demokratischen Konföderalismus bzw. der demokratischen Autonomie baut sie überall, wo sie präsent ist, Selbstverwaltungsstrukturen auf, die sich auf die Prinzipien der radikalen Demokratie, Frauenbefreiung und Ökologie stützen. Auf diese Weise treibt die kurdische Freiheitsbewegung als größter nichtstaatlicher Akteur in der Region nicht nur die Selbstorganisierung der kurdischen Gesellschaft voran, sondern bildet in geografischer und politischer Hinsicht ein antifaschistisches Bollwerk gegen die türkischen Expansionsbestrebungen in der Region.

Diese antifaschistische Barriere gegen die Türkei äußert sich in Nordkurdistan, Südkurdistan und Rojava auf jeweils unterschiedliche Weise, trägt im Wesentlichen aber den selben Kerngedanken, den Öcalan wie folgt formuliert: »Eine konstruktivere und gewinnbringendere Methode ist, Widerstand, Aufstand und Aufbau zu einer Lebensweise zu machen, im Freiheitsstreben nie nachzulassen und mit allen Kräften des Systems zu gegebener Zeit Kompromisse einzugehen.«

In Nordkurdistan ist der essentielle Grund, warum die HDP trotz der unvergleichbaren Repression und der Festnahme von über 10.000 Mitgliedern, Aktivistinnen und Aktivisten, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, Abgeordneten und Ko-Vorsitzenden noch handlungsfähig ist und ihre Schlüsselposition bei Wahlen behält, die Tatsache dass sie von einer dynamischen und widerständigen Gesellschaft getragen wird. Trotz fortgesetzter Massenverhaftungen, eines umfassenden Systems von Bespitzelung und Zensur ist die demokratische Opposition, vor allem um die HDP, Frauenorganisationen und Gewerkschaften, nicht verstummt – auch wenn die Reihen außerhalb der überfüllten Gefängnisse sichtlich ausgedünnt sind. Die Guerillakräfte der PKK und deren Bündnispartner aus der türkischen Linken, der HBDH (Vereinte Revolutionäre Bewegung der Völker) sind im gesamten kurdischen Gebiet und in großen Teilen der Türkei präsent. Trotz aller technologischer und absoluter materieller Überlegenheit verzeichnen die türkischen Kräfte immer wieder schwere Verluste, die von Staatsseite prinzipiell vertuscht und beschönigt werden. Die Kontrolle durch das Militär beschränkt sich auf die Städte und die unmittelbare Umgebung der Stützpunkte. Die Militärstrategie kombiniert strukturelle Besetzung (Stützpunkte, Staudamm- und Straßenbauprojekte, Ausgangssperren) und großangelegte kurzfristige Operationen in Gebieten, in denen Guerillakräfte vermutet werden – die zumeist ohne Resultat enden. Seit Beginn des Jahres mehren sich nun auch Aktionen der türkisch-kurdischen Stadtguerilla in den westlichen Metropolen der Türkei, wie in Istanbul, Ankara und Izmir.

Auch in Südkurdistan gelingt es der türkischen Armee und Konterguerillakräften (einem System von kasernierten Spezialeinheiten, Geheimdienstnetzen, paramilitärischen Kräften und einem dichten Netzwerk von Armeestützpunkten) trotz wiederholter grenzüberschreitender Operationen weiterhin nicht, die Kontrolle über die kurdischen Gebiete, vor allem die Medya-Verteidigungsgebiete, zu erlangen. Auch das Mexmûr-Camp trotzt mithilfe seines gesellschaftlichen Zusammenhalts dem seit einem Jahr bestehenden Embargo und regelmäßigem Beschuss durch die türkische Armee.

Die Dialektik des Aufbaus einer alternativen demokratischen Gesellschaft und des Widerstands gegen die Vernichtungsversuche des türkischen Staates gilt vor allem für die demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien. In den knapp 10 Jahren Revolution wehren sich die nordsyrischen Völker nicht nur militärisch gegen die Angriffe der zweitgrößten NATO-Armee sowie gegen den IS, sondern haben es auch geschafft, ein gesellschaftliches System aufzubauen, das Krisen wie die Corona-Pandemie aushalten und Antworten auf die Bedürfnisse der Gesellschaft geben kann.

Auch international ein Dorn im Auge

Die kurdische Freiheitsbewegung ist jedoch nicht nur der Türkei, sondern auch den internationalen Akteuren ein Dorn im Auge. Mit der gezielten Tötung des iranischen Generals Qasem Soleimani am 3. Januar 2020 in Bagdad hat sich eine neue Stufe im Mittelost-Konflikt abgezeichnet, in dessen Zentrum der Konflikt zwischen den USA und dem Iran steht. Die Erklärung[3] der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (Koma Civakên Kurdistan – KCK) zum Tod des hochrangigen iranischen Generals zeigt die prinzipientreue Position der kurdischen Freiheitsbewegung: »Wie Nationalismus und Konfessionalismus, führen auch Interventionen von außen zu Spal-

3 https://anfdeutsch.com/kurdistan/erklaerung-der-kck-zum-tod-von-soleimani-16485

tungen und Kämpfen. In diesem Sinne ist es wichtig, sich vehement gegen Interventionen von außen, als auch gegen den Nationalismus und Konfessionalismus zu stellen, wenn man Frieden und Stabilität im Mittleren Osten erreichen möchte.«



Die Demonstrationen gegen das faschistische türkische Regime halten an. In vielen Städten Europas gehen Aktivist*innen gegen den Krieg und für die Freiheit von Abdullah Öcalan auf die Straße. Foto: anf

Der Vertrag von Lausanne sah die kurdische Gesellschaft als Verliererin und als Instrument der »Teile-und-herrsche-Politik« vor. Während die regionalen und internationalen Mächte mit der altbekannten Methode des »Teile und herrsche« oder der sogenannten kurdischen Karte mal auf Konfrontation, mal auf Kooperation setzen, hat es die kurdische Freiheitsbewegung geschafft, sich aus der passiven Opferrolle weitestgehend zu befreien.

So wie die demokratische Selbstverwaltung in Nordsyrien an ihrer Politik des »dritten Weges« im syrischen (Bürger-)Krieg festhält, hat auch die ostkurdische Partei für ein Freies Leben in Kurdistan (Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê – PJAK) auf ihrem sechsten Kongress im März dieses Jahres bekräftigt, sich im nahenden Iran-USA-Konflikt weder von regionalen noch von internationalen Akteuren instrumentalisieren zu lassen.

In diesem Kontext lassen sich auch die Angriffe auf die kurdische Freiheitsbewegung unter der Führung der PKK verstehen. Sie wehrt sich in allen Teilen Kurdistans gegen die Bemühungen der Vereinnahmung und hält an ihrem politischen Konzept des demokratischen Konföderalismus fest, statt sich der imperialistisch-westlichen Politik der Kleinstaaterei und der Zerstückelung zu fügen. Dagegen wird weiterhin die PDK als Counterpart zur PKK unterstützt, um den kurdischen Nationalismus in Verbindung mit Neoliberalismus, NATO-Abhängigkeit und westlicher Schirmherrschaft – auch mit Unterstützung der deutschen Regierung – in der Region zu fördern.

Neudefinition der Solidarität mit Rojava

Es war die kurdische Diaspora und die Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa, die es geschafft haben, während des Angriffskrieges der Türkei auf Rojava im Oktober 2019 eine internationale Aufmerksamkeit zu schaffen, die neben der militärischen Selbstverteidigung ein wesentlicher Faktor für die Behauptung der Revolution in Rojava war.

Angesichts der oben geschilderten Zusammenhänge gilt es nun, diese Solidarität neu zu definieren. Die Türkei, als NATO-Staat mit internationaler Unterstützung, ist die Hauptgefahr für alle Errungenschaften der kurdischen Freiheitsbewegung in der Region. Die kurdische Freiheitsbewegung ist nicht nur ein antifaschistisches Bollwerk gegen den türkischen Faschismus und seine internationale Unterstützung, sondern auch der Demokratisierungsmotor für die gesamte Region. Eine Solidarität mit der praktischen Umsetzung der Philosophie Öcalans, der demokratischen Selbstverwaltung in Rojava, bedeutet in diesem Sinne, die Türkei in den Fokus des Protestes zu nehmen. Es gilt, den Widerstand und die Offensive der kurdischen Freiheitsbewegung gegen den türkischen Staat auf unterschiedliche Weise zu unterstützen, um so die Türkei zu isolieren.

Die Worte von Leyla Güven in einer Botschaft nach ihrer Inhaftierung, die sie nach ihrer Freilassung aus dem Gefängnis von Amed wiederholte, geben einen Ausblick auf die Perspektiven in Kurdistan: »Berxwedan Jiyan e! (Widerstand ist Leben). Der dunkelste Moment in der Nacht ist der kurz vor dem Morgengrauen. Seid beruhigt. Wir sind dem Erfolg sehr nahe.« ♦

Der Kampf gegen den Faschismus liegt nicht nur in der Verantwortung der Kurd*innen

Die HDP in der Türkei: Gestern, heute und morgen im Widerstand

Interview mit Berdan Öztürk, HDP-Abgeordneter und Ko-Vorsitzender des DTK

Die Abgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Leyla Güven und Musa Farisoğulları, sind am 4. Juni in Amed (türk. Diyarbakır) verhaftet worden. Die Inhaftierung erfolgte nur wenige Stunden, nachdem das Parlament in Ankara ihnen ihre Mandate und damit auch ihre Immunität entzogen hatte. Als Begründung wurden rechtskräftige Urteile herangezogen. Dem CHP-Politiker Enis Berberoğlu wurde ebenfalls der Abgeordnetenstatus aberkannt. Keine 24 Stunden nach seiner Verhaftung wurde er bereits wegen der Corona-Pandemie »amnestiert« und in Hausarrest geschickt. Für Musa Farisoğulları greift diese Regelung nicht. Als politischer Gefangener aus einem sogenannten »Terrorverfahren« ist er von einem Straferlass explizit ausgenommen. Leyla Güven wurde nach fünf Tagen entlassen, weil sie kurz vor dem regulären Ende ihrer derzeitigen Haftstrafe stand.

Die kurdische Politikerin, die zugleich Ko-Vorsitzende der zivilgesellschaftlichen Organisation DTK (Demokratischer Gesellschaftskongress) ist, und Farisoğulları waren im März 2011 im Rahmen des international scharf kritisierten KCK-Hauptverfahrens zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden und saßen zwischen 2009 und 2014 knapp fünf Jahre in Untersuchungshaft. Farisoğulları befindet sich inzwischen in einem Gefängnis in Amed. Die HDP-Fraktion bezeichnete das Vorgehen der Regierung als »gesetzeswidrigen Schritt« und »korrupten, unmoralischen und faschistischen Putsch«, der sich gegen den »freien Willen des Volkes« richte und die Feindseligkeit gegenüber der kurdischen Bevölkerung zum Ausdruck bringe.

Wir sprachen vor der Haftentlassung von Leyla Güven mit dem HDP-Abgeordneten Berdan Öztürk über die Verhaftungen. Öztürk ist zugleich Ko-Vorsitzender des DTK.

Wie bewerten Sie die Aufhebung der Immunität und die Verhaftung von Leyla Güven – mit der sie gemeinsam den Ko-Vorsitz des DTK führen – und von Musa Farisoğulları?

Derlei Ereignisse haben das Ziel zu verhindern, dass die Kurd*innen eine demokratische Politik ausüben können. Die aktuelle Phase begann mit der Verhaftung unserer Ko-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ sowie weiteren Abgeordneten am 4. November 2016. Der Staat hatte ein ähnliches Vorgehen bereits in den 1990er Jahren erprobt, als er die Abgeordneten der DEP (Demokratiepartei) verhaftete, sie über 10 Jahre inhaftierte und so verhindern wollte, dass die Kurd*innen Politik in Ankara machten. Solange der Staat und seine Regierungen fortfahren unsere Politik zu behindern, werden wir mit Beharrlichkeit und Entschlossenheit unsere demokratische Politik gegen sie durchsetzen.

Auf welcher Entscheidung beruht die Aufhebung der Immunität der beiden HDP-Abgeordneten?

Die Maßnahmen beruhen auf den Haftstrafen im Rahmen des KCK-Hauptverfahrens im Jahr 2009, die von Fetullah Gülen nahestehenden Richtern verhängt wurden. Beide saßen auf Grund dieser festgelegten Urteile für längere Zeit in Untersuchungshaft und wurden 2014 auf Bewährung freigelassen. Leyla Güven wurde zuletzt aufgrund ihrer Kritik an der Besatzungsoperation gegen das nordsyrische Efrîn erneut inhaftiert und während ihres Gefängnisaufenthalts zur Abgeordneten gewählt. Herr Farisoğulları wurde ebenfalls zum Abgeordneten gewählt und setzte sein Engagement für demokratische Politik in Ankara fort. Zudem sollten wir nicht vergessen, dass die AKP-Regierung die KCK-Verfahren später als »Verschwörungs-Prozesse« bewertete. Sowohl der vorsitzende Richter als auch der Staatsanwalt dieser Prozesse wurden ihrerseits in Prozessen gegen Gülen-Anhänger zu Haftstrafen verurteilt und befinden sich seitdem im Gefängnis. Leyla Güven und Musa Farisoğulları wurden also aufgrund eines Prozesses inhaftiert,

den Fetullah Gülen-Anhänger geführt hatten. All diese Einzelheiten zeigen uns die Dimension der Angelegenheit.

Was hat dazu geführt, dass die Urteile im türkischen Parlament verlesen wurden und die Immunität beider Abgeordneter aufgehoben wurde?

Es war geplant und ein gut eingeübtes Theaterstück. Die AKP und MHP haben damit eine neue Verschwörung an diejenige von Fetullah Gülen im Jahr 2009 angehängt. Sie setzten die feindliche Gesinnung gegen die kurdische Gesellschaft weiterhin in die Praxis um.

Wann wurden die Urteile gegen Leyla Güven und Musa Farisoğulları vom Obersten Gerichtshof bestätigt?

Sie wurden vor etwa vier Monaten bestätigt und vor einiger Zeit dem Parlament vorgelegt. Doch die Entscheidung wurde nicht verlesen. Eine Woche vor den Verhaftungen hat dann der Vorsitzende der MHP, Devlet Bahçeli, mit den Worten »Die Erwartungen bezüglich der Immunität der Abgeordneten müssen erfüllt werden« den grünen Knopf gedrückt. Erfahrungen und Beobachtungen zeigen, dass sobald Bahçeli etwas fordert, dies innerhalb kürzester Zeit erfüllt wird. Was Devlet Bahçeli will, wird von der Regierung umgesetzt. Und das buchstäblich!

Was bedeutet das für Sie?

Seit langem dominiert ein nationalistischer und chauvinistischer Grundsatz die Politik des Staates. Jene, die vorhersagen wollen, was die AKP tun wird, können sich statt auf die Worte Erdoğans auf diejenigen Bahçelis konzentrieren. Mit der Ausübung des Feindstrafrechts im Rahmen der Änderung der Strafvollzugsgesetze hat die AKP die Forderungen der MHP erfüllt. Sie haben dies auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie getan, damit sich kein gesellschaftlicher Protest gegen die Freilassung von Schwerkriminellen entwickeln konnte.[1] Die Verhaftung der Abgeordneten, die Zwangsverwaltung der Gemeinden, die systematische Zerstörung von Friedhöfen und der Versuch, den Kurd*innen die Ausübung demokratischer Politik zu verwehren, beruht auf der Ideologie des Türkentums. So gesehen kann gesagt werden, dass die von der MHP getragene Ideologie nun auch in der AKP vorherrscht. Eine islamistische und eine türkisch-nationalistische Seite haben sich zu einem grünen[2] Nationalismus verbunden. Wir müssen uns die letzten fünf Jahre genau ansehen, in denen versucht wurde, alles Erreichte zu zerstören und überall die gleiche einförmige Struktur einzuführen. Gegen das Ziel, die Kurd*innen zu assimilieren und aus einer politisch aktiven Rolle herauszudrängen, wächst der kurdische Widerstand immer weiter. Schauen Sie nicht auf die Trümmer. Über jeden Stein der von ihnen verursachten Trümmer stolpern sie wieder. Je mehr sie zertrümmern, desto schwerer kommen sie vorwärts.

Was für eine Zukunft können Sie für die kurdische Politik und für die Regierung angesichts dieser Situation und dieses Trümmerhaufens skizzieren?

Die Zukunft gestaltet sich entsprechend unserer Handlungen in der Vergangenheit. Die Regierung der AKP und MHP hat die gesamte Türkei in den Ruin getrieben. In der zweijährigen Phase des Friedensprozesses konnte die Türkei Luft holen. Es gab vorsichtige Entwicklungen in Richtung Freiheit und Demokratie. Die Wunden der Vergangenheit wurden gepflegt. Doch durch die Beendigung des Friedensprozesses und die Rückkehr zu den Methoden der 1990er Jahre ist die Türkei sowohl was Grundrechte und Freiheiten als auch was Wirtschaft, Politik, Kultur und Kunst betrifft, am Boden. Heute sind alle staatlichen Einrichtungen inhaltlich entleert. Mit einer solchen Mentalität gibt es keinen Fortschritt. Wenn so weitergemacht wird, wird der Trümmerhaufen immer größer, und die Regierung wird keinen Ausweg mehr haben. Wir als demokratische Kräfte sind uns dessen bewusst.

Reicht es denn, ein klares Bewusstsein zu haben?

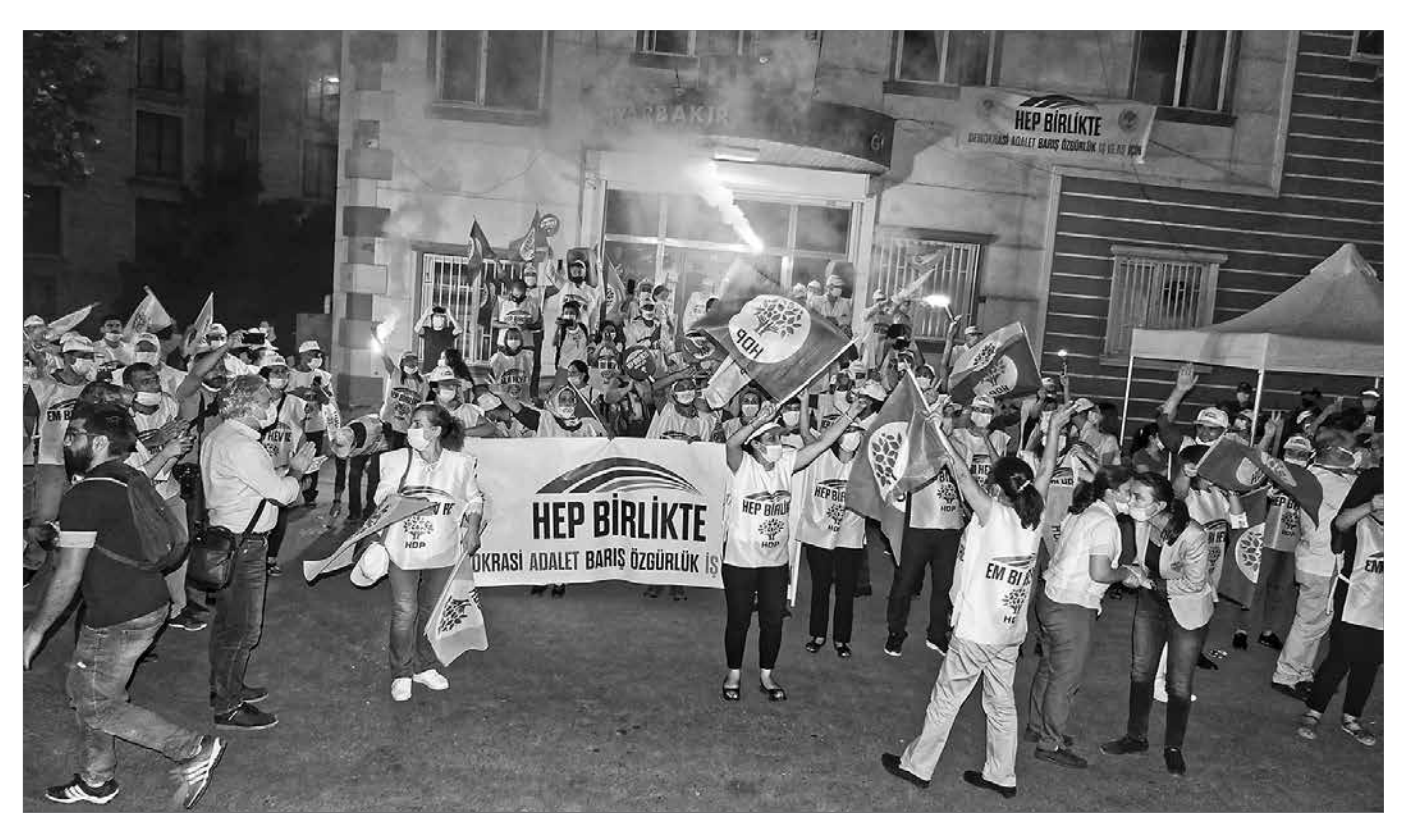
Wir definieren die Methoden des gegenwärtigen Regimes als Faschismus, und es bleibt keine andere Option, als Widerstand gegen den Faschismus zu leisten. Das tun wir. Aber der Kampf gegen den Faschismus liegt nicht nur in der Verantwortung der Kurd*innen, sondern wir rufen alle demokratischen Kräfte dazu auf, für eine demokratische Republik gegen den Faschismus Widerstand zu leisten.

Der CHP-Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu und viele andere CHP-Politiker*innen haben mit Stellungnahmen gegen die Festnahme von Enis Berberoğlu reagiert aber die beiden HDP-Abgeordneten nicht erwähnt. Wie bewerten Sie das?

Heute hat Herr Kılıçdaroğlu erklärt, dass die Verhaftung von Enis Berberoğlu verfassungswidrig sei. Doch vor vier Jah-

1 Die Änderung der Strafvollzugsgesetze im März dieses Jahres ermöglichte der Regierung die Amnestierung von ca. 90.000 Gefangenen, um die Gefängnisse in der Corona-Pandemie zu entlasten. Explizit ausgenommen von der Amnestie sind politische Gefangene. Entlassen wurden hingegen auch viele Schwerkriminelle wie z.B. Vergewaltiger.

2 »Grün« als die symbolische Farbe des Islams



Am 15. Juni startete die HDP einen Sternmarsch für Demokratie auf Ankara. Trotz permanenter Angriffe der türkischen Sicherheitskräfte gingen die Menschen gemeinsam auf die Straße. Foto: anf

ren sagte Herr Kılıçdaroğlu »ja« bei der Abstimmung über die Aufhebung der Immunität bestimmter Abgeordneter. »Es ist verfassungswidrig, aber wir werden Ja sagen«. Diese Haltung trägt eine große Mitverantwortung für die gegenwärtige Situation. Wenn die CHP damals eine andere Position eingenommen hätte, hätten wir heute vielleicht andere politische Bedingungen. Nun wurde die Immunität von drei Abgeordneten aufgehoben, obwohl diese drei Personen mit den Stimmen von zehntausenden Menschen gewählt wurden. Wer eine Stellungnahme für nur einen der verhafteten Abgeordneten abgibt, fordert nur für sich selbst Recht und Gerechtigkeit. Der Stein, der heute auf die HDP geworfen wird, wird morgen euch treffen. An dieser Wahrheit führt kein Weg vorbei und sie bietet unzählige Beispiele. Die HDP ist heute trotz fünf Jahre währender Repression auf den Beinen. Wir werden auch morgen noch bestehen. Doch die Angriffe können nur gestoppt werden, wenn Gerechtigkeit für alle gefordert wird.

Welche Spuren hinterlassen diese repressiven Methoden in der Verfassung der kurdischen Gesellschaft?

Städte in Kurdistan wurden zerstört, und ohne einen Funken an Respekt werden nun Leichen, Gräber und Friedhöfe angegriffen. Ein Jugendlicher wurde in Amed (Diyarbakır) gefoltert, und die Aufnahmen wurden in den sozialen Medien verbreitet. Die rassistischen Übergriffe nehmen zu. All dies führt dazu, dass sich Wut in der Gesellschaft aufstaut. Die nationalistischen und chauvinistischen politischen Machenschaften und die faschistoiden Methoden der AKP und MHP vergrößert diese Wut. Trotz alledem legt die kurdische Gesellschaft dar, dass sie von ihrem Weg zu einem würdevollen Frieden nicht abweicht und zeigt dies bei Wahlen und in ihrem Widerstand. Nicht nur die Kurd*innen sind Ziel des Faschismus in der Türkei. Deshalb werden wir entweder alle frei sein oder alle weiterhin in der Dunkelheit bleiben. Ohnehin leben wir alle heute in einem offenen Gefängnis. Auf zweierlei Weise können wir es verlassen: Entweder wandern wir ins Gefängnis, oder wir wählen die Freiheit.

Seit zwei Legislaturperioden werden die von Kurd*innen gewählten Bürgermeister*innen mithilfe von Zwangsverwaltungen erst ihres Amtes enthoben und dann verhaftet. Ein großer Teil Ihrer Abgeordneten befindet sich seit 2016 im Gefängnis. Nun wird dieses Vorgehen schon wieder angewandt. Wie wirkt sich das auf ihre Wähler*innenschaft aus?

Unsere Gesellschaft geht nicht zur Wahl, um ihren Verwalter oder Abgeordneten zu wählen, sondern um ihre Existenz und Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen. Deshalb wirken sich die Zwangsverwaltungen und die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten nicht auf den Willen aus. Aber ja, da dadurch das Recht auf freie Wahlen verletzt wird, provoziert es selbstverständlich Wut. Doch unsere Gesellschaft verwandelt ihre Wut nicht in Verzagtheit sondern in Entschlossenheit. Trotz Repression, Festnahmen, Angriffen, faschistoiden Methoden, Zwangsverwaltungen und der Inhaftierung von Abgeordneten geht unsere Gesellschaft zu den Wahlen und sendet die Botschaft »Wir sind hier«.

Wie bewerten Sie die Aufrufe aus bestimmten Kreisen, die nach jeder Festnahmewelle oder anderweitiger Repression erklären, die HDP solle sich aus dem Parlament zurückziehen?

Dass wir im türkischen Parlament vertreten sind, ist eine Errungenschaft und das Ergebnis enormer Mühe und Arbeit unserer Gesellschaft. Es gibt Menschen, die nur für die Stimmabgabe kilometerweite Strecken zu Fuß zurücklegen. Das einzige Ziel dabei ist, den eigenen Willen zum Ausdruck zu bringen. Die Abgeordneten und Bürgermeister*innen sind diejenigen, die diese Mühe, Entschlossenheit und Arbeit repräsentieren und sichtbar machen. Was wird sich ändern, wenn wir die gewonnenen Parlamentssitze verlassen? Gibt es konkrete Vorschläge dieser Kreise? Wir sind die Vertreter*innen, die versuchen, die Existenz unserer Gesellschaft sichtbar zu machen. Vielleicht haben wir unter dem Dach des Parlaments nicht die Möglichkeit, Gesetze zu beschließen, aber allein unsere Präsenz bringt den Widerstand unserer Gesellschaft zum Ausdruck. Seit zwei Legislaturperioden werden unsere Kommunen besetzt, doch wenn morgen Wahlen wären, würde unsere Gesellschaft entschlossen ihre Repräsentant*innen wählen. Diese Entschlossenheit müssen sowohl unsere Freund*innen als auch unsere Feinde zur Kenntnis nehmen.

Was für einen Weg wird die HDP angesichts dieser Repressionen gehen?

Die HDP erhält ihre Kraft wirklich von den Völkern. Sie bleibt mithilfe der Entschlossenheit ihrer Basis auf den Beinen. Wir haben vor Kurzem eine 9-Punke-Erklärung veröffentlicht. Dieses Dokument formuliert die Basis des Ziels, unseren Kampf voranzutreiben. Überall wird über die HDP gesprochen, doch vor die HDP-Abgeordneten wird ein Vorhang zugezogen. Dieser Vorhang kann so dick sein wie er will, doch die Existenz und die Kraft der HDP lassen sich nicht verstecken. Die Behauptung, das Interesse der HDP beschränke sich auf Kurdistan, ist falsch. Die HDP setzt sich überall gegen Repression ein. Wir haben keinerlei Zugeständnisse im Hinblick auf unsere Prinzipien, auf unser Programm und auf unsere Satzung gemacht und werden das auch in Zukunft nicht tun.

Denken Sie, dass die staatliche Repression den kurdischen Nationalismus befördert?

Ich habe eben erklärt, dass die Gesellschaft wütend ist. Diese Wut richtet sich nicht gegen die türkische Gesellschaft oder andere ethnische Gruppierungen oder Glaubensgemeinschaften. Unsere Gesellschaft ist voller Wut gegen die Verantwortlichen im Staat und ihre islamistisch-nationalistische Ideologie. Selbstverständlich kann es in der aktuellen Situation emotionale Ausbrüche geben. Dass es angesichts Taybet İnans Leichnam[3], der sieben Tage lang nicht von der Straße geborgen werden konnte, bis hin zu den heutigen Grabschändungen keinen Aufschrei gegen diese Brutalität gibt, verursacht Verletzungen. Doch niemand kann sagen, dass sich diese Verletzungen in Feindschaft verwandeln. Der Ansprechpartner für die Wut ist der Staat, die Regierung von AKP und MHP.

Waren Sie bei Leyla Güven, als sie festgenommen wurde?

Ja, ich war an ihrer Seite.

Wie war die Atmosphäre im Raum, als Sie die Nachricht der nahenden Verhaftung erreichte?

Sowohl Leyla Güven als auch Musa Farisoğulları sind beides Persönlichkeiten, die jahrelang im Gefängnis waren und unterschiedliche Aufgaben in der demokratischen Politik übernommen haben. Sie sagten bei ihrer Verhaftung: »Berxwedan jîyan e«. Wir werden nicht hinter diesen Worten zurückstehen: Widerstand heißt Leben. Wir haben gestern Widerstand geleistet, tun dies auch heute und werden auch morgen weitermachen. ♦

3 Taybet İnan wurde im Dezember 2015 während der türkischen Belagerung in Silopî in der Provinz Şirnex erschossen. Ihr Leichnam hatte sieben Tage auf der Straße gelegen, da die Armee sämtlichen Rettungskräften die Bergung verwehrte. Angehörige und Anwohner*innen wurden bei dem Versuch, den Leichnam der 57-jährigen Mutter von elf Kindern zu bergen, beschossen.

Eine Kriegsorganisation, die sich Regierung nennt

Der Fahrplan des chronischen Putsches

Interview mit dem HDP-Ehrenpräsident Ertuğrul Kürkçü

Im Jahr 2017 erfolgte ein Verfassungsreferendum, welches die Türkei weitreichend umgestaltete. An die Stelle einer parlamentarischen Demokratie mit einem starken vom Parlament gewählten Ministerpräsidenten trat ein Präsidialsystem, in dem der türkische Präsident umfangreiche exekutive Vollmachten erhält. Über die aktuell verbliebene Bedeutung des türkischen Parlaments, von der AKP gestreuten Gerüchten über einen angeblich bevorstehenden Putsch der Opposition und die aktuelle Diskussion um vorgezogene Neuwahlen führten wir ein Gespräch mit dem Ehrenpräsidenten und Parlamentsabgeordneten der Demokratischen Partei der Völker (HDP) Ertuğrul Kürkçü.

Mit Blick auf die kürzlichen Geschehnisse in der Türkei – wie charakterisieren Sie die Krise, die mit dem Wechsel des »präsidialen Regierungssystems« genannten Präsidialsystems begonnen hat?

Selbstverständlich ist es die Krise der herrschenden Klasse. Der zentralistische Aufbau der Türkei wird durch die neue Welle des Widerstands durchbrochen, die sich insbesondere durch einen breiten Volksblock rund um die HDP gebildet hat und grundlegend an der Architektur des Regimes rüttelt. Das »präsidiale Regierungssystem« ist zur Verteidigung des Regimes entwickelt worden, und es ist, aus jeder möglichen Perspektive betrachtet, eine Diktatur à la Türkei.

Während der Umgestaltung der Verfassung hatte der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli ohne jegliche Bedenken folgendes gesagt: »Dieser Präsident begeht täglich Verbrechen. Da es im Rahmen der Verfassung nicht möglich ist, das Präsidialamt ohne die Begehung von Straftaten auszuüben, muss der Präsident entweder die Straftaten unterlassen, oder wir müssen die Verfassung den Gegebenheiten anpassen. Falls er einen entsprechenden Plan hat, soll er damit herausrücken.« Zusammenfassend kann gesagt werden, dass diese Worte Bahçelis ganz klar den der Verfassung von 1982 widersprechenden Aufstieg einer Verbrecherorganisation an die Macht in Worte fasst. Es bedeutet also, dass das Regime auf gänzlich illegitime Weise die Verfassung seiner illegalen Praxis angeglichen hat.

Einer der wichtigsten Gründe für die Entwicklung des Regimes zu seiner aktuellen Gestalt ist die Vereinigung oppositioneller demokratischer Kräfte der kurdischen und türkischen Gesellschaft in einem Block um die HDP. Der Aufstieg dieses dritten Pols in einem Herrschaftssystem, das nur auf zwei politische Richtungen ausgelegt war, führte zu einer Disfunktionalität der herrschenden Ordnung. Auch der derzeitigen Krise liegt der Umstand zugrunde, dass dieser dritte Block um die HDP sich in der Politik der Türkei seinen legitimen Platz geschaffen hat, was das Regime als illegal darzustellen versucht und entsprechend kriminalisiert.

Dem Parlament wurde durch die Dekrete des Präsidialamts das Recht zur Gesetzgebung geraubt. Was vertritt das türkische Parlament denn, wenn die Grenzen der Gewaltenteilung nicht mehr eindeutig erkennbar sind?

In seiner jetzigen Form ist das Parlament ein Torso und dient dem Regime dazu, sich auf internationaler Ebene nicht als Diktatur abstempeln zu lassen. So wie sich Verfassung und Demokratie in der Türkei entwickelt haben, hat ein Parlament ohne Haushaltsbefugnis seinen Namen nicht verdient. Sogar die osmanische Verfassung von 1876 gab dem damaligen Abgeordnetenhaus weit mehr Rechte. Es war das Zentrum des gesellschaftlichen Willens, der dem Absolutismus die Macht entrissen hatte. Dieses Haus hat es geschafft, nach dem 1. Weltkrieg mit seinen übrig gebliebenen Fraktionen einen Befreiungskrieg aufzunehmen und der Besetzung ein Ende zu bereiten. Daher nannte es sich selbst das Invalidenparlament. Nun ist es aber ein Parlament der leeren Plätze. Der einzige Grund, weshalb es derzeit immer noch existiert und nicht aufgelöst wurde, ist, zu verschleiern, dass es sich bei der Türkei um eine Diktatur handelt.

Man darf auch nicht vergessen, dass die Gesellschaft sich nicht als Ganzes diesem Regime ergeben hat. Oppositionelle Dynamiken sind noch immer sehr aktiv. Seine Majestät *[Tayyip Erdoğan]* braucht das Parlament, um diese Kräfte daran zu hindern zu einer revolutionären Opposition heranzuwachsen. Es dient dazu, der Gesellschaft vorzugaukeln, politische Parteien hätten noch immer eine Funktion, ein Relikt aus der alten Verfassung.

Die Missstände bedeuten jedoch nicht, dass die Vertretungs- und Tätigkeitsbefugnisse für Abgeordnete abzulehnen sind. Es wäre ein Irrsinn, eine Möglichkeit unsere Stimme zu erheben nicht wahrzunehmen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass das Schicksal der Türkei nicht im Parlament bestimmt wird. Für die Mächtigen ist es im Palast[1] und für die Opposition in der Gesellschaft zu finden. Das Aufeinandertreffen dieser beiden Blöcke wird die Zukunft der Türkei bestimmen.

Dieses neue Regime ist ein Kriegsapparat

Erdoğan ist nach dem Verlust der absoluten Mehrheit im Parlament 2015 eine Allianz mit der MHP eingegangen. Was verbindet diese Allianz?

Zunächst ist die Vorgeschichte dieser Allianz zu betrachten. Das Auftreten der HDP ist in der Phase der Friedensverhandlungen von 2013 bis 2015 vorangeschritten. Die herrschenden türkischen Klasse sind in dieser Phase mit der Möglichkeit konfrontiert worden, dass das Ergebnis dieser Gespräche eine neue gesellschaftliche Machtverteilung bedeuten konnte. Sie haben entschieden, dass ein solches Resultat nicht tragbar ist, und erkannt, dass der Frieden teurer ist als der Krieg und ihre Vormachtstellung in Wirklichkeit auf Türkentum und türkischen Nationalismus gegründet ist. Der türkische Zentralstaat in seiner jetzigen Form war in Gefahr. Als sie feststellten, dass eine unabhängige Volksvertretung das Ende ihrer zentralen Machtposition bedeutet, haben sie eine Wende vollzogen. Entsprechend bildete sich daraus das neue Regime des Kriegsapparates.

Dieses neue Regime ist ein Kriegsapparat. Es ist ein Mechanismus des Angriffes, des Krieges der herrschenden Nation gegen die unterdrückte Nation, des Krieges des Mannes gegen die Frau, des Krieges des Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse, des Krieges des sunnitischen Staates gegen andere Glaubensrichtungen und Religionen und des Krieges des Kapitals gegen die Natur. Die jetzige Regierung ist ein Bürgerkriegsapparat. Nur auf diese Weise ist sie zu beschreiben. Entfernt man die Dekoration, dann erkennen und fühlen wir es tagtäglich. Das Regime führt seinen Krieg in einer bestimmten Reihenfolge, nach einer bestimmten Dringlichkeit. Das Vorgehen ist vergleichbar mit dem Militärputsch vom 12. September 1980, nur streckt das aktuelle Regime seinen Krieg gegen die Bevölkerung über einen längeren Zeitraum. Seine Feinde und die Kräfte, die es vernichten oder unterwerfen will, kommen der Reihe nach dran. Dabei fühlte sich das bestehende Regime bislang unbesiegbar, aber langsam gibt es Zweifel.

1 Amtssitz des türkischen Präsidenten in Ankara

Der angebotene und dann doch nicht vollzogene Rücktritt des türkischen Innenministers Soylu anlässlich der Corona-Krise gab uns zu erkennen, dass Erdoğan einen Zusammenbruch der Allianz nicht in Kauf nehmen würde. Wann wurde diese Allianz gegründet und wie arbeitet sie?

Diese Allianz hat sich im Grunde vor 2015 zusammengetan. Während der Alleinherrschaft der AKP wurde die Macht mit der Fethullah-Gülen-Bewegung geteilt. Nach dem Zusammenbruch dieser Allianz infolge interner Auseinandersetzungen, hat sich Erdoğan nicht wie angenommen erst mit der MHP, sondern im Gegenteil mit den Kräften der Ergenekon[2] zusammengetan. Diese Allianz war jedoch nicht ausreichend. Die folgende Allianz mit der MHP ist erst zustande gekommen, als Erdoğan bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 seine Quittung bekommen hat. Der wichtigste Punkt dieser neuen Allianz war die Unterwerfung der kurdischen Freiheitsbewegung. Mit der Logik, den Norden Kurdistans nicht beherschen zu können, ohne das gesamte Kurdistan zu beherrschen, führt die Türkei weiterhin ihre Angriffe auf Nordsyrien fort.

Die internationale Weltlage half teilweise dabei, zum Beispiel die Zustimmung der USA für einen militärischen Angriff der AKP und ihrer dschihadistischen Verbündeten auf Nordsyrien, wodurch die Kurden und Kurdinnen und alle Teile Kurdistans einem regelrechten Massaker ausgeliefert wurden. Das war jedoch noch nicht alles. In Wellen versuchte die Türkei in das politische Vakuum der arabischen und islamischen Welt einzudringen. Die sich sonst üblicherweise einmischenden ausländischen Mächte versahen diesmal die Türkei mit der Rolle eines imperialistischen Staates. Sie drängten die türkische Regierung zu Invasion und Intervention, welche jedoch am Ende das von den ausländischen Mächten vorgesehene Maß überschritten haben.

Die aktuellen Ereignisse zeigen jedoch die Aussichtslosigkeit auf, in der sich diese Allianz befindet. Das Vorgehen Süleyman Soylus und was darauf folgte haben uns gezeigt, dass diese Allianz dazu verdammt ist, nicht auseinander zu brechen. Denn

2 Ergenekon ist eine mafiöse Struktur innerhalb der staatlichen und ökonomischen Strukturen, die im Hintergrund versucht, politische und ökonomische Entscheidungen zu bestimmen. Oft auch »Tiefer Staat« genannt.



Die Samstagmütter forderten auf ihrer 756 Kundgebung Gerechtigkeit für den Kommunalpolitiker Abdülmecit Baskin, der am 2. Oktober 1993 in Ankara ermordet wurde. Foto: anf

durch den Zerfall dieser Allianz würde eine große gesellschaftliche Opposition voranschreiten, die auf friedliche Mittel setzt. Dann könnten sich die Mächtigen nicht mehr halten und die bestehenden Verhältnisse würden sich auflösen. Da sie sich von Krieg ernähren, sind AKP und MHP auf ein tägliches Miteinander angewiesen, um ihn weiterzuführen. Es ist eine auf Verbrechen ausgelegte Allianz, eine Verbrecherorganisation. Als eine gegen das Volk gerichtete Kriegsorganisation ist sie dazu verurteilt, ihre eigenen internen Kämpfe und Ausgrenzungen beiseitezulegen.

Wir sehen zum anderen, dass die wirtschaftliche Krise im vollen Gange ist und sich die vier Reiter der Apokalypse quasi auf den Weg nach Ankara gemacht haben. Krieg, Hunger, Krankheit und Tod bedrohen auf jede mögliche Weise die Gesellschaft in der Türkei, und das Kriegsbündnis namens Regierung ist nicht in der Lage dagegen anzukommen, denn es ist selbst die Quelle dieser Bedrohung. Der Gedanke, dass die Gesellschaft sich nur von diesem Unheil befreien kann, wenn sie sich von diesem Regime befreit, findet immer mehr Anklang. Das kann so gesagt werden. Es ist für die Opposition von enormer Bedeutung, dass zukünftige Planungen in diese Richtung stattfinden. Es wäre sehr schön, wenn diese Ideen den Sieg davon tragen.

Wir erkennen jedoch, dass in der İYİ Parti[3], die der Volksallianz unter Führung der AKP angeblich entgegensteht, anderes Gedankengut vorherrscht. Es entgeht uns nicht, dass sie die HDP ausgegrenzt hat, damit sich kein breiter Volksblock etabliert und dass sie dem Regime beim Überleben hilft, um sich den Segen der Machthaber nutzbar zu machen. Wir können aber sagen, dass dieses Wasser des Lebens, das die İYİ Parti dem Regime reicht, der Schierlingsbecher ist. Sowohl für den, der ihn reicht als auch für den, der ihn trinkt. Sie werden alle von ihren Machtposten herabstürzen. Diese Welle mag erst im Entstehen sein, sie mag noch nicht sehr groß erscheinen, aber ich denke nicht, dass irgendjemand diese Welle am Horizont noch nicht bemerkt hat. Denn wenn es nicht so wäre, dann hätte das Regime nicht diese Armee des Lumpenpacks gegen das Volk mobilisiert und mit einer geheimen Amnestie freigelassen. Bahçeli hätte die AKP nicht zu diesem Schritt bewegen können.

3 »Gute Partei«: Die Gründung erfolgte 2017 als Abspaltung der MHP.

Keine Zeichen einer Putschvorbereitung zu erkennen

Erdoğan, Bahçeli, Kılıçdaroğlu[4] und Davutoğlu haben nacheinander Erklärungen abgegeben, sie seien gegen Putsche. Gibt es Vorbereitungen eines Putsches oder will die AKP ihren Niedergang mit einem Putsch in Verbindung bringen?

Ich sehe keine Anzeichen einer Putschvorbereitung. Die AKP betrachtet mit großer Angst die wachsende Opposition, mit der sich die Gesellschaft ihre eigene Führung gibt und sich nach ihren eigenen Vorstellungen entwickelt. Sie erinnern lauthals an das Szenario des 15. Juli 2016. Der einzige echte Putschist in der Türkei ist die AKP, ist Erdoğan. Für jeden einzelnen Schritt zur Festigung seiner Herrschaft hat er geputscht.

Lassen Sie uns im Einzelnen rekapitulieren:

- Obwohl nach den Wahlen vom 7. Juli 2015 eigentlich die CHP das Mandat zur Regierungsbildung hätte erhalten müssen, sollte der damalige Ministerpräsident Davutoğlu eine Kriegsregierung aufstellen, was ein Putsch gegen die Verfassung war. Wir haben das schon damals gesagt.
- Die Neuwahlen vom 1. November 2015 unter ständigen bewaffneten Einschüchterungen waren die Weiterführung dieses Putsches. Auch das haben wir damals so benannt.
- Die dahingehende Verfassungsänderung, dass der gewählte Präsident gleichzeitig Vorsitzender seiner Partei bleiben kann, ist genauso ein Putsch wie das Zählen ungültiger Stimmzettel.
- Der Putsch vom 15. Juli 2016 unter der Aufsicht der AKP selbst ist ein Putsch dieser Partei. Der Aufstand vom 15. Juli ist eine Karikatur eines Putsches, um dem eigentlichen Putsch der AKP den Weg zu ebnen.
- Der eigentliche Putsch fand am 20. Juli 2016 vor den Augen der gesamten Welt statt, als der Ausnahmezustand ausgerufen wurde.

Die Schritte, mit denen Erdoğan an die Spitze des Regimes aufstieg, folgten einander wie Nachbeben eines großen Erdbebens. Die jeweils nachträgliche Einholung des Einverständnisses der Öffentlichkeit vor oder nach jedem dieser Putschschritte, kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen. Ganz im Gegenteil ist es nicht die Verhinderung, sondern der Beweis für einen Putsch, wenn die Opposition unter Druck gesetzt wird, das Wahlrecht ständig geändert wird und der Staat gegen das Volk »wählt«. Die Einwilligungen zu den verschiedenen Schritten wurden de facto unter Ausübung von Gewalt eingeholt.

Das derzeitige Gerede über die Hintergründe eines bevorstehenden neuen Putsches können wir folgendermaßen deuten. Die große Ungewissheit und das Chaos, das am Horizont für die Türkei erkennbar ist, sollen den Putsch des Palastes rechtfertigen. Die natürlichen legitimen Aktivitäten der gesellschaftlichen Opposition werden unter Putschverdacht gestellt, um weiteres autoritäres Vorgehen der Regierung mit der angeblichen Putschabwehr gegen die Opposition zu begründen. Die AKP hat kein Recht dazu, sich über einen Putsch zu beschweren. Sie ist heute in der Türkei die einzige Kraft, die die reale Möglichkeit zu einem Putsch hat. Der bisherige Ablauf kündigt im Grunde genommen einen weiteren Putsch der AKP an. Die Bevölkerung darf sich dadurch nicht einschüchtern und zurückdrängen lassen, sie muss ihren Kampf weiterführen und den Putsch der AKP enttarnen. Sie muss sich so schnell wie möglich vom Schatten der Angst lösen.

Die HDP ist die erste Wahl, insbesondere für das kurdische Volk

Es gibt anscheinend Diskussionen über »vorgezogene Wahlen«. Ist die HDP bereit für eine Wahl und erwarten Sie »vorgezogene Wahlen«?

Seit den letzten Wahlen sind keine zwei Jahre vergangen, und die Erwägung »vorgezogener Wahlen« aus den Kreisen der AKP und MHP zeigt vor allem, dass die Allianz um den Palast die schwindende gesellschaftliche Unterstützung spürt.

Andererseits deuten alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Anzeichen darauf hin, dass die Regierung in der zweiten Jahreshälfte 2020 und 2021 einem starken wirtschaftlichen Einbruch, der Verdoppelung der Arbeitslosigkeit, dem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit bis an die 40%-Marke und einem massiven Anstieg der Armut gegenübersteht.

Und da derselbe Druck auf der Weltwirtschaft lastet, ist der einzige Weg zur Überbrückung des fehlenden Kapitals ein Unterstützungsgesuch beim IWF oder eine innerstaatlich breit angelegte Verstaatlichung und Enteignung konkurrierender Kapitalgruppen. Dazu müssen aber die werktätigen Klassen kontrolliert und ihre politischen Rechte eingeschränkt werden.

Wenn im kommenden Herbst keine vorgezogenen Wahlen stattfinden, wird sich der sichtbare Absturz der gesellschaftlichen und politischen Unterstützung des Regimes in der Bevölkerung in das Jahr 2021 verschieben. Das Regime mag die Wahlen auf 2020 oder 2021 vorziehen. Um als Sieger hervorzugehen, muss es die Voraussetzungen für die Präsidentschaftswahlen ändern. Dazu müssen die Verfassung und das

4 Vorsitzender der kemalistischen CHP

Wahlrecht geändert werden, und das ist in 2020 nicht mehr möglich. Auch bei einer Änderung im Jahr 2021 stehen die Chancen schlecht, dass es gebilligt würde. Ohnehin sieht es nicht danach aus, dass das Regime bei einer »Wahl« ohne die Ausübung politischer Gewalt und ohne innere Spannungen Chancen auf Erfolg hätte.

Ungeachtet dessen ist die HDP immer dazu bereit, überall dort, wo wir das Wort ergreifen und die Hoffnung schüren können, den politischen Kampf weiterführen. Wir arbeiten unter Berücksichtigung aller Eventualitäten weiter am Ausbau der Basis der »demokratischen Allianz« für einen demokratischen Wandel.

Die HDP ist insbesondere für das kurdische Volk die erste Wahl und hat auf der politischen Landkarte der Türkei eine strategische Position erlangt, durch die sie eine Schlüsselrolle für alle möglichen Regierungskonstellationen einnimmt. Wenn die Regierung keine Nuklearwaffe entwickeln kann, die nur die HDP trifft, dann folgt daraus in der Logik der Geschichte der Türkei, dass ein Weg eingeschlagen werden muss, der sich aus der Kraft und den Forderungen der HDP ergibt.

Während wir dieses Interview führen, ist die Nachricht eingegangen, dass die von der HDP geführten Kommunalverwaltungen in Reşqelas (Iğdır), Sêrt (Siirt), Hawêl (Baykan), Misirc (Kurtalan) und Vartnîs (Altınova) unter Zwangsverwaltung gestellt worden sind. Haben Sie das erwartet? Steht die Politik der sieben eingesetzten Zwangsverwalter in Verbindung mit dem Vernichtungsplan, der nach dem Ende Juli geführten Gespräch zwischen Baykal und Erdoğan auf die Tagesordnung gebracht wurde und anschließend Razzien mit sich brachte?

Ja, die Ereignisse stehen tatsächlich in Verbindung zueinander. Der als »Vernichtungsplan« bezeichnete Fahrplan wird Schritt für Schritt umgesetzt. Dieser Fahrplan zeigt den Weg des chronischen Putsches der AKP. Leider sehen wir diesen Plan nicht vollständig, sondern nur die durchgesickerten Teile. Doch diese lassen darauf schließen, wie der Rest aussehen könnte, und die Einrichtung von Zwangsverwaltungen in den von der HDP geführten Kommunen gehört dazu.

In verschiedenen Belegen, die wir zwischen 2016 und 2018 zu unterschiedlichen Anlässen im Parlament vorgelegt haben, steht unter anderem folgendes: »Die Auflösung des Kaders der besagten Partei und der Verwaltungen der von ihr geführten Kommunen hat höchste Priorität. Die Kommunalverwaltungen sind den Handlangern der Terrororganisation zu entreißen und der Aufsicht unseres Staates zu übergeben.«

Der zitierte Beleg ist aus dem Jahr 2014. Die erste Umsetzung fand zwischen 2015 und 2016 statt. Es waren Maßnahmen, die im Rahmen der Gesetze zur inneren Sicherheit erfolgten. Während des Ausnahmezustands und nach dessen Aufhebung gab es keine einzige von der Partei der Demokratischen Regionen (DBP) geführte Verwaltung mehr, die nicht der »Aufsicht des Staates« untergeordnet wurde. Die Angriffe auf die Immunität der HDP-Abgeordneten in der Nationalversammlung und somit auf den Willen der Wähler*innen, wurden auf regionaler Verwaltungsebene durch die Zwangsverwaltungen als Putsch gegen den kurdischen Volkswillen fortgeführt.

Nach der Aufhebung des Ausnahmezustands hat das kurdische Volk bei den Kommunalwahlen vom 31. März 2019 erneut seinen Willen gezeigt. Trotz aller Repressalien wurden 73 Verwaltungen den Zwangsverwaltern entrissen. Acht der Gewählten wurden trotz ihres passiven Wahlrechts per Entscheidung der Hohen Wahlkommission nicht in ihre Ämter gelassen mit der Begründung, sie seien per Dekret vom öffentlichen Dienst suspendiert. Und in 45 der 65 Verwaltungen, die wir führten, wurden mittlerweile Zwangsverwalter eingesetzt.

Wie auch immer wir es betrachten, dieser Vernichtungsfeldzug ist immer noch im Gange. Der Volkswiderstand, der demokratische Widerstand, Wahlen, die internationale Konjunktur, interne Rivalitäten, alte Rechnungen, unerwartete Entwicklungen und vor allem die diplomatische Isolation der Türkei werden dazu führen, dass dieser Plan nicht wie erwartet umgesetzt werden kann.

Interne Konflikte im Palast führen dazu, dass der Plan von Zeit zu Zeit geändert oder auch durchkreuzt wird. Er wird aber weiterhin umgesetzt und ist wie eine Schablone, die den Weg zur Diktatur zeigt. Wie ich vorhin schon gesagt habe, sind die neu eingesetzten Zwangsverwalter einmal mehr eine Bestätigung für das Vorhandensein einer Kriegsorganisation, die sich Regierung nennt, und für deren strategischem »Vernichtungsplan«.

Das trifft nicht nur die Kurden und Kurdinnen, sondern auch die Arbeiterklasse, die Frauen und die urbane Bevölkerung. Es ist der Plan einer Diktatur, dem wir gegenüberstehen, der einzig auf Gewalt und Kontrolle beruht, den Ausbau eines autoritären Regimes umfasst und alle gesellschaftlichen Entwicklungen, die diese Form der Autokratie infrage stellen, zertritt. ♦

Was hat die Staaten im Kampf gegen Öcalan und die PKK zusammengebracht?

Ein Komplott mit vielen Akteuren

Ferda Çetin, Journalist

Die kurdische Bevölkerung bezeichnet die Zeitspanne vom 9. Oktober 1998 bis zum 15. Februar 1999, die zur Auslieferung des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan an die Türkei führte, als »internationales Komplott«. International deshalb, weil viele Staaten Teil dieser Intrige waren. Die Verwicklung der Akteure ist weitgehend offengelegt worden.

Das beste Komplott ist wohl jenes, das als solches nicht erkannt wird. So gesehen, ist das Komplott gegen Abdullah Öcalan kein besonders gelungenes. Denn die Organisatoren und Unterstützer sind weitgehend aufgedeckt worden. Sie alle sind Teil eines rechtswidrigen und völlig unmoralischen internationalen Aktes geworden und werden sich vor der Geschichte rechtfertigen müssen. Darüber hinaus lässt sich an der jeweiligen Verantwortlichkeit dieser Akteure auch deren gegenwärtige (anti-)kurdische Politik besser verstehen. Das gilt insbesondere für die USA und die Staaten der EU. Verwickelt in das Komplott waren neben den USA auch Großbritannien, Israel, Deutschland, die Türkei, Griechenland, Russland und, und, und … Vor dem Hintergrund dieser Konstellation müssen wir uns die Frage stellen, was diese Palette an Staaten im Kampf gegen Öcalan und die PKK zusammengebracht hat?

Der Masterplan der USA für den Mittleren Osten

Die USA wollten als einzige vorherrschende Macht in das dritte Jahrtausend gehen. Denn der Realsozialismus war gescheitert und der einstige Konkurrent Russland mit sich selbst beschäftigt. Als einzige Störfaktoren blieben antisystemische Volksbewegungen und revolutionär-sozialistische Gruppen, die von den USA allesamt als terroristisch betitelt wurden. Der ehemalige nationale Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzeziński, hatte bereits 1997 das Szenario für das Vorhaben geschrieben, die 2000er Jahre mit »null Terror« zu begehen. Auf dem Balkan wurde dieses Szenario bereits umgesetzt. Für Kurdistan, Afghanistan und den Mittleren Osten wurden auch schon Pläne geschmiedet. Der Titel des Masterplans lautete Greater Middle East Projekt (GMEP).

Als erster Schritt dieses Plans war zunächst die Intervention im Irak vorgesehen. Mit dem Einmarsch im Irak sollte die Phase der Neugestaltung des Mittleren Ostens aufgenommen werden. Nach dem Irak standen Syrien und der Iran auf der Liste. So sollten die wirtschaftlichen Interessen der USA und der EU in der Region langfristig gesichert werden.

Die (nicht selbst betroffenen) Regionalstaaten hatten sich längst dazu bereit erklärt, ihrer Rolle als Kollaborateure bei diesem Plan gerecht zu werden. Doch da gab es noch einen anderen Akteur, der vielleicht einflussreicher war als manch ein Staat im Mittleren Osten, die PKK. Die Ideologie der PKK, ihre Strategien und ihre Beziehungen zur Gesellschaft hatten einen gänzlich antisystemischen Charakter. Deswegen musste die PKK im Rahmen des GMEP schlichtweg zerschlagen werden.

Druck auf Syrien

Der Kommandant der türkischen Bodenstreitkräfte Atilla Ateş hat am 16. September 1998 mit einer Drohung gegenüber Syrien den Startschuss für die Phase gegeben, die Öcalan als »die Operation der NATO-Gladio« bezeichnet hat. Die Drohung war Teil der geplanten Operation. Am 1. Oktober 1998 wiederholte der damalige türkische Staatspräsident Süleyman Demirel dieselbe Drohung in einer Sitzung des türkischen Parlaments.

Der ehemalige ägyptische Präsident Husni Mubarak führte daraufhin parallel Gespräche mit dem damaligen syrischen Präsidenten Hafiz al-Assad und mit Demirel. Doch im Prinzip hatte Mubarak mit Demirel nichts zu verhandeln, da sie doch beide als treue Gefolgsleute der USA galten. Gegenüber Assad betonte Mubarak allerdings mit Nachdruck die Ernsthaftigkeit der Angelegenheit. Öcalan müsse aus Syrien ausgewiesen werden, sonst werde der internationale Druck auf Damaskus enorm zunehmen. Ein syrischer Verantwortlicher erklärte daraufhin Öcalan und der PKK sofort die Lage.

Großbritannien als aktiver Part des Komplotts

Die Führung der PKK macht neben den USA besonders Großbritannien mitverantwortlich für das Komplott. Wie wird diese Behauptung begründet? Öcalan hatte bereits in den Tagen, als der Druck zunahm, auf die Rolle Großbritanniens aufmerksam gemacht. Am 9. Oktober 1998 wollte er im kurdischen Fernsehsender MED TV per Liveschaltung begründen, wie er zu dieser Annahme kam. Die Sendung wurde angekündigt, aber nie ausgestrahlt, weil MED TV einfach vom Netz genommen wurde.

Der erste und damals einzige kurdische Fernsehsender MED TV hatte 1995 seine Ausstrahlungslizenz in Großbritannien erhalten. Am 9. Oktober hat die Independent Television Commission (ITC) diese Lizenz zurückgezogen. Wie »independent« (unabhängig) diese Anstalt tatsächlich war, offenbarte sich mit diesem Vorgehen. Robin Biggam war als leitender Koordinator der ITC hauptverantwortlich für diesen Beschluss. Eben derselbe Robin Biggam verfügte über einen hochrangigen Posten im Management des Rüstungskonzerns British Aerospace (BAe). Und (wen wunderts?!) das Unternehmen lieferte auch Waffen an die Türkei. Monate später sollten britische Zeitungen diesen Skandal an die Öffentlichkeit bringen.[1]

Die britische Regierung war natürlich über den Plan, der Öcalan aus Syrien locken und zu seiner Verhaftung führen sollte, informiert. Sie wusste auch sehr gut, dass die kurdische Bevölkerung über ihren Fernsehsender Minute für Minute die aktuellen Entwicklungen mitverfolgte. Deshalb haben sie die Ausstrahlung von MED TV gekappt – eine politische Entscheidung.

Großbritannien ist als engster Verbündeter der USA ohnehin ein Aktivposten bei der Umsetzung des GMEP gewesen. Bereits Henry John Temple, auch bekannt als Lord Palmertson, der Mitte des 19. Jahrhunderts Premierminister Großbritanniens war, brachte die bis heute gültige Haltung seines Staates passend zum Ausdruck: »Wir haben keine ewigen Verbündeten, und wir haben keine ewigen Feinde. Unsere Interessen sind ewig und fortwährend, und es ist unsere Pflicht, diesen Interessen zu folgen.« Eine Organisation wie die PKK, die vor allem auf ihre Dynamik und Unabhängigkeit von fremden Kräften setzt, ist da nicht unbedingt ein tauglicher Partner, wenn Großbritannien seinen Interessen im Mittleren Osten folgen will.

Zur Rolle von Israel, Russland und Griechenland

»Israel hat über Umwege aber mit Nachdruck mitteilen lassen, dass ich Syrien verlassen müsse«, erklärte Öcalan. Die geheimdienstlichen Aufgaben und die Verfolgung beim Komplott waren der Aufgabenbereich des israelischen Staates.

Griechenland kommt ebenfalls eine zentrale Rolle zu. Als 1997 Öcalan noch in Syrien war, unterzeichneten 175 griechische Parlamentarier*innen (aus einem Parlament mit 300 Abgeordneten!) einen Aufruf, mit dem der PKK-Vorsitzende nach Griechenland eingeladen wurde. Als Öcalan dann am 9. Oktober 1998 Syrien verließ, folgte er dieser Einladung und beantragte Asyl in Griechenland. Der damalige stellvertretende griechische Parlamentspräsident Ziguridis soll den Asylantrag höchstpersönlich zerrissen haben. Das war Öcalans erster Aufenthalt in Griechenland. Als er am 29. Januar 1999 erneut in Griechenland einreiste, widerfuhr ihm ein ähnliches Schicksal.

Als Öcalan von Griechenland aus anschließend die Reise nach Russland antrat, wurde in der Duma über die heikle Angelegenheit beraten. 298 Abgeordnete stimmten für die Aufnahme Öcalans, nur eine Person enthielt sich. Doch der damalige russische Staatschef Boris Jelzin akzeptierte den Beschluss seines Parlaments nicht. Nach 33 Tagen musste Öcalan deshalb auch Russland verlassen.

Die Suche nach einer juristischen Lösung

Am 12. November 1998 reiste Öcalan in Italien ein. Ein Gericht in Rom stellte daraufhin den PKK-Vorsitzenden unter polizeiliche Aufsicht. Die italienische Justiz stützte die Festnahme auf den Haftbefehl der Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe vom 12. Januar 1990. Deutschland hat den Haftbefehl im Juni desselben Jahres an Interpol und an alle Länder weitergeleitet. Damit tat der italienische Staat lediglich das, was das internationale Recht von ihm verlangte. Öcalan durfte das Land nun nicht mehr verlassen. Dem italienischen Staat blieben hingegen drei Optionen: Öcalan wird an Deutschland ausgeliefert, Öcalan wird vor ein internationales Gericht gestellt oder Italien selbst stellt Öcalan vor Gericht.

Die italienische Regierung war sich der schwierigen Situation bewusst und wollte mit ihren europäischen Partnern über den Umgang mit der Lage diskutieren. Aus diesem Grund hat der italienische Ministerpräsident Massimo D'Alema in kurzer zeitlicher Abfolge mit seinem deutschen Amtskollegen Gerhard Schröder, mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jacques Santer, mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac und dem spanischen Ministerpräsidenten José María Aznar Gespräche über den Umgang mit Öcalan geführt.

D'Alema und Schröder kamen am 27. November 1998 in Bonn zusammen. Nach dem zweistündigen Gespräch erklärten beide, dass die EU sich für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einsetzen werde. An die Außenministerien beider Länder sei bereits ein entsprechender Auftrag gegangen. Am 28. November 1998, also einen Tag später, erklärte der Nationale Sicherheitsberater der USA, Sandy Berger, Italien gegenüber, dass Öcalan keineswegs vor

1 https://www.theguardian.com/uk/1999/apr/28/davidpallister

ein internationales Gericht gestellt werden könne. Er müsse an die Türkei ausgeliefert werden.

USA blockiert eine europäische Lösungsinitiative

Trotz dieses Statements aus den USA kamen der italienische Außenminister Lamberto Dini und sein deutscher Amtskollege Joschka Fischer am 29. November 1998 in Rom zusammen. Nach ihrem Treffen erklärten sie gegenüber der Presse, dass eine europäische Initiative zur Lösung der kurdischen Frage in die Wege geleitet worden sei. Im Falle von Öcalan herrsche zwischen ihnen Einigkeit darüber, dass er vor ein internationales Gericht, das noch zu errichten sei, gestellt werden müsse. Eine Expertenkommission aus Italien und Deutschland werde noch in der laufenden Woche die Arbeit für die Gründung und die Funktionsweise einer solchen Gerichtsbarkeit aufnehmen.

Zwischen den USA auf der einen und Deutschland und Italien auf der anderen Seite zeichnete sich in den Tagen vom 27. bis zum 29. November eine ernstzunehmende diplomatische Auseinandersetzung ab. Denn die europäischen Staaten zeigten sich nicht bereit, auf die Forderungen der USA einzugehen und verlangten eine europäische Initiative zum Umgang mit Öcalan und der kurdischen Frage.

Am 3. Dezember fand eine Zusammenkunft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) statt. Am Ende der Konferenz trat der deutsche Außenminister Fischer vor die Presse und erklärte, Deutschland und Italien könnten allein kein internationales Gericht gründen. Damit machte der deutsche Außenminister deutlich, dass er von seinen Aussagen vom 29. November abgerückt war.

Frankreich schaltet sich ein

Am 7. Dezember ereignete sich plötzlich ein außergewöhnlicher Vorfall. Der französische Staatsanwalt Jean François Richard ordnete eine grenzübergreifende Operation an, woraufhin es zur Durchsuchung der Wohnung kam, in der sich Öcalan in Rom aufhielt. Öcalan sollte außerdem vernommen werden, doch er lehnte ab. Zweck dieses Vorgehens war wohl, deutlich zu machen, dass Öcalan in Frankreich nicht erwünscht war. Wollte er also Italien verlassen, durfte er Frankreich nicht als Reiseziel wählen.

Am selben Tag reiste Philip Robins, ein britischer Berater des italienischen Ministerpräsidenten D'Alema, nach London, wo er mit dem britischen Premierminister Tony Blair zusammenkam. Robins erklärte nach diesem Besuch, seine Gesprächspartner aus Großbritannien hätten ihm deutlich gemacht, dass sie Öcalans Aufenthalt in Europa nicht dulden.

Russische Wirtschaftsinteressen

Der diplomatische Verkehr in Sachen Öcalan nahm kein Ende. Nun reiste der italienische Außenminister Dini nach Russland, um sich mit seinem Amtskollegen Igor Iwanow zu besprechen. Dini machte Iwanow ein Angebot: Nehmt Öcalan auf, und wir streichen eure Schulden in Höhe von acht Milliarden Dollar. Über dieses Angebot wurde später in der Tageszeitung Il Giornale berichtet. Natürlich zeigte dieses Gespräch auch, dass Italien nun Öcalan loswerden wollte. Doch Russland arbeitete gerade mit Ankara den Blue-Stream-Pipeline-Deal für den Erdgastransport aus. Und andererseits gab es da noch den politischen Druck aus Washington. In Moskau schien damals entscheidend zu sein, welche Option die Kassen am meisten klingeln lassen würden.

Öcalan wird aus Europa geschafft

Die angeblich europäische Initiative zur Lösung der kurdischen Frage, angestoßen durch Deutschland und Italien, war somit binnen nur zehn Tagen Geschichte. Die USA hatte den Druck, den sie zuvor auf Griechenland ausgeübt hatte, nun auf Italien gerichtet. Russland hingegen wurde zur Kooperation in der Angelegenheit aufgerufen. Großbritannien hatte ohnehin klargemacht, dass es Öcalan nicht in Europa haben wolle. Die Regierung in London ging aber noch weiter und forderte gemeinsam mit den USA die Auslieferung Öcalans an die Türkei. Und Frankreich wiederum hatte mit der angeordneten Durchsuchung von Öcalans Unterkunft in Rom seine Position deutlich gemacht.

Die Situation um Öcalan hatte zu einer regelrechten Krise in Europa geführt. Der Europarat setzte Öcalan auf die Tagesordnung, ging jedoch ohne gemeinsamen Bescluss wieder auseinander. Die Angelegenheit wurde dem eigentlich mit eher technischen Fragen betrauten European Committee on Crime Problems (kurz: CDPC) überlassen. Doch auch hier wurde bis zum Zeitpunkt, an dem Öcalan Rom verließ, keine Lösung gefunden.

Den europäischen Staaten ist es somit nicht gelungen, in der Angelegenheit um Öcalan und die kurdische Frage eine eigene Initiative zu entwickeln. Sie haben sich letztlich der Politik der USA ergeben und sind somit Teil des Komplotts geworden. Am Ende erklärten die Staaten Europas implizit, dass für Öcalan kein Platz auf dem Kontinent ist.

Deutschland hebt Haftbefehl gegen Öcalan auf

Politisch schien die Angelegenheit nun aus europäischer Sicht geklärt. Doch da gab es noch ein juristisches Problem: der deutsche Haftbefehl gegen Öcalan vom 12. Januar 1990. Der verhängte Hausarrest gegen Öcalan in Rom beruhte letztlich auf diesem in-

ternationalen Haftbefehl. Und solange er aufrecht erhalten wurde, durfte Öcalan Italien auch nicht verlassen. Ein Asylantrag Öcalans in Italien blieb unterdessen unbeantwortet. Beauftragte des italienischen Ministerpräsidenten D'Alema erklärten Öcalan, Italien werde von den anderen europäischen Staaten im Stich gelassen und könne die Angelegenheit nicht allein lösen. Am 20. November 1998 kam es zu einer entscheidenden Wendung. Der deutsche Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye erklärte auf einer Pressekonferenz, dass das Auslieferungsersuchen aufgrund eines Haftbefehls der Bundesanwaltschaft gegen Öcalan aufgehoben worden sei. Es wurde also ein seit acht Jahren bestehender internationaler Haftbefehl ohne jegliche juristische Grundlage durch eine politische Autorität aufgehoben. Am selben Tag erklärten die italienischen Verantwortlichen, dass Öcalan nun frei sei und sich bewegen könne, wie es ihm beliebe.

In der Hitze der Ereignisse feierte die kurdische Bevölkerung diesen Beschluss. Niemand hegte einen Verdacht. Kurdische Verbände bedankten sich gar bei den deutschen und italienischen Regierungen. Doch diese Entscheidung bedeutete schlussendlich nichts anderes, als die Endphase des Komplotts einzuleiten. Und Deutschland sowie Italien wussten sehr wohl, wozu ihre Entscheidungen führen würden. Denn hätten Deutschland und Italien den Haftbefehl und den Hausarrest gegen Öcalan aufrechterhalten, wäre die Umsetzung des Komplotts so nicht möglich gewesen.

Nun kommt die Türkei ins Spiel – und drei Morde geschehen

Den geringsten Beitrag zum Komplott leistete ohne Zweifel die Türkei. Denn die türkische Regierung hatte allein nicht das politische Gewicht, Druck auf Syrien, Griechenland, Russland oder die EU auszuüben. Als der Druck auf Syrien verstärkt wurde, damit Öcalan des Landes verwiesen werde, stellte sich damals der stellvertretende türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit dagegen, weil er mit der Ausreise Öcalans in Richtung Europa befürchtete, dass dies der PKK Legitimität verschaffen und die kurdische Frage internationalisieren würde. Der türkische Staatspräsident Demirel hingegen erklärte, dass dies die Forderung der USA sei und die Türkei sich dem nicht entgegenstellen dürfe.

Während also innerhalb des türkischen Staatsapparates Diskussionen wie diese geführt wurden, kam es zu drei Morden außerhalb des Landes. Am 20. November 1998 wurde in St. Petersburg Galina Wassiljewna Starowoitow vor ihrer Haustür ermordet. Die Abgeordnete und Beraterin des russischen Präsidenten in Minderheitenangelegenheiten gehörte zu den Personen, die sich besonders für einen politischen Status für Öcalan in Russland stark gemacht hatte. Der zweite Mord, ein Doppelmord, ereignete sich am 22. November 1998 im Iran: Der ehemalige iranische Arbeitsminister Dariush Forouhar und seine Ehepartnerin Pervaneh wurden ermordet. Forouhar hatte einige Tage vor seiner Ermordung bei den iranischen Behörden die Anmeldung eines Protests für Öcalan beantragt. Der Iran bestätigte später, dass es eine solche Anmeldung gegeben habe. In den türkischen Zeitungen wurde über diese Morde mit dem Titel »Abschreckung in Richtung Italien« berichtet. Russland und der Iran haben die Morde nicht weiter untersucht. Und hinter den Morden könnte durchaus die Türkei gesteckt haben. Die Morde waren eine massive Drohung, die sich an die Freund*innen Öcalans und des kurdischen Volkes richtete.

Die Vernichtung als Ziel des Komplotts

Zwei Monate nachdem Öcalan durch die Kooperation der USA mit Israel, Deutschland, Großbritannien, Russland und Griechenland aus Kenia an den türkischen Staat ausgeliefert wurde, veröffentlichte das International Institute for Strategic Studies (IISS) einen Bericht. Die Kernaussage darin lautete wie folgt: Nach der Auslieferung Öcalans an die Türkei wird es in der Führung der Organisation zu Auseinandersetzungen kommen. Die Leitung der PKK wird eine Krise erleben. (Dass diese Erwartungen nicht vollständig danebenlagen, wurde in den Jahren 2003 und 2004 deutlich, als einige Personen aus der PKK-Leitung ausstiegen und sich auf die Seite der USA stellten, um die Organisation zu vernichten.) In der darauffolgenden Phase würde sich die Organisierung der Bevölkerung auflösen und die in den letzten 20 Jahren gegründeten kurdischen Vereine, Stiftungen und Büros nacheinander schließen. Das System der staatenlosen, aber gut organisierten Kurd*innen werde somit auseinanderfallen. Die kurdische Bevölkerung, die dadurch der Vernichtung ausgeliefert wäre, würde versuchen, neue Alternativen zur PKK zu schaffen. Der Bericht des IISS war gewissermaßen die schriftliche Ausarbeitung der Ziele des Komplotts.

Es hat nicht funktioniert …

Das große Komplott gegen Öcalan ist in allen Einzelheiten belegt worden und an die Öffentlichkeit gelangt. Aus Sicht der kurdischen Bevölkerung gibt es keine Geheimnisse mehr. Es ist das rechtlose und unmoralische Werk zahlreicher Machthaber und ihrer gemeinsamen Interessen ...

Dem gegenüber steht eine widerständige, für ihre Freiheit kämpfende und nicht aufgebende Bevölkerung. Dieser Kampf zwischen dem Recht und dem Unrecht dauert auch heute noch an. ♦

Die kurdische Bewegung konnte die Verbindung des Todes mit dem Leben und der Politik wiederherstellen

Angriffe auf die Gefallenenfriedhöfe in Nordkurdistan

Interview mit Hisyar Özsoy

In den vergangenen Monaten sind Friedhöfe in Nordkurdistan vermehrt Ziel von Angriffen türkischer Sicherheitskräfte geworden. Anfang Juni hat die Freiheitliche Juristenvereinigung (ÖHD – Özgürlük için Hukukçular Derneği) einen Bericht über staatliche Angriffe auf den Friedhof von Sîsê (Yolçatı) in der Nähe der nordkurdischen Kreisstadt Licê verfasst. In diesem Bericht wird ein deutlicher Anstieg der Angriffe auf den Gefallenenfriedhof in den vergangenen Monaten verzeichnet. Die Angriffe auf Guerillagräber werden als »Vollzug von Feindrecht gegen die Kurden« bezeichnet und es wird hervorgehoben, dass solche Angriffe nach dem Ende des Friedensdialogs 2015 besonders zugenommen hätten. Es wird von Grabschändungen durch Sicherheitskräfte in Licê, Farqîn (Silvan), Erdîş (Erçiş), Gever (Yüksekova), Cewlîg (Bingöl), Kelê (Malazgirt) und Heşkîf (Hasankeyf) berichtet.
Im Folgenden veröffentlichen wir ein Interview mit dem Doktor der Anthropologie und HDP-Abgeordneten aus Amed (Diyarbakır), Hisyar Özsoy, über diese Staatspraxis.

Wir wissen, dass der Tod zwei Aspekte hat. Es gibt den biologischen und den sozialen Tod. Nach dem biologischen Tod bleiben Einflüsse des toten Individuums auf das Leben bestehen. Wie können wir uns in dieser Hinsicht die Bedeutung der Angriffe auf Gräber erklären?

Das hat natürlich eine Geschichte und ist keine temporäre Angelegenheit, sondern schon lange Politik des Staates. Der Staat will die Kurd*innen, die er tötet, auf biologische Wesen reduzieren – das ist das eigentliche Problem. Wir unterscheiden uns von anderen Wesen, Tieren, Pflanzen durch die soziale Organisierung des Lebens. Dazu gehört auch der Tod. Was der Staat tun will, ist, die Kurd*innen auf den biologischen Tod zu reduzieren. Am Ende sterben alle, aber als Gesellschaft und Mensch geben wir dem biologischen Tod einen sozialen und symbolischen Wert. Mit seinen Praktiken versucht der Staat, die Kurd*innen daran zu hindern, dem biologischen Tod eine soziale und symbolische Dimension zu geben. In diesem Sinne versucht er, das symbolische und soziale Universum zu zerstören, in dem der Tod einen Sinn finden würde: Der Staat versucht, den sozialen Tod zu töten. Wir werden darüber sprechen, wie erfolgreich er dabei ist.

Welche Art von Bindung wurde zwischen der Gesellschaft und den Toten hergestellt, wenn wir uns die politischen Umstände und den Freiheitskampf der kurdischen Gesellschaft vor Augen führen? Über was für eine Kraft verfügen die Gräber der Kurdinnen und Kurden?

In allen Religionen und Glaubensrichtungen der Welt messen wir dem Tod Heiligkeit bei. Selbst wenn wir an Friedhöfen vorbeigehen, pfeifen oder singen wir nicht: das ist eine Form des Respekts. Ein Ort, an dem Respekt aufgebaut wird … Abgesehen davon sind die Todesfälle, von denen wir sprechen, letztlich politische Todesfälle. Politische Todesfälle haben auch einen wichtigen Platz in der Nationbildung der kurdischen Gesellschaft. In meiner früheren akademischen Arbeit habe ich erwähnt, dass die Vorstellung einer kurdischen Nation dem einer kollektiven Beerdigung ähnelt. Wir sprechen von Hunderttausenden von Menschen, die im Kampf für die nationale Befreiung in Kurdistan ihr Leben gelassen haben.

Schauen Sie, es werden immer noch Lieder über Ali Şer oder Şêx Seîdê Pîran (Scheich Said) geschrieben und gesungen. Wir sprechen von bis zu 40.000 bis 50.000 Menschen aus jüngster Zeit. Und das nur in Nordkurdistan. Denken wir dann noch an die anderen Teile Kurdistans, ist der Tod ein sehr zentraler Punkt in der nationalen Vorstellungskraft der Kurd*innen. Weil der Staat das erkannt hat, versucht er, den Tod von seinem

politischen Image zu trennen, d. h., die Verbindung der kurdischen Menschen zueinander zu trennen, Grenzen zwischen ihnen zu ziehen und diese Grenzen streng zu kontrollieren.

Wie erfolgreich kann dies sein?

Das ist eine vergebliche Anstrengung. Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel nennen: Şêx Seîd wurde 1925 in Dağkapı gehenkt und in einem Massengrab verscharrt. Wir wissen nicht, wo. Fast seit hundert Jahren, ziemlich genau 95 Jahre, also auch heute noch, halten die Menschen diese Erinnerung lebendig. Ja, wenn Şêx Seîd ein Grab hätte, wäre es heute wahrscheinlich eine Pilgerstätte und die Leute würden ihn besuchen. Die Regierung versucht zu verhindern, dass Spuren hinterlassen werden, und sie hat Erfolg, wenn auch mit Gewalt. Sie geht hin und zerstört. Was wir in letzter Zeit gesehen haben, ist, dass Friedhöfe bombardiert und zerstört werden, oder sie mit Zäunen abgesperrt werden. Sei es mit Panzern oder Bulldozern.

Aber es entsteht ein Krieg, den der Staat nicht gewinnen kann. 95 Jahre später haben Şêx Seîd und Seyîd Riza, die beiden, die über kein Grab verfügen, die keine Beerdigungen hatten, immer noch einen sehr zentralen und kraftvollen Platz in der sozialen und politischen Vorstellungskraft der kurdischen Gesellschaft.

Ich behaupte sogar, würden Gräber gefunden, hätten die Toten einen bestimmten Ort, würde ihre Bedeutung eventuell auf einem lokalen Bereich begrenzt bleiben. Da es aber keine Gräber gibt, entsteht eine große und symbolische Leere. Und die Kurd*innen versuchen, diese symbolische Leere mit vielen Geschichten, historischen Erzählungen und Mythen zu füllen. Eine Situation, die den Einfluss des Todes auf die symbolische, politische und nationale Vorstellungskraft ständig erhöht. Unter diesem Gesichtspunkt hat der Staat keine Chance, die »toten Körper« und ihre Geister zu bekämpfen und zu zerstören. Im Rahmen eines psychologischen Krieges versucht er ständig, den Wert und das Verständnis des Todes in der Gesellschaft zu untergraben, insbesondere unter den Kurd*innen. Eine schwierige Situation ist natürlich der Abriss der Gräber und das Zerstören der Grabsteine. Dies sind physische Angriffe. Aber es gibt keine Möglichkeiten für sie, diesen Krieg im symbolischen Bereich zu gewinnen.

Sie sagen, dass die kurdische Bewegung in den letzten 40 Jahren die Bedeutung des Todes im Nahen Ostens verändert hat. Können Sie das ein wenig ausführen?

In den letzten 40 Jahren haben wir über viele Tote gesprochen, Zehntausende kurdische Jugendliche sind gestorben. Todesfälle werden als Sinn und Wert in die symbolische Welt eingraviert. Selbst wenn Gräber nicht zugelassen werden, sind die organischen Beziehungen zwischen den Toten und der kurdischen Gesellschaft sehr hoch, wenn sie an Familien und Großfamilien denken. Genau an diesem Punkt komme ich zu der Schlussfolgerung einer fast »kollektiven Beerdigung«. Der Tod ist so produktiv bei der Etablierung der kurdischen nationalen Vorstellungskraft! Der Tod ist im Grunde eine persönliche Situation. Eine Person stirbt und die Gesellschaft kodiert diesen Tod, indem sie Rituale durchführt. Einige verbrennen Asche, einige machen Beerdigungen, aber letztendlich ist es ein universeller Zustand, ein Übergangsprozess, von dieser Welt in die andere Welt. Es variiert je nach Ort. Alevit*innen, Sunnit*innen und Êzîd*innen sind unterschiedlich, aber alle müssen ihre Toten von dieser Welt in eine andere Welt schicken. Wir können nicht trauern, bis wir uns nicht verabschiedet haben. Die kurdische Bewegung war in der Lage, den Tod wieder mit Leben und Politik zu verbinden.

Der Tod ist nicht mehr biologisch. Der Kampf der kurdischen Bewegung gilt als Versuch, die Todesangst der Kurd*innen zu überwinden.

Es war eine sehr ernste Transformation in den letzten 40 Jahren. Wir wissen um den Widerstand im Jahr 1980 im Gefängnis von Diyarbakır (kurdisch: Amed). Der Satz der Hungerstreikenden »Wir lieben das Leben so sehr, dass wir bereit sind, dafür zu sterben« ist zu einem Slogan geworden, aber auf die philosophische Dimension des Satzes wird wenig eingegangenen. Es ist seltsam, nicht wahr? Es war auch die zentrale Losung für das Todesfasten. Wenn man die kurdische Bewegung betrachtet, erkennt man, dass sie einen Mechanismus geschaffen hat, aus dem Tod ein politisches Leben zu schaffen. Um das Märtyrertum oder um den Tod haben sie eine weitere breite symbolische und politische Vorstellungskraft gebildet. Grob formuliert, verändern sie die Bedeutung des biologischen Todes: Er ist in Kurdistan nicht mehr das Ende.

Was die kurdische Bewegung verändert hat, ist keine Frage des Weiterlebens in der anderen Welt. Es geht darum: Wenn ein Mensch biologisch stirbt, hält sein Einfluss in diesem Leben weiter an. Die kurdische Bewegung konnte die Verbindung des Todes zum Leben und der Politik wiederherstellen. Der Tod hörte also auf, biologisch zu sein. Der Kampf der kur-

dischen Bewegung wird als Versuch angesehen, die Todesangst der Kurd*innen zu überwinden.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Vedat Aydın[1] ist gestorben, vom Staat ermordet, aber seitdem war er Gegenstand in Tausenden von Gedichten, Büchern und Liedern. Irgendwie wurde der Tod in der ganzen kurdischen nationalen Vorstellungskraft eine Inspiration. Der Staat hat in der Vergangenheit Kurd*innen getötet und sie aus der Welt der Bedeutung und des Wertes verbannt. Sie würden nichts mehr ausdrücken können. Aber was die kurdische Bewegung in den letzten 40 Jahren getan hat, ist, den Tod der vom Staat getöteten Kurd*innen in eine Art »symbolbezogene Ökonomie« zu transformieren, um biologische Todesfälle in eine Welt von Bedeutung und Wert zu bringen. Es gibt einen solchen Punkt in der Bildung der nationalen Vorstellungskraft. Familien, deren Kinder in verschiedenen Provinzen Kurdistans gestorben sind, werden »Wertfamilien« genannt. Sie schaffen Wert aus dem Tod innerhalb eines bestimmten Martyriums. Was die kurdische Bewegung tut, ist die Schaffung einer solchen »symbolbezogenen Ökonomie«. Niemand, der nun stirbt, wird zu einem Nichts verurteilt. Jeder im bestimmten Kontext gestorbene Mensch bekommt einen Wert. Der Staat greift so hart an, um genau diese Wertschöpfung zu verhindern.



»Für den Staat ist es nicht möglich, diesen Krieg zu gewinnen, indem er Gräber und Beerdigungen angreift und diese beleidigt.« Foto: anf

Auf welcher Ebene steht die gewalttätige Kraft des Staates gegen diese Kraft von Symbolen und Bildern? Kann er diese Wertschöpfung, von der Sie sprachen, stoppen?

Er greift physisch an und versucht, physische Spuren zu zerstören. Bei der Wertschöpfung geht es nicht nur darum, die Toten zu finden und zu beerdigen. Wenn der Staat die Kurd*innen tötet, wird die symbolische Welt wachsen. Tatsächlich versuche ich, etwas über das berühmte Gedicht von Musa Anter[2] zu schreiben, als ein Beispiel für die Produktivität des Todes. Das Grauen, das Ape Musa gelesen hat. Das Grauen, welches dem Henker die ganze Zeit über widerfährt. Der Henker tötet durchgehend, aber: »Der Henker ist eines Nachts in seinem Bett aufgewacht und sagte, mein Gott, was für ein schwieriges Rätsel. Je mehr ich töte, desto mehr vermehren sie sich. Aber je mehr ich töte, desto mehr sterbe ich.« Der Henker tötet ständig, aber wenn er tötet, vermehren sie sich numerisch, politisch und symbolisch.

Für den Staat ist es nicht möglich, diesen Krieg zu gewinnen, indem er Gräber und Beerdigungen angreift und diese beleidigt. Er kämpft gegen Geister. Es ist eine bedauerliche Situation. Der Staat ist in der Sorge und im Entsetzen des Henkers. Der Grund, warum er so viel angegriffen hat, ist, dass er glaubt, dass sie sich vermehren. Wenn der Staat nur ein wenig intelligent wäre, würde er sehen, je weniger er tötet, desto weniger ernährt er diese Ökonomie tatsächlich. Es gibt auch eine in dieser Hinsicht interessante Dialektik. Der Staat befindet sich in einer Praxis, der seine Gegner in dem Maße vergrößert, in dem er sie tötet.

Rênas Cûdî schrieb einen Artikel in der kurdischen Tageszeitung Yeni Özgür Politika im Kontext des Neokolonialismus und weist darauf hin, dass sich der Staat jetzt darauf konzentriert, wie Kurd*innen sterben und nicht wie sie leben sollen. Ich denke, es wäre vorteilhaft, diese

1 Am 5. Juli 1991 entführten Paramilitärs des türkischen Staates den Politiker Vedat Aydın, damals Provinzverbandsvorsitzender der Partei HEP (Halkın Emek Partisi) in Amed (Diyarbakır). Anschließend wurde er grausam ermordet.

2 Der kurdische Intellektuelle und Dichter Musa Anter (Apê Musa) wurde 1992 von Todesschwadronen des türkischen Staates in Amed ermordet.

Diskussion in verschiedenen Dimensionen fortzusetzen. Was würden Sie dazu beitragen?

Ich habe den Artikel ebenfalls gelesen und empfehle, ihn zu lesen. Eine der effektivsten Methoden, um die Macht in einem Land zu verstehen, besteht darin, zu untersuchen, wie Menschen sterben. Wenn Sie sich ansehen, wie der Kurde oder die Kurdin gestorben ist, werden Sie nicht nur eine Verletzung der Rechte sehen, sondern auch eine sehr komplexe politische Situation. Meiner Meinung nach ist der Grund, warum der Staat die Leichname der Kurd*innen so sehr angreift, der Wunsch nach Herrschaft. Herrschaft ist auch Dominanz über Land und Tod. Die Art und Weise, wie der Staat die Kurd*innen tötet, ist tatsächlich ein Ausdruck der kurdischen Frage.

In der Türkei oder dem Nahen Osten ist die Problematik, dass Kurd*innen nicht wie Menschen sterben können, vielleicht größer, als dass sie nicht wie Menschen leben können. Schauen wir uns die zerstückelten Leichen an, die mitten auf der Straße liegen gelassen wurden, in Kühlschränken aufbewahrt werden mussten, in naher Vergangenheit Cemile Cizir Çagırga[3], Taybet Inan[4]. Es gibt noch die 1990er und die Zeit davor, es gibt Şêx Seîd. Eine nationale Vorstellung wird mit dem geformt, was zur Hand ist. Die wichtigsten Meilensteine, die die nationale Vorstellungskraft der Kurden ausmachen, sind Massaker und Beerdigungen. Helebce (Halabdscha), Dersim 1925, Rojava, Kobanê in naher Vergangenheit, verbrannte Dörfer, solche ohne Beerdigung. Wir sprechen von einer politischen Vorstellung, in der der Tod sehr hart und zentral ist. Das Gebiet des Todes ist das Zentrum für Souveränität und Identitätsdebatte. Es ist einfach notwendig, über »Menschenrechtsverletzung«, »skrupellos«, »unmoralisch« hinauszudenken. Dies sind Aufrufe an das Gewissen der Menschen, moralische Werte. Aber die Frage des Todes muss in den Mittelpunkt der Beziehungen zwischen Kurdistan und der Türkei gestellt werden. Dies sollte berücksichtigt werden. Weil wir Souveränität, Identität, ein bestimmtes Gebiet, Land sagen. Diese sind die konkretesten Formen dieser Kämpfe.

Beim Thema Tod geht es sehr stark um Identität, Herrschaft und das Land. Was wir Herrschaft im Staat nennen ist das Recht, politisch innerhalb der eigenen Landesgrenzen zu töten. In den vier Teilen Kurdistans möchte der Staat über den Tot der Kurd*innen verfügen. Er möchte zwischen den Toten und den Ereignissen unterscheiden, nicht nur töten, damit es nicht zu einem symbolischen, politischen oder sozialen Wert wird.

Das Angreifen von Beerdigungen und Gräbern ist ein Versuch, über Raum und Zeit zu bestimmen. Aber so ist nun mal der Tod. Wenn die Seele eines Menschen seinen Körper verlässt, können alle möglichen Beleidigungen an dem Körper vollzogen werden, aber bisher gab es keine Macht, die Seelen bekämpfte und gewann.

In einem Interview zu dieser Thematik erklärte der Politikwissenschaftler Kemal Can: »Die Regierung erklärt jede ›Abnormität‹ zur ›neuen Normalität‹.« Besteht die Gefahr, dass die Angriffe auf Gräber und Beerdigungen, die wir als die neuen Normen der Macht betrachten können, als normal akzeptiert werden könnten? Was können Politiker*innen, Journalist*innen, Intellektuelle, Demokrat*innen, also alle Oppositionsgruppen tun, um eine solche Gefahr abzuwehren?

Gewohnheit bedeutet teilweise Akzeptanz. Aber ich glaube nicht, dass es hier eine Akzeptanz gibt. In der Gesellschaft sammelt sich ein sehr ernstzunehmender Zorn an, der durch die Zerstörung der Grabsteine in den letzten Monaten durch den Staat entstanden ist. Aber wie wird sich diese Wut ausdrücken? Wenn es jetzt zehn Menschen gibt, die gegen diese Situation protestieren, werden sie von fünfzig Soldaten aufgehalten. Unsere HDP-Abgeordneten versuchen deswegen, überall präsent zu sein.

Es gibt jedoch ein großes und ernstes Problem und es gilt eine große Lücke zu füllen. Es gibt kein globales System, das sich mit den Rechten der Toten und diesen Brutalitäten befassen kann. Es gibt ein internationales Menschenrechtssystem, aber es gibt kein System, das sich damit befassen könnte. Alle versuchen, ihre eigenen Toten zu jagen. Deshalb muss eine autonome Bewegung aufgebaut werden. Sie sollte sehr stark organisiert sein, mit lokalen und internationalen Verbindungen, von Menschenrechtsverteidiger*innen bis zu Akademiker*innen, von Intellektuellen bis zu Politiker*innen und Familienangehörigen. In der kommenden Zeit möchten wir die Voraussetzungen dafür schaffen und dazu beitragen.

Die Hauptsache ist, wie kommen wir aus diesem Wirbel des Todes heraus? Wie werden diejenigen, die diesen Staat regieren, aus der Situation herauskommen, noch mehr zu töten? Wie können wir – vor allem jungen Menschen – Geschichten erzählen, die sich nicht allein um den Tod drehen? ♦

---

3 Zu den Opfern der türkischen Staatsgewalt gehört auch die zehnjährige Cemile Çağırga. Am 7. September 2015 spielte sie in Cizîr (Cizre) im Viertel Cûdî vor dem Haus ihrer Eltern, als sie von einem Geschoss der sogenannten Sicherheitskräfte getroffen wurde. Da die Familie aufgrund der Ausgangssperre den Leichnam ihrer Tochter nicht ins Krankenhaus bringen oder bestatten durfte, mussten sie ihn tagelang in einer Gefriertruhe aufbewahren.

4 Im Dezember 2015 wurde Taybet Inan während der Militärbelagerung in Silopiya von türkischen Sicherheitskräften erschossen. Ihr Leichnam lag sieben Tage lang auf offener Straße und durfte nicht geborgen werden.

Vor einem Jahr verhängte die südkurdische Regierungspartei PDK ein Embargo über das Flüchlingslager Mexmûr

Mexmûr: Leben unter Blockade

Interview mit der Kovorsitzenden des Volksrates von Mexmûr, Çiçek Cengiz

Die Menschen im Flüchlingscamp Mexmûr können auf eine 26 Jahre lange Fluchtgeschichte zurückblicken. Aus der Steinwüste unter großer Hitze und Tockenheit errichteten sie eine grüne Oase. Trotz permanenter Angriffe des türkischen Staates und des sogenannten »Islamischen Staat« haben sie ihren Willen nach einem selbstbestimmten Leben nicht aufgegegen, sondern ein Beispiel für eine basisdemokratische Gesellschaft geschaffen. Wir sprachen mit der Kovorsitzenden des Volksrats von Mexmûr, Çiçek Cengiz, über die aktuelle Situation im Camp nach fast einem Jahr Embargo durch die südkurdische Regierungspartei PDK[1].

Wie ist das Leben unter dem Embargo? Wie rechtfertigt die PDK ihre Blockade gegen das Camp Mexmûr, und wie ist die Haltung anderer Organisationen und Parteien und die der irakischen Regierung dazu?

Wir verurteilen das Embargo gegen die nach Mexmûr geflüchteten Menschen und überhaupt jegliches Embargo gegen Geflüchtete aufs Schärfste. Es ist nicht das erste Mal, dass es ein solches Embargo gegen die Bevölkerung hier gibt, aber dieses Mal ist es besonders schlimm. Am 17. Juli ist es ein Jahr her, dass das Embargo verhängt wurde; unser Volk muss schwerwiegende Engpässe ertragen. Was die Menschen in Mexmûr gerade erleben, kannten sie bislang nicht. Es ist ein Ort mit höllischer Hitze und Trockenheit, aber die Menschen hier haben es in der Vergangenheit geschafft, daraus ein kleines Paradies auf Erden zu machen. Zurzeit herrscht jedoch extremer Mangel, speziell in den Bereichen der Gesundheit, Wirtschaft, Sicherheit und des familiären Lebens. Die Mittel, die zur Gesundheitsversorgung bleiben, sind so knapp, dass schon fast gesagt werden muss, es gibt keine mehr. Die Zahl der Neuerkrankungen nimmt von Jahr zu Jahr zu; insbesondere die Rate chronischer Krankheiten ist sehr hoch. Die benötigten Medikamente sind nicht täglich verfügbar, und ihr Import aus dem Ausland ist wegen des Embargos nicht möglich. Kranke Menschen müssen an Orten untergebracht werden, die nicht einmal ihren alltäglichen Bedürfnissen gerecht werden, weswegen gerade sie stark unter der Situation leiden müssen. Der Großteil der in Mexmûr lebenden Bevölkerung kommt aus der Region Botan[2]. Vor ihrer Flucht lebten sie von Ackerbau und Schafzucht. Trotz des unfruchtbaren Bodens schafft es die Bevölkerung Mexmûrs unter den hiesigen Bedingungen, weiterhin Ackerbau zu betreiben und ihre Schafe zu hüten. Dies ermöglicht es einigen Familien, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Doch es sind im Vergleich zur Zahl der Familien im Camp, die dies nicht können, nur sehr wenige. Die allermeisten Bewohner*innen des Lagers verfügen im Allgemeinen nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um über die Runden zu kommen. Da jedoch auch Sicherheitsmaßnahmen um das Camp herum notwendig sind, sind auch die wenigen Familien, die Landwirtschaft und Viehzucht betreiben, stark eingeschränkt. Es gibt einfach keine ausgedehnten Flächen für diese Tätigkeiten.

Die PDK handelt nach dem Willen der türkischen Regierungspartei AKP und wiederholt, was diese von sich gibt. Auf diese Art und Weise versuchen sie, ihr Embargo zu rechtfertigen. Allein diese Nähe sollte den Menschen Anlass zu Misstrauen gegenüber der PDK sein. Oft kann gar nicht mit Sicherheit gesagt werden, ob die PDK eine kurdische Partei ist oder bloß ein Sprachrohr der AKP. Es fällt schwer, die PDK zu verstehen; ihre Einstellungen und Vorgehensweisen machen sprachlos. Was sie dem Lager antut, macht sie angeblich, um herauszufinden, wer für die Erschießung des MIT-Agenten in Hewlêr (Erbil)[3] verantwortlich ist. Diese ist der Anlass, den der türkische Staat nutzt, um das Lager zu zerstören. Die PDK ist dabei nur ein Werkzeug für die Umsetzung der türkischen Politik.

1 Partiya Demokrat a Kurdistanê (Demokratische Partei Kurdistans, auf deutsch häufig auch KDP abgekürzt)

2 Region Kurdistans, die heute überwiegend auf türkischem Staatsgebiet liegt und neben Teilen angrenzender Provinzen wesentlich die heutige Provinz Şirnex (Şırnak) umfasst.

3 Am 17. Juli 2019 wurde in Hewlêr (Erbil) der dortige Verantwortliche des türkischen Geheimdienstes MIT bei einem Attentat getötet.

Alles, was der türkische Staat dem Camp antun will, versucht er von der PDK ausführen zu lassen. Die PDK muss begreifen, dass es dem türkischen Staat allein darum geht, seine eigenen Interessen durchzusetzen und dass er sie und die Regionalregierung dafür benutzt. Es geht dem neoosmanischen Staat darum, den Vertrag von Lausanne zum Jahr 2023[4] zu erneuern. Ab dann wird der türkische Staat kein Interesse mehr an der PDK zeigen. Wenn er seine Träume von der Vernichtung der Errungenschaften der Kurd*innen erfüllt hat, wird er versuchen, auch die Errungenschaften Südkurdistans zu zerstören und die PDK mitsamt der Familie Barzanî zu vernichten. Dabei sind die Behauptungen über das Lager unbegründet, falsch und Teil eines gut ausgearbeiteten Szenarios, mit dem sie einige ihrer Ziele erreichen wollen. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen den Menschen im Camp und der Erschießung des MIT-Agenten. Weder die PDK noch der türkische Staat haben irgendwelche Beweise; darum wollen sie das Lager zerstören und auflösen. Sie werden aber solch ein Verbrechen gegen die Menschen hier nicht rechtfertigen können. Was auch immer passieren mag, was für Unterstellungen sie auch immer vorbringen mögen, es lässt sich kein Gesetz rechtfertigen, das ein Embargo gegen Menschen zur Folge hat und sie dem »Islamischen Staat« (IS), Massakern und dem Coronavirus ausliefert. Mit diesem Embargo verstoßen die PDK und der türkische Staat gegen alle internationalen Gesetze, gegen die Gesetze der Autonomen Region Kurdistan und die des Irak.

Kurdische Parteien und Organisationen können in dieser Situation eine wichtige Rolle spielen und die PDK auf den richtigen Weg bringen. Dafür müssen sie ihre Bemühungen intensivieren; es reicht nicht, eine Erklärung abzugeben und Unzufriedenheit zu äußern. Es ist notwendig, ernsthafte Opposition und Haltung gegenüber dem Agieren der PDK zu zeigen. In diesen sensiblen Zeiten, in denen unsere Bevölkerung in großer Not und Gefahr lebt, muss dafür gearbeitet werden, den Menschen im Lager zu helfen, und es muss die Verantwortung übernommen werden, die notwendigen Schritte zur Aufhebung des Embargos einzuleiten.

»Wir sind bereit Erde zu essen, wie Schlangen am Boden zu kriechen, wir werden aber niemals dazu bereit sein, unseren Willen der PDK oder dem türkischen Staat zu unterwerfen.«

Was die Haltung der irakischen Regierung zu dem Embargo betrifft, kann gesagt werden, dass es sie nicht gibt, bzw. sie nicht bekannt ist. Durch Schweigen und Gleichgültigkeit beteiligt sich die irakische Regierung an der Umsetzung der Forderungen des türkischen Staates. Denn ohne ihre Zustimmung könnte die PDK das Embargo gar nicht durchsetzen. Wenn der Irak wollte, wäre es ein Leichtes für ihn, Druck auf die PDK auszuüben und sie dazu zu bringen, das Embargo aufzuheben.

Es gibt nicht nur Angriffe von Außen. Die IS-Dschihadisten haben schon Felder rund um das Lager in Brand gesteckt, Kampfflugzeuge haben das Lager bombardiert, und Zivilist*innen wurden getötet. Wie verläuft das Leben der Menschen im Camp und was ist die Antwort der Bevölkerung Mexmûrs auf all diese Angriffe?

Seit dem 8. August 2014 finden immer wieder Angriffe des IS auf das Camp und seine Umgebung statt. Das stellt eine große Bedrohung für die Menschen im Lager dar. Der Feind der Menschheit, der IS, existiert weiterhin in der Region, aber es ist nie klar, wann, wie und wo er angreifen wird. Es ist weithin bekannt, dass der türkische Staat dem sogenannten Islamischen Staat Hilfen und Unterstützung gewährt und mit ihm zusammengearbeitet. Seit letztem Jahr brennen die IS-Dschihadisten die Felder der Einwohner*innen nieder, die in und um das Mexmûr-Camp herum leben. In der Vergangenheit wurden Dutzende Zivilist*innen entführt, einige von ihnen wurden grausam ermordet. Wenn der IS Brände legt und Einwohner*innen entführt, um den Menschen die Lebensgrundlage zu entziehen, dann verfolgt er das gleiche Ziel wie die PDK und der türkische Staat mit ihrem Embargo. Rund um das Lager werden die Bewohner*innen, die Landwirtschaft betreiben, von türkischen Kampfflugzeugen angegriffen. Viele schon haben infolge solcher Angriffe ihr Leben verloren. Wir sehen deutlich: Die IS-Banden und der türkische Staat agieren ähnlich und haben die gleichen Ziele. Von dem Tag an, an dem die Menschen aus Nordkurdistan die Flucht nach Südkurdistan ergriffen haben, hat der türkische Staat seine barbarischen Angriffe unentwegt fortgesetzt. Um das Leben der Menschen im Lager einzuschränken und um sie zu spalten, leugnet er den Flüchtlingsstatus und setzt jede Art hässlicher Angriffe gegen sie ein. Er tut das, weil die Bewohner*innen des Camps ein politisches Ziel verfolgen und für ein freies Leben kämpfen.

4 Der Vertrag von Lausanne (1923) gehört zu den in Folge des 1. Weltkriegs geschlossenen internationalen Verträgen. In dem Vertrag wurden u. a. die Grenzen des ehemaligen Osmanischen Reichs und der heutigen Türkei neu festgelegt. Der Vertrag ist nicht zeitlich begrenzt. Erdoğan hat jedoch im Zuge seines neoosmanischen Projektes einseitig beschlossen, dass 100 Jahre genug sind und der türkische Staat seine Grenzen wieder ausdehnen kann. In diesem Kontext sind u. a. die Angriffe und Besatzungsunternehmungen in Rojava/Nordsyrien und in Başûr (Südkurdistan/Nordirak) zu sehen, ebenso die militärische Einmischung der Türkei in Libyen und die angekündigten Erdgas- und Erdölbohrungen im östlichen Mittelmeer.



Das selbstverwaltete Flüchtlingscamp Mexmûr in Südkurdistan. Foto: anf

Sie haben nach all den Jahren verstanden, dass es nicht einfach ist, Rechte gewährt zu bekommen. Sie wissen genau, dass die Feinde und Besatzer Kurdistans alle erdenklichen Formen von Angriffen auf die Menschen durchführen werden, damit diese ihr Ziel nicht erreichen. Mit diesem Wissen haben sich die Bewohner*innen des Lagers vom ersten Tag bis heute mit aller Willenskraft den Angriffen, Morden, Entführungen, dem Hunger und der Hilflosigkeit widersetzt und sich entschlossen allen Schwierigkeiten gestellt, um ein freies Leben aufzubauen. Oder wie es jemand aus dem Camp ausdrückte: »Wir sind bereit Erde zu essen, wie Schlangen am Boden zu kriechen, wir werden aber niemals dazu bereit sein, unseren Willen der PDK oder dem türkischen Staat zu unterwerfen.« Es bedarf jederzeit einer klaren Antwort und einer klaren Haltung gegenüber dem Feind und seinen Kollaborateuren. Die Campbevölkerung fordert von der PDK, dass sie sich nicht mehr auf die Spiele des türkischen Staates einlässt, sondern als kurdische Partei ihrer Verantwortung gegenüber dem kurdischen Volk gerecht wird. Das Embargo gegen das Lager muss so schnell wie möglich aufgehoben werden, und der türkische Staat muss in seinem Bestreben das kurdische Volk zu versklaven gestoppt werden. Nur so kann die nationale kurdische Einheit erreicht werden.

Mexmûr ist ein politisches Lager, das in Räten organisiert ist und sich selbst verwaltet. Können die Räte in dieser Situation, angesichts permanenter Angriffe, Probleme lösen? Wie reagiert die Bevölkerung auf die Angriffe und den Druck auf das Camp von außen?

Mexmûr ist ein politisches Lager, das ist richtig und sehr wichtig. Es wurde 1998 offiziell von den Vereinten Nationen (UN) eingerichtet. Im Laufe der Zeit haben die Bewohner*innen eine eigene interne Verwaltung aufgebaut, von der Kommune bis zum Volksrat. Der Volksrat ist stets darum bemüht, die Probleme der Menschen zu lösen. Es wird alles gegeben, um auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen einzugehen. Das Problem des Embargos ist jedoch kein internes, sondern wurde von außen geschaffen. Es sind die äußeren Kräfte, die die Hindernisse und die Probleme der Menschen im Lager verursachen. Wie viel Mühe und Arbeit der Volksrat auch geleistet hat, es reicht nicht zur Lösung der Probleme. Das Embargo und die Blockade des Lagers wurden von der PDK auf Veranlassung des türkischen Staates aus politischen Gründen verhängt. Der Volksrat bemüht sich intensivst und ergreift jede Gelegenheit, die Öffentlichkeit über die Situation, die demokratischen Bestrebungen und den Kampf um die Menschenrechte zu informieren. Dabei werden ihm jedoch viele Steine in den Weg gelegt. Zum Beispiel haben zahlreiche demokratische und Menschenrechtsorganisationen gefordert, das Lager besuchen zu können, um ihre Erkenntnisse dann an die Öffentlichkeit zu tragen, aber die PDK hat das nicht zugelassen. Nicht nur der Ausgang, auch der Eingang zum Camp ist blockiert. Zudem wird Delegationen des Volksrates nicht erlaubt zu Treffen zu reisen, um die aktuelle Situation und

Möglichkeiten einer Lösung zu erörtern. Auf irakischer Seite und bei den Vereinten Nationen herrscht Schweigen gegenüber den Forderungen des Volksrates und der Bevölkerung des Camps. Obwohl die Vereinten Nationen den Bewohner*innen offiziell den Flüchtlingsstatus zuspricht, übernehmen sie keine Verantwortung und schweigen zu menschenrechtswidrigem Vorgehen gegen die Menschen hier. Es sind nämlich Mitglieder der Vereinten Nationen, die diese Handlungen planen und ausführen. Da das Camp und seine Bevölkerung unter dem Schutz der Vereinten Nationen stehen, müssten sie und die irakische Regierung es eigentlich sein, die sich für die Verteidigung und Sicherheit des Lager verantwortlich fühlen. Bis zu einem gewissen, möglichen Punkt informiert der Volksrat mithilfe der eigenen Presse die Öffentlichkeit über die aktuelle Lage. Der Volksrat und die Bevölkerung machen für die aktuelle Situation die Vereinten Nationen, die irakische Regierung und die Regionalregierung Kurdistans verantwortlich. Wenn diese drei nicht dafür verantwortlich gemacht werden wollen, müssen sie jetzt Haltung zeigen und sich für die Aufhebung des Embargos einsetzen und entsprechenden Druck auf die PDK ausüben.

Sie haben Beziehungen zu den internationalen Hilfskräften aufgenommen, unter anderem zum UNHCR. Wie war dessen Reaktion? Warum herrscht Schweigen gegenüber der aktuellen Situation in Mexmûr? Hängt das mit der politischen Situation in der Türkei zusammen, oder was ist der Grund?

In Bezug auf die aktuelle Situation haben wir die Vereinten Nationen um Informationen gebeten. Wir wurden von ihnen über Luftangriffe, Embargos und illegale Aktionen gegen unser Lager informiert. Aber eine wirklich greifbare Antwort oder gar darüber Hinausgehendes haben wir nicht bekommen. Zwar gab es vor 2014 ein wenig Hilfe für die Bewohner*innen des Camps, und es gab in Form der irakischen Regierung eine Präsenz der Vereinten Nationen im Lager. Aber mit den IS-Angriffen ab 2014 wurden diese Vertreter*innen abgezogen, und von da an fühlten sie sich gar nicht mehr verantwortlich. Das derzeitige Schweigen hängt mit der politischen Situation in der Region zusammen. Nach internationalem Recht müssen die Vereinten Nationen das Problem unverzüglich angehen, da die Situation im Lager ein humanitäres Problem darstellt. Wenn sich die UN des Problems angemessen annehmen und im Sinne des bestehenden internationalen Rechts handeln würden, müssten sie sofort Druck auf die Regionalregierung und auf die PDK ausüben, um das Embargo zu beenden, und sofort Druck auf den türkischen Staat ausüben, um die Luftangriffe zu stoppen. Leider scheint die Situation so zu sein, dass der türkische Staat Druck auf die UN ausübt, sich still zu verhalten, und sie lassen sich tatsächlich einschüchtern. Die aktuelle Situation legt das zurückhaltende Verhalten der UN bloß, das großes Misstrauen bei den Menschen hervorruft. Die Interessen der Staaten und allgemeiner die Interessen verschiedener politischer Kräfte haben Auswirkungen auf die humanitäre Situation der Geflüchteten im Lager. Wenn die UN sich aber dieses Themas nicht ausdrücklich annehmen, begehen sie einen großen Fehler, der ihnen in der Geschichte niemals verziehen werden wird. Die in der Region agierenden Kräfte müssen ihre bisherigen Herangehensweisen unverzüglich aufgeben und im Sinne der Menschenrechte und des Menschenrechtsgesetzes sowie des Asylrechts im Lager aktiv werden; und insbesondere die Vereinten Nationen müssen Sicherheit und Schutz für das Lager garantieren. Das Leben der Menschen im Lager muss geschützt werden.

Wie lautet Ihr Aufruf an die Öffentlichkeit, und was können Menschen in Europa tun, um die Bevölkerung im Camp zu unterstützen?

Es gibt eine zivile Flüchtlingsgemeinschaft mit etwa 12.000 bis 13.000 Menschen, hauptsächlich Frauen und Kinder, die von IS-Angriffen, türkischen Luftangriffen, der Unterdrückung und dem Embargo der PDK und der Regionalregierung bedroht sind. Unser Aufruf an die Öffentlichkeit ist, das Schweigen zu beenden. Darüber hinaus müssen einige praktische Anstrengungen unternommen werden. Mittlerweile wird seit fast einem Jahr dieses Embargo gegen die Menschlichkeit durchgesetzt. Darum fordern wir politische Parteien, Wissenschaftler*innen, demokratische Kreise, Menschenrechtsverteidiger*innen, Wohltätigkeitsorganisationen und NGOs, die Menschen in Europa im Allgemeinen und alle mit Gewissen dazu auf, angesichts dieses Unrechts gegenüber den Menschen im Lager nicht zu schweigen. Unterstützen Sie sie, senden Sie den Menschen im Lager so weit wie möglich die notwendige Hilfe und fordern Sie die internationalen Menschenrechtsorganisationen in Europa auf, gegen die derzeitigen Zustände vorzugehen und ihre Aufmerksamkeit auf Unrecht, Unterdrückung und Grausamkeit gegenüber der geflüchteten Bevölkerung zu lenken.

Weiterführende Literatur zum Camp: Selbstbestimmung statt Flucht. Demokratische Autonomie im Camp Mexmûr. Über eine Delegationsreise nach Südkurdistan. Hg.v. der Kampagne TATORT Kurdistan und der feministischen Kampagne gemeinsam kämpfen! 2019. Zu beziehen über Black Mosquito (https://black-mosquito.org). ♦

Südkurdistan: Militärische Angriffe, Embargo, Vertreibung, Besatzung

Südkurdische Regierungspartei PDK als Handlanger der Türkei

Elif Aydoğmuş im Gespräch mit Esra Mikyaz

Nachdem nun schon seit einem Jahr das Geflüchtetenlager Mexmûr de facto einem Embargo unterliegt, hat sich nun eine weitere Krise im Gebiet um Zînê Wertê in der Autonomen Region Kurdistan (Nordirak) ereignet. Nachdem die Gegend am 15. April[1] vom türkischen Militär bombardiert worden war und daraufhin die PDK (Demokratische Partei Kurdistans[2]) Truppen dorthin verlegte, kam es zu heftigen Reaktionen. Die Öffentlichkeit war sich einig und kritisierte, dass sich die PDK in dieser Region zum Handlanger der Türkei habe machen lassen, und die kurdische Bevölkerung wurde von zahlreichen Seiten dazu aufgerufen, nicht auf dieses Spiel hereinzufallen und die Probleme im Dialog zu lösen. Schließlich sprach auch der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan die Situation in einem Telefonat mit seinem Bruder Mehmet Öcalan an. In dem 20- bis 25-minütigen Gespräch betonte er die Wichtigkeit der nationalen Einheit in Bezug auf die Situation in Zînê Wertê. Öcalan erinnerte an das im Jahre 1982 mit der PDK unterzeichnete Abkommen und rief dazu auf, sich daran zu halten und über einen Dialog eine Lösung für die Situation zu finden. Seitdem herrscht zwar Ruhe, die 450-köpfige Spezialeinheit der PDK hat sich jedoch bisher nicht aus der Gegend zurückgezogen.
Die seit vielen Jahren aus der Region berichtende Journalistin Esra Mikyaz fasst die aktuelle Situation zusammen, erklärt die Hintergründe und bewertet die Reaktionen auf Öcalans Forderung.

1 Aktuell flog die türkische Luftwaffe in der Nacht zum 15. Juni erneut Angriffe gegen Gebiete in Südkurdistan. Ziel der Luftschläge waren das Flüchtlingscamp Mexmûr, Siedlungsgebiet in Şengal und die Medya-Verteidigungsgebiete.

2 Auf deutsch häufig KDP abgekürzt.

Was ist der Grund für das seit einem Jahr über das Camp Mexmûr verhängte Embargo?

In Mexmûr leben Menschen, die Anfang der 1990er Jahre aufgrund des (noch immer anhaltenden) Einsatzes von Dorfschützern durch den türkischen Staat gezwungen waren zu fliehen und ihre Heimat im nordkurdischen Colemêrg (Hakkari) zu verlassen. Die Türkei versucht, die Opposition im Inland zu unterdrücken und zu vernichten. Das hat sie auch mit dem Camp Mexmûr vor. Die Türkei möchte unter Anwendung von nachrichtendienstlichem, diplomatischem und politischem Druck das Lager auflösen. Solange das Camp besteht, wird sie es immer als Gefahr ansehen. Sie versucht ebenfalls durch ihre guten Beziehungen zur PDK, die in der Regionalregierung Kurdistans vertreten ist, Einfluss auf den Status des Lagers zu nehmen. So herrscht seit dem 17. Juli 2019 ein durch die Sicherheitskräfte der PDK umgesetztes Embargo über Mexmûr.

Mexmûr ist in einem Gebiet innerhalb der irakischen Staatsgrenze gelegen, dessen Status nach § 140 des irakischen Gesetzes noch nicht geklärt ist. Während einerseits die irakische Armee dort patrouilliert, kontrolliert andererseits die PDK das Gebiet um Hewlêr (Erbil)[3]. Auch der sog. Islamische Staat (IS) ist immer wieder in der Gegend um Mexmûr aktiv, und so hat das Embargo auch negative Auswirkungen im Kampf gegen den IS. Nicht nur militärisch, sondern auch in der medizinischen Versorgung gibt es ernsthafte Probleme. Die Führung in Hewlêr behindert die Behandlung der im Kampf gegen den IS Verletzten. Das sind jedoch nur die unmittelbar sichtbaren Folgen des Embargos. Das Embargo erschwert das Leben der im Camp lebenden Menschen auch in den Bereichen der Ökonomie und der Bildung.

Wie bewerten Bevölkerung und Politiker*innen dieses Embargo?

3 Hauptstadt der Autonomen Region Kurdistan im Irak

Innerhalb der PDK-Führung gibt es sowohl Befürworter*innen als auch Gegner*innen der Aufrechterhaltung des Embargos. Erinnern wir uns daran, dass Voice of America (VOA) Dossiers anfertigte, als schwangere Frauen Fehlgeburten erlitten. Die Parteiführung in Hewlêr bezog keine Stellung und behauptete, es existiere kein Embargo. Denn viele der im Camp lebenden Menschen waren auch einmal Peschmergas der PDK. Es ist derselbe Clan. Sie wollen nicht, dass sich die Bevölkerung innerhalb ihres Einflussbereichs gegen sie wendet. Es gab jedoch einige Anläufe von südkurdischen Intellektuellen, Künstler*innen und Politiker*innen, das Embargo zu kritisieren und sein Ende zu fordern. Dies geschah vor allem mit Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Führungsriege der PDK und der Türkei.

Wie sieht es mit den Angriffen auf Mexmûr und Zînê Wertê aus? Was, glauben Sie, steckt hinter diesen Angriffen?

Um die Ereignisse in Mexmûr und Zînê Wertê verstehen zu können, müssen wir die strategische Ausrichtung der Türkei seit 2010/11 verstehen. Seitdem intensiviert sie im Rahmen ihrer Annektionsvorhaben ihre militärischen, geheimdienstlichen und politischen Operationen jenseits ihrer Grenzen. Damals begann sie ihre neoosmanische Politik. Von Palästina über Syrien, Jemen, Sudan bis nach Südkurdistan reichen ihre Interessen. Trotz einiger Gemeinsamkeiten unterscheidet sich ihre Politik gegenüber Südkurdistan natürlich. Denn die Türkei unterhält seit den 1990er Jahren nicht nur militärische, sondern auch wirtschaftliche Beziehungen zu einigen Parteien in Südkurdistan, die mit Öllieferungen begannen. Es gibt bilaterale Verträge zwischen der PDK und der Türkei über Erdöl- und Erdgaslieferungen mit Vertragsdauern von bis zu 50 Jahren. Dies ist auch dem SETA-Report[4] zu entnehmen, der vom stellvertretenden Generalkoordinator der Stiftung, Fahrettin Altun, vorgelegt wurde. Mit ihrer Wirtschafts-, Militär-, Diplomatie- und Sozialpolitik in Südkurdistan möchte die Türkei alle ihr im Weg stehenden Organisationen und die Region vernichten. Hervorzuheben ist, dass dem SETA-Bericht entnommen werden kann, wie die Türkei plant, militärisch von Zaxo aus bis nach Çûwarte bei Silêmanî, vorzurücken. SETA ist jetzt ein Strategiezentrum des AKP-MHP-Regimes geworden.

SETA-Funktionären, die in einer Sendung eines Nêçîrvan Barzanî gehörenden Senders zu Wort kamen, wurde vom Moderator viel Erfolg gewünscht, als sie ihre Pläne bezüglich Çûwarte erklärten. Auch dies ist der Bevölkerung nicht entgangen.

4 SETA, Stiftung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Forschung, AKP-nahe Stiftung in der Türkei.

Es wurde vieles gesagt, das auf die enge Verbindung zwischen SETA und der türkischen Regierung schließen lässt. So hat ein Sprecher der gegen General Haftar in Libyen agierenden militärischen Kräfte erklärt, dass auch Einheiten der Roj-Peschmerga[5] unter den von der Türkei nach Libyen gesandten Gruppierungen sind. Die Roj-Peschmerga sind eine unter dem Schutz der PDK stehende Gruppe aus Rojava, die nach Südkurdistan emigrierte. Sie werden von der PDK ausgebildet, bezahlt und sowohl militärisch als auch logistisch von ihr unterstützt. Der ehemalige türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu inspizierte mal ein in Başika gelegenes Trainingscamp. Auch diese Bilder werden als Zeugnis der Kollaboration zwischen PDK und Türkei nicht vergessen. Die Türkei möchte ihre Grenzen bis nach Silêmanî ausdehnen. Wie konnte das AKP-Regime nun bis nach Zînê Wertê vordringen? Natürlich war die PDK das Mittel.

Die Pandemie ist ihm Frühjahr zum wichtigsten Thema auf der ganzen Welt geworden. Die Türkei und die mit ihr eng verflochtene PDK haben versucht, diese Krise ausnutzen, und so kündigte die PDK an, sie wolle zum Schutz der eigenen Grenzen rund 450 Spezialkräfte in Zînê Wertê stationieren. Natürlich protestierten sofort Intellektuelle, Künstler*innen und Politiker*innen unterschiedlichster Kreise. Es geht hier nicht, wie vom Präsidenten der KRG[6] Nêçîrvan Barzanî behauptet, um die Grenze zum Iran. Die liegt 30–35 km entfernt. Warum also wurden ausgerechnet dort von Deutschland ausgebildete Spezialkräfte stationiert? Wenn die Gegend doch unter der Kontrolle der YNK[7]-Peschmerga steht, wieso übernehmen dann die der PDK unterstehenden 450 Spezialkräfte die Coronavirus-Vorkehrungen? Vor allem, wenn man bedenkt, dass diese Region die vom Coronavirus am wenigsten betroffene der KRG ist und die Maßnahmen Stück für Stück gelockert werden. Die Bevölkerung Südkurdistans stellte diese Fragen und protestierte. Die PDK verlor an Ansehen.

Sie versucht die hitzigen Debatten abzukühlen und hüllt sich in Schweigen. Das Volk setzte den Streitkräften eine Frist von 48 Stunden. Ohnehin unterstand die Region der YNK, die dort auch Streitkräfte unterhält. Nun sind dort auch die 450 Spezialkräfte, deren Kommandeur Berhem Arif Yasin in einem Interview sagte: »Wir sind hier mit 450 Peschmerga angerückt und werden uns nicht zurückziehen.« Aus dem Interview, erschienen auf der Webseite Xandan, geht hervor, dass

5 Die »Roj-Peschmerga« sind auf Barzanîs Anordnung am 12. April 2012 gegen die revolutionären Kräfte in Rojava gegründet worden und sollten gegen die dortige Selbstverwaltung im Sinne der PDK und der türkischen Regierung vorgehen. Sie stehen dem von der PDK und dem MIT kontrollierten »Kurdischen Nationalrat« ENKS nahe.

6 Autonome Region Kurdistan (auf dt. auch ARK abgekürzt), Nordirak.

7 Yekîtiya Nîştimanî ya Kurdistanê (Patriotische Union Kurdistans, auf deutsch meist PUK abgekürzt)



Auch im südkurdischen Silêmanî kamen Hunderte Menschen zusammen, um gegen die tödlichen Angriffe des türkischen Besatzungsstaates zu protestieren. Foto: anf

man abwarten will, bis sich die Gemüter beruhigt haben, um dann die Operation weiterzuführen.

Wie bewerten Sie die Beziehungen zwischen PDK und YNK?

Wenn es auch von Zeit zu Zeit zu Auseinandersetzungen kommt, so pflegen die beiden Regierungsparteien weiterhin Beziehungen zueinander. Trotz aller Differenzen finden sie doch immer wieder einen Weg der Zusammenarbeit.

Natürlich ist die jetzige Situation keine, die zwischen nur zwei Parteien geklärt werden kann. Qendîl als eines der wichtigsten Zentren Kurdistans wird angegriffen, um es unter die Kontrolle der Türkei zu bringen. Es geht hier nicht nur darum, das Gebiet der Türkei zugänglich zu machen. Das Gebiet wäre auch für die USA ein neues Tor zum Iran. Wir wissen, dass es bisher keine nennenswerten direkten Beziehungen zwischen der YNK und den USA gab. Vielmehr pflegt die YNK Beziehungen zum Iran. Die PDK und die Türkei jedoch haben direkte Beziehungen zu den USA. Die Qendîl-Gebirgskette erstreckt sich bis in den Iran. Das Gebiet, in das die PDK nun eingedrungen ist, ist das Karox-Gebirge, von dessen Gipfeln aus man Qendîl sehen kann. Ein Gebirgspass verbindet das Karox-Gebirge mit den Qendîl-Bergen. Das Medya-Verteidigungsgebiet wiederum ist ein Gebirgspass, der Gare, Behdînan, Xinêre und Xakurke in Südkurdistan miteinander verbindet. Darum wird dieses Gebiet wichtig werden, um militärisch gegen die Guerilla und gegen den Iran vorzugehen. Dieses Gebiet zu kontrollieren bedeutet, in Kurdistan militärisch manövrieren zu können; darum ist die momentane Situation sowohl für diese beiden Parteien als auch für die PKK ebenso kompliziert wie strategisch wichtig. Ein nationales Problem also. Wenn dieses Gebiet an den Feind verloren ginge, würde das einen dunklen Fleck in der Geschichte des kurdischen Volkes hinterlassen.

Wie beeinflusst die Ölkrise zwischen Bagdad und Hewlêr die politische Krise?

Dieses Thema hat den größten Einfluss auf die Krise der aktuellen irakischen Regierung. Denn Hewlêr vertieft seine Beziehungen zur Türkei, statt die zur irakischen Zentralregierung. Die Regionalregierung hat sehr langfristige Ölverträge mit der

Türkei unterzeichnet. Jedoch hat die Zentralregierung in Bagdad vor kurzem mitgeteilt, sie zahle die Gehälter der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht mehr. Grund dafür war die Tatsache, dass die Verabredung über die Abgabe von 250.000 Barrel Öl durch die südkurdische Regionalregierung nicht eingehalten wurde. Das bedeutet, dass die Zentralregierung von der Regionalregierung abhängig und auf internationaler Ebene nicht in der Lage ist, das Land als Ganzes zu vertreten. Es gibt weder eine Zusammenarbeit bei Regierungsbildungen noch bei der Lösung wirtschaftlicher Probleme oder anderer politischer Probleme. Stattdessen sorgen sie für Schlagzeilen mit gegenseitigen Ultimaten und Zugeständnissen. Zum ersten Mal hat die irakische Zentralregierung den Botschafter der Regionalregierung einbestellt und sich damit auf höchster diplomatischer Ebene den Angriffen der Türkei entgegengestellt. Der Präsident der Regionalregierung Nêçîrvan Barzanî jedoch beschuldigte das Volk in Mexmûr, schuld an den Angriffen zu sein. Auch dies war ein Ausdruck der politischen Beziehungen.

Warum duldet Hewlêr immer noch türkische Truppen in der Region und lässt sie den Flugraum nutzen? Liegt das an den wirtschaftlichen Beziehungen zur Türkei?

Um ehrlich zu sein, auch wir stellen Journalist*innen und Politiker*innen diese Fragen. Meistens erhalten wir die Antwort, die wirtschaftliche Lage zwinge sie dazu. In Hewlêr sticht sofort ins Auge, dass sämtliche Schilder von Einzelhandelsgeschäften, Baufirmen, Schönheits- und Gesundheitszentren in türkischer Sprache sind. Es ist auch irritierend, wie viele Türkisch sprechende Soldaten und Geheimdienstmitarbeiter dort stationiert sind. Die Beziehungen zur Türkei gehen über normale zwischenstaatliche Beziehungen hinaus. Man hört kaum Arabisch, umso mehr Türkisch. Die Türkei unterhält in den von der PDK kontrollierten Gebieten mehr als 20 militärische Stützpunkte. Das hat natürlich Auswirkungen auch auf dortige Bildungseinrichtungen. Seit 1997 nimmt die Türkei immer mehr Einfluss auf das Bildungswesen, was wiederum zeigt, dass sie auch Einfluss auf die Politik hat. Ich beschäftige mich in meiner Arbeit hauptsächlich mit der Situation der Frauen. Da sehen wir, dass auf allen der PDK unterstehenden TV-Kanälen türkische Serien ausgestrahlt werden, die die Haltung der AKP gegenüber Frauen widerspiegeln. Zuletzt strahlte der Sender Rudaw zu Ramadan eine Sondersendung aus: »Giftûgoye kecan«, zu Deutsch »Frauen unterhalten sich«. In dieser Sendung traten männliche Sänger auf, und es wurde gesagt, Frauen sollten sich ihren Männern unterordnen. Sie seien schwach und sollten sich darum kümmern, ihre Kinder zu verheiraten. Es gibt also eine den türkischen Vorstellungen gegenüber völlig offene Struktur, die selbst ihren Luftraum für die Türkei offen lässt.

Wie Sie vielleicht wissen, untersteht dieser Luftraum seit 1992 der Kontrolle der NATO, nicht der der irakischen Regierung. Auch wenn der Irak die Türkei für ihre Angriffe auf Mexmûr kritisiert hat, so ist es die NATO, die den Luftraum kontrolliert. Jedoch müssen wir festhalten, dass die Regierung in Hewlêr den Angriffen nicht widersprochen, sie nicht einmal kritisiert hat.

Die PDK hat keine anderen Einnahmen als die aus den Ölexportgeschäften und ist hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produktion von der Türkei abhängig. Gibt es Versuche, die eigene Landwirtschaft zu beleben?

Für viele Länder, in denen es Erdöl gibt, ist dieses auch die Haupteinnahmequelle. Lokale Produzent*innen werden nicht unterstützt. Es ist meist günstiger, Nahrungsmittel, Textilien und Baumaterial zu importieren. Aus diesem Grund wurde nicht in die Eigenproduktion investiert. Ich hatte es schon angedeutet, möchte es aber nochmal wiederholen. Als die Türkei Serêkaniyê und Girê Spî angegriffen hat, hat das Volk in Südkurdistan türkische Produkte boykottiert. Dies verursachte einen Schaden von fast 500 Millionen Dollar. Das türkische Konsulat in Hewlêr berief die Provinzgouverneure einzeln ein und forderte ein Ende des Boykotts. Aber die Initiative für diesen Boykott ging von der Bevölkerung aus, sodass er nicht beendet werden konnte. Das hat auf die Region größere Auswirkungen als die Coronakrise. Aber für die Regionalregierung war dies doch nur eine kleine Spielerei. Es gab aber nur wenig Bewegung in der lokalen Produktion. Ich denke nicht, dass der Boykott langfristige Entwicklungen und Veränderungen für die lokale Produktion nach sich zieht. Inzwischen versuchen die Türkei und Hewlêr, den schlechten Ruf der Verträge zwischen den beiden Ländern zu umgehen, indem Verträge nun auf privatwirtschaftlicher Ebene geschlossen werden.

Der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan betonte in einem Telefonat mit seinen Angehörigen die Dringlichkeit der nationalen Einheit. Wie wurde dies von den regionalen politischen Kräften und der Bevölkerung aufgenommen?

In einigen Sendungen stellten wir politischen Akteur*innen diese Frage auch. Der erste Reflex ist immer, dass man Öcalans Stimme nicht selbst gehört habe und dass solche Botschaften nicht über Hören-Sagen funktionieren. Öcalan wird als wichtiger Akteur in der Lösung der kurdischen Frage wahrgenommen. Vor allem haben die Errungenschaften von Rojava die Überzeugung gestärkt, dass er ein Anführer sein kann, der das kurdische Volk voranbringen kann. Selbst die alten Peschmer-



Demonstration in Hannover gegen die zunehmenden Angriffe der Türkei gegen Şengal, Mexmûr und die Medya-Verteidigung. Foto: anf

ga, die damals gegen die PKK gekämpft hatten, sagen nun, wenn jemand etwas anbieten kann, dann Öcalan. Das Vertrauen in ihn wird außerdem durch das Versagen der gegenwärtigen Regierung verstärkt. Auch haben die Menschen den Eindruck, dass Öcalans Theorie und seine Verteidigungsschriften tatsächlich eine alternative Antwort auf die gegenwärtige Politik sein können. Alle Politiker*innen, die Sie fragen, werden Ihnen sagen, dass es ohne nationale Einheit keine Lösung geben wird. Darauf, wie diese nationale Einheit erreicht werden kann, haben sie jedoch keine Antwort, und es wird kein Versuch konkreter Schritte unternommen.

Öcalan hat auch an das 1982 mit der PDK unterzeichnete Abkommen erinnert. Was war der Inhalt dieses Abkommens und wieso hat er es noch einmal ins Spiel gebracht?

Mit der Erwähnung des Abkommens, wollte er den Journalist*innen dessen Existenz in Erinnerung rufen. Das Abkommen ist veröffentlicht und somit zugänglich. Auch viele südkurdische Politiker*innen kennen dieses Abkommen. Als wir sie nach ihrer Meinung fragten, bekamen wir folgende Antwort: 1982 hatte die Guerilla den bewaffneten Kampf noch nicht aufgenommen, dennoch war die PKK damals schon ein wichtiger politischer und ideologischer Faktor für die kurdische Bevölkerung. Darum schlossen Îdrîs Barzanî als PDK-Vorsitzender und Öcalan als Generalsekretär der PKK dieses Abkommen. Es beginnt mit der Feststellung des Grundsatzes der gegenseitigen Solidarität. Alle Punkte des Abkommens fußen darauf und definieren den gemeinsamen nationalen Kampf gegen die imperialistischen Kräfte. Dabei ist der letzte Punkt des Abkommens interessant. Er besagt nämlich: »Im Falle von Schwierigkeiten und Fehlern in der praktischen Umsetzung der oben genannten Vereinbarungen sollten die Verantwortlichen beider Seiten einander konsultieren. Wenn trotz dessen die Warnungen nicht vor Augen geführt werden, sind beide Seiten frei ihre jeweiligen Arbeiten zu führen.« Indem er auf diesen Punkt im Abkommen hinwies, hat Öcalan an die gemeinsamen nationalen und demokratischen Interessen des Volkes erinnern wollen. Beachten wir dabei, dass die Entwicklung des »Greater Middle East Project« gezeigt hat, dass sich staatliche Interessen ändern können und die kurdische Bevölkerung unter allen Bedingungen kontinuierlich ein demokratisches und freies Leben anstrebt. Öcalan warnt, es sei naiv zu glauben, ein Teil des kurdischen Volkes könne ein gutes Leben führen, wenn ein anderer vernichtet würde. Wir müssen verstehen, wie wichtig es ist, dass sich die Kurd*innen trotz aller politischen Unterschiede vereinen und ihre gemeinsamen Werte verteidigen. Es ist also wichtig, den Aufruf Öcalans ernst zu nehmen. ♦

Kein Vertrauen in die Großmächte

Die Mär von der kurdischen Einheit durch die USA, Russland und Frankreich

Ferda Cetin, Journalist und Kolumnist bei der Tageszeitung Yeni Özgür Politika

Anfang Mai erschien auf dem Nachrichtenportal »Independent Türkçe« eine interessante Meldung mit dem Titel: »Bemühungen der drei Staaten, die syrischen Kurden zu vereinen, von Erfolg gekrönt – Einigung zwischen PYD und ENKS[1]«. Bei den drei Staaten handele es sich um Russland, die USA und Frankreich.

Dass es vonseiten Russlands Bemühungen dieser Art gibt, war mir bislang nicht bekannt. Von den USA wissen wir, dass sie bei allen acht Genfer Friedensverhandlungen, die am 30. Juni 2012 ihren Anfang nahmen, die Partei der Demokratischen Einheit (PYD) gezielt ausgeschlossen hat. Gegenüber den Politiker*innen der PYD begründeten die US-Diplomaten dieses Vorgehen mit der konsequenten Verweigerungshaltung der Türkei. Nur über eine Einigung zwischen PYD und ENKS (Kurdischer Nationalrat in Syrien) ließe sich diese Krise überwinden. So wurden die kurdischen Vertreter*innen aus den offiziellen Treffen herausgehalten. Sie wurden mit »konstruktiven« Gesprächen in den Hotellobbys und Hinterzimmern abgespeist. Die Bemühungen der USA, die PYD zu einer Einheit mit dem ENKS zu bewegen, wurden von europäischen Vertreter*innen und bei der Einladung der kurdischen Vertretung im Élysée-Palast unterstützt.

Doch woher kommt dieser unbedingte Wille, die kurdischen Akteure in Syrien zu einer Einigung zu bewegen? Was steckt dahinter? Dafür müssen wir kurz die Ereignisse in Nordsyrien/Rojava seit Beginn der Revolution rekapitulieren: Ab April 2011 – also von Anfang des syrischen Bürgerkriegs an – haben die Kurd*innen aus Rojava den Aufbau eigener Selbstverteidigungseinheiten und Selbstverwaltungsstrukturen begonnen. Anfang 2014 haben sie die autonomen Kantone Efrîn, Kobanê und Cezirê ausgerufen. Im selben Jahr hat der »Islamische Staat« (IS) sich über den Irak hinaus auch im Norden Syriens ausgebreitet und den Krieg gegen Kobanê gerichtet. Die Kurd*innen haben einen großen Verteidigungskrieg geführt. Bereits zuvor hatten sie Serêkaniyê gegen den Al-Qaida-Ableger al-Nusra erfolgreich verteidigt. Nun fügten sie in Kobanê auch dem IS seine erste Niederlage zu.

Im Kampf gegen den IS waren die Kurd*innen aus Rojava der zentrale Akteur innerhalb der internationalen Anti-IS-Koalition, die einschließlich der USA, Russland und Frankreich aus rund 40 Staaten bestand. Während dieses Kampfes stimmten eben auch die drei besagten Staaten Lobeshymnen auf das System der Kurd*innen an, auf die PYD, die Verteidigungseinheit YPG und die Frauenverteidigungseinheiten YPJ. Sie drückten ihre Zufriedenheit darüber aus, mit diesen Kämpfer*innen Teil derselben Koalition sein zu können und forderten öffentlich die Rechte und Freiheiten der Kurd*innen ein.

In derselben Zeit unterstützte der türkische Staat im syrischen Bürgerkrieg dschihadistische Akteure wie Haiat Tahrir asch-Scham (HTS) (so der neue Name des Al-Qaida-Ablegers al-Nusra), den IS und andere islamistische Gruppierungen, die sich als Teil der Freien Syrischen Armee ausgaben. Mit diesen Gruppen führte die Türkei für alle offensichtlich einen Stellvertreterkrieg in Syrien.

Der Ministerrat der Türkei hat bei einer Sitzung am 16. Juni 2014 die Al-Nusra-Front aus ihrer Terrorliste gestrichen. Im Amtsblatt vom 18. Juni 2014 wurde dieser Beschluss veröffentlicht. Das russische Verteidigungsministerium hat am 2. Dezember 2015 auf einer Pressekonferenz Satellitenbilder veröffentlicht, welche die Beziehungen der Türkei zum IS unter Beweis stellen. Gegenüber den Medien wurde erklärt, dass Erdoğan und seine Familie Geschäfte mit dem IS machen und illegal Erdöl aus dem Irak und Syrien von ihm beziehen.

Trotzdem drohte die Türkei weiterhin unverblümt damit, Efrîn zu besetzen und auch im Osten des Euphrat zu intervenieren. Die Kurd*innen unterhielten zu jenem Zeitpunkt in Efrîn gute Beziehungen zu Russland und östlich des Euphrats gute Beziehungen zu den USA.

1 »Kurdischer Nationalrat in Syrien«, Parteienbündnis in Nordsyrien, das unter der Leitung der PDK im Nordirak 2011 gegründet wurde und u. a. die Aufteilung Nordsyriens in Interessensgebiete der Parteien nach dem Vorbild des Nordirak anstrebt.

Wollen sie wirklich die nationale Einheit der Kurd*innen?

Was machte der ENKS in dieser Zeit? Ihre Vertreter hielten zahlreiche Treffen mit dem türkischen Geheimdienst in Istanbul oder Riha (Urfa) ab. Sie gaben Presseerklärungen heraus und veranstalteten Proteste in Berlin oder Stockholm, in denen sie die Auflistung der PYD als Terrororganisation forderten. Mitglieder des ENKS unterstützten also die Forderungen der Türkei.

Kritisiert wurde der ENKS hierfür weder von den USA, Russland oder den europäischen Staaten. Niemand von ihnen verlangte vom ENKS, sie sollten aufhören, gemeinsame Sache mit der Türkei zu machen und die PYD zu diffamieren. Die Akteure, die von PYD verlangen mit dem ENKS eine Einigung zu erzielen, zeigten dem Nationalrat gegenüber nicht dieselbe Haltung.

Russland zog am 18. Januar 2018 seine Soldaten von der türkischen Grenze in Efrîn ab und gab damit grünes Licht für eine türkische Invasion. Selbst der syrische Luftraum wurde für die türkische Armee geöffnet. Während türkische Soldaten und ihre dschihadistischen Partner Efrîn besetzten, erklärten die USA, ein solches Szenario würde sich im Osten des Euphrats nicht wiederholen.

Doch es wiederholte sich. In den Monaten Juli und August des Jahres 2019 führte der US-Sondergesandte für Syrien James Jeffrey zahlreiche intensive Gespräche mit der Leitung der Demokratischen Föderation Nordsyriens. Er rief die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten Anfang Oktober 2019 öffentlich dazu auf, ihre Grenzschutzvorkehrungen aufzugeben und sich samt ihrer schweren Waffen 15 Kilometer von der Grenze zurückzuziehen – nur so könne der politische Druck durch die Türkei entkräftet werden. Als Lösung werde die USA gemeinsame Patrouillen mit den kurdischen Einheiten an der Grenze aufnehmen.

Am 7. Oktober wurde erklärt, die USA werde ihre Soldaten aus Rojava abziehen. Trump sagte lapidar, man könne die Grenze zur Türkei nicht mehr sichern, Kurden und Türken würden seit 200 Jahren Krieg führen und das Ganze interessiere die USA nicht sonderlich.

Am 9. Oktober 2019 wurde dann der Osten des Euphrats für die türkischen Boden- und Lufteinheiten geöffnet. Serêkaniyê und Girê Spî wurden durch die türkische Armee und ehemaligen IS-Mitgliedern in neuen Uniformen besetzt. James Jeffrey beteuerte im Nachhinein noch reumütig, er habe nicht gewusst, dass es so kommen würde.

Dass es sich beim Rückzug der USA aus Rojava um nichts weiter als einen miesen Trick gehandelt hat, sollte sich binnen kurzer Zeit zeigen. Die US-Soldaten wurden zunächst in die US-Stützpunkte im Irak beordert. Doch kurz darauf überquerten sie in kleineren Gruppen erneut die Grenze in Richtung Syrien, um die Erdölfelder von Deir ez-Zor zu kontrollieren.

Nun könnten wir uns folgende Fragen stellen, um die Situation besser zu begreifen:

Was hat plötzlich dazu geführt, dass die Staaten, denen eine türkisch-dschihadistische Besatzung lieber war als der Zusammenschluss der Kantone Rojavas, nun eine »nationale Einheit« unter den Kurd*innen promoten? Wie kommt es, dass diese Staaten, die bedenkenlos die Gebiete, für deren Befreiung die Kurd*innen tausende Gefallene in Kauf genommen haben, der Türkei übergaben, sich nun plötzlich für eine Einigung unter den Kurd*innen aussprechen?

Warum gibt es keine Gespräche mit dem Kurdischen Nationalkongress KNK?

In Sachen kurdischer Einheit sei daran erinnert, dass im Dezember 2019 zehn kurdische Parteien aus Nordkurdistan zusammengekommen sind, um einem solchen Ziel den Weg zu ebnen. Nach ihrem Treffen in Amed hat eine Abordnung der Teilnehmer*innen Gespräche mit südkurdischen Parlamentariern der PDK, der YNK, der Gorran-Bewegung und anderer Parteien geführt. Es stellt sich nun natürlich die Frage, weshalb die Staaten, die in Rojava plötzlich an einer kurdischen Einheit interessiert sind, eine völlige Ignoranz gegenüber der nordkurdischen Initiative zeigen? Wäre das denn nicht auch ein konsequenter Schritt, wenn schon das Ziel der kurdischen Einheit proklamiert wird?

Und wenn die USA eine Delegation zur Vermittlung zwischen PYD und ENKS schicken, warum tut sie nicht das gleiche, um Gespräche zwischen PKK, PDK, YNK und der Gorran-Bewegung zu ermöglichen? Warum zeigen Russland und Frankreich ein großes Interesse für die innerkurdischen Gespräche in Rojava, aber keinerlei Neigung für ähnliche Gespräche im gesamtkurdischen Kontext?

Können die USA und Russland, die weite Teile des Bodens und des Luftraums von Syrien und dem Irak kontrollieren, und das Areal gewissenlos für die Kriege der Türkei freigeben, ein tatsächliches Interesse an der kurdischen Einheit haben?

Die nationale Einheit ist ein Instrument von Völkern, die eine gemeinsame Verwaltung über ihr befreites Land oder eine gemeinsame Front gegen die Besatzer ihres Landes errichten

wollen. Es liegt im Wesen einer solchen Einheit, dass sie eine Stärkung der inneren Dynamik und eine Abwehr gegen äußere Akteure darstellt. Ist es vorstellbar, dass die USA, Russland und Frankreich durch eine kurdische Einheit das Interesse verfolgen, die Befreiung der von der Türkei besetzten Gebiete in Syrien zu ermöglichen?

Der Ko-Vorsitzende des Kurdistan Nationalkongresses (KNK) Ahmet Karamus reiste mit einer Delegation am 8. Dezember 2019 nach Südkurdistan, um dort Gespräche mit Mesûd Barzanî und anderen PDK-Vertretern zu führen. Der KNK ist eine Institution, die von 38 Parteien und Organisationen gegründet wurde, um eine nationale Einheit unter den Kurd*innen voranzubringen. Die Delegation des KNK konnte in Südkurdistan mit allen politischen Parteien und Bewegungen fruchtbare Gespräche führen. Lediglich von der PDK erhielt sie keinerlei Antwort auf ihre Gesprächsanfragen.

Die Politik der USA und Russlands in den vergangenen zehn Jahren gibt den Kurd*innen keinen, wirklich keinen einzigen Anlass, auf die Glaubwürdigkeit eines dieser beiden Mächte zu vertrauen.

Öffentlich unterstützt die PDK eine Annäherung zwischen der PYD und dem ENKS. Doch wenn ihr die kurdische Einheit so wichtig ist, warum beantwortet sie nicht die Gesprächsanfragen des KNK? Warum öffnet sich die PDK nicht für eine nationale Annäherung mit anderen kurdischen Parteien, während sie zugleich die Gespräche in Rojava begrüßt? Kann es sein, dass sie die Hoffnung hegt, durch die Annäherung zwischen PYD und ENKS einen Teil der Macht in Rojava zu erlangen?

Ziel ist die Zerschlagung der demokratischen Selbstverwaltung von Rojava

Während Russland, die USA und Frankreich die PYD dazu auffordern, sich gegenüber dem ENKS zu öffnen, fordern sie vom ENKS keineswegs den Abbruch ihrer Beziehungen zur Türkei, die Schließung ihrer Büros in Istanbul und Riha und ihre Rückkehr nach Rojava. Die USA wollen den ENKS nicht von der Türkei lösen. Das Ziel der USA ist es, über den ENKS die PYD so weit umzuformen, dass die Türkei und die PDK sie akzeptieren kann. Das ist die spezielle Aufgabe, die dem syrischen Sondergesandten der USA James Jeffrey aufgetragen wurde. Es muss also klar sein, dass weder die USA noch Russland oder Frankreich tatsächlich ein Interesse an einer kurdischen Einheit haben. Ihr gemeinsames Ziel ist es, die demokratische Selbstverwaltung in Rojava zu zerschlagen und so die Forderungen der Türkei umzusetzen.

Hätten die drei Staaten ein echtes Interesse an der kurdischen Einheit, müssten sie sich zunächst für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der PDK und der PKK interessieren. Es ist doch kaum vorstellbar, dass die USA, Russland und Frankreich nichts von den gemeinsamen Bestrebungen der Türkei und der PDK wissen, die Qendîl-Region zu besetzen. Die Krise um Zînê Wertê dürfte doch wohl längst auch bei diesen Staaten angekommen sein.

Kaum vorstellbar ist auch, dass die PDK an einer tatsächlichen kurdischen Einheit interessiert ist. Denn dieselbe PDK kollaboriert mit dem türkischen Staat bei dessen Bemühungen die PKK zu zerschlagen, unterstützt also die Besatzung Südkurdistans durch die Türkei und errichtet mit ihr gemeinsam auf immer mehr Hügeln und Bergen Militärstationen. Dieselbe PDK fordert die PKK dazu auf, »irakischen Boden« zu verlassen und wird nicht müde, zu erklären, dass die Türkei kein Problem mit den Kurd*innen in Syrien, sondern lediglich eines mit der PKK habe.

Die Bestrebungen für »eine kurdische Einheit« in Rojava sind vor diesem Hintergrund als Teil der Bemühungen zu betrachten, die auf die Vernichtung der PKK abzielen, an denen auch die Türkei und die PDK beteiligt sind.

Statt sich ernsthaft für eine kurdische Einheit in Rojava zu interessieren, wollen die USA, Russland und Frankreich das demokratisch-selbstverwaltete Projekt in der Region zerschlagen und an dessen Stelle ein vom dem ENKS mitgetragenes System platzieren. Die Umsetzung eines solchen Vorhabens ließe sich schlecht gegen den Willen der kurdischen Bevölkerung bewerkstelligen. Deshalb wollen sie einen Teil der Kurd*innen in diesen Plan einspannen.

Und so sind auch ihre vermeintlichen Bemühungen um eine kurdische Einheit nichts weiter als eine Mär! ♦

Merkmale eines postrevolutionären Gerechtigkeitssystems

Abschaffung der Polizei und andere revolutionäre Lehren aus Rojava

Hawzhin Azeez

Hunderttausende Demonstrant*innen sind als Reaktion auf den durch Polizisten begangenen Mord an George Floyd in den Vereinigten Staaten und darüber hinaus auf die Straße gegangen. Demonstrant*innen in Minneapolis, New York, Los Angeles und in Dutzenden anderer Städte, die Gerechtigkeit forderten, wurden mit extremer Polizeigewalt konfrontiert, was zu weiteren Toten und zahlreichen Verletzten geführt hat.

Die vier Polizisten, die für den Mord an George Floyd verantwortlich sind, wurden inzwischen angeklagt, aber erst, nachdem tagelange Unruhen und Proteste die Justiz zum Handeln gezwungen hatten. Andere Polizist*innen wurden als Reaktion auf ihr gewalttätiges und kriminelles Verhalten gegenüber friedlichen Demonstrant*innen entlassen oder suspendiert, aber wiederum erst, nachdem ihre Aktionen von Kameras aufgezeichnet wurden und einen großen gesellschaftlichen Aufschrei ausgelöst hatten. Viele weitere Fälle von Polizeibrutalität werden nicht aufgezeichnet, und die große Mehrheit der Polizist*innen sieht sich mit keinerlei Konsequenzen konfrontiert.

Der immer wieder bei den Protesten gerufene Slogan »No Justice, No Peace!« (keine Gerechtigkeit, kein Frieden) wirft die wesentliche Frage auf, wie ein politisches System, das auf einer blutigen Geschichte weißer Vorherrschaft, auf Kapitalismus und Kolonialismus beruht, jemals wahre und sinnvolle Gerechtigkeit schaffen kann. Einige fordern Polizeireformen. Andere fordern die Umverteilung von Geldern. Wieder andere argumentieren, dass die Abschaffung der Polizei die beste Option sei, aber viele Menschen – selbst auf der linken Seite – können sich die Tragfähigkeit eines solchen Systems nur schwer vorstellen.

Schutz der Nachbarschaft

Ein solches System existiert jedoch bereits in Rojava, der Autonomieverwaltung Nord- und Ostsyriens. Dort arbeiten die Asayîş (Sicherheitskräft) und die Gesellschaftlichen Verteidigungskräfte HPC (Hêzên Parastina Civakî) in einer symbiotischen Beziehung zusammen, um der Gemeinschaft Sicherheit und Schutz zu bieten.

Die Asayîş kontrollieren den Verkehr, verhaften Kriminelle, schützen Opfer häuslicher Gewalt, bewachen die wichtigsten Regierungsgebäude und kontrollieren den Personen- und Warenverkehr von einem Kanton zum anderen. Die HPC hingegen sind in grundliegenden Sicherheitsfragen trainierte Personen, die nur in ihrer eigenen Nachbarschaft patrouillieren. Die Aufgabe beider Kräfte besteht ausdrücklich darin, die Menschen vor Bedrohungen von außen, wie z. B. terroristischen Kräften, zu schützen. Es sind immer die HPC, die eine Nachbarschaft schützen, niemals die Asayîş. Die Asayîş schützen die Stadt, während die HPC die Gemeinde schützt. Beide Organisationen haben eine Geschlechterquote von mindestens 40 Prozent Frauen, oftmals sind es sogar mehr.

Durch diese alternative Methode wird die Möglichkeit, Hierarchien von Macht und Autorität zu etablieren, erheblich eingeschränkt. Das Volk schützt sich selbst. Die Sicherheitskräfte schützen diejenigen, mit denen sie in der Nachbarschaft leben und mit denen sie täglich interagieren. Diese Nähe stellt sicher, dass Verstöße nur selten vorkommen. Wenn sie doch vorkommen, aktivieren die Nachbarschaftsgemeinden sofort gesellschaftliche Mechanismen zur Wiederherstellung von Gerechtigkeit und Ehre.

Die Chancen, dass eine Gruppe eine Monopolstellung in diesem Prozess erlangt, werden weiter verringert, wenn alle in der Gemeinschaft ermutigt werden, sich an einem Dienstplansystem zu beteiligen. Alle können sich freiwillig melden. Dies schließt ausdrücklich auch die älteren Menschen ein, die mehr Verantwortung übernehmen müssen, da die meisten jungen Männer und Frauen im Krieg gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) an der Front kämpfen. Vor allem Frauen sind im Zivilschutz aktiv. Nichts gibt der Seele einer traumatisierten, vom Krieg zerrissenen Gemeinschaft mehr Kraft und Stär-

ke, als zu sehen, wie die Matriarchinnen eines Viertels selbstbewusst an Straßenecken stehen und zum Schutz der Menschen mit AK-47-Gewehren bewaffnet sind. Diese Bilder erwecken keine Angst und Schrecken; sie erwecken Vertrauen in die Gemeinschaft, Stolz, Würde, Selbstachtung und Zugehörigkeit.

Die Sozialökologie dieses Systems wird durch die Förderung der Beteiligung von Frauen, durch einen tiefen Respekt für den Multikulturalismus und die Anerkennung der Heiligkeit der Natur geschützt. Es reicht nicht aus, alternative Institutionen zu schaffen, ohne bedeutende Bildungsanstrengungen zu unternehmen, um patriarchal, sozio-politische, wirtschaftliche und kulturelle Hierarchien aufzulösen. Dieses System wird durch konzertierte Bemühungen um Demokratisierung, durch Bildung und Ablegen alter Gewohnheiten innerhalb der Gesellschaft aufgebaut. Nur so kann ein sinnvoller, langfristiger und organischer Wandel stattfinden.

Um der Gesellschaft eine neue Bildung zu vermitteln, besuchen die Menschen Akademien für jeweils ein, zwei oder sogar drei Monate. Dies geschieht auf freiwilliger Basis, bezieht aber auch Institutionen der Regierung mit ein. Das Bildungsministerium rekrutiert zum Beispiel Gruppen von bis zu dreißig LehrerInnen, die an den Akademien teilnehmen. ArbeiterInnen werden während ihrer Teilnahme weiterhin bezahlt. Frauen mit Kindern können ihre Kinder mitbringen und erhalten kostenlose Kinderbetreuung, während sie mehrere Wochen damit verbringen, sich über bürgerliche Pflichten, demokratische Rechte, Geschlechterbefreiung, ökologische Nachhaltigkeit, die Geschichte des Kapitalismus und mehr auseinanderzusetzen.

Während des Aufenthalts an den Akademien beteiligen sich alle am täglichen Putzen, Kochen und an der Verwaltung des Bildungszentrums. Solch ein gemeinschaftliches Zusammenleben wird als bewusste Bemühung um eine Neuorganisation und Neuformulierung der Gesellschaft gefördert. Diese Menschen kehren dann in ihre Gemeinden zurück und schließen sich den Asayîş, der HPC sowie den Gemeinden, Kooperativen und Gemeinderäten an.

Gegen alle Formen der Hierarchie

Bevor die Errichtung dieses Systems jedoch möglich war, musste eine alternative Ideologie entwickelt werden, die eine Blaupause für eine ideale, demokratische Gesellschaft lieferte. Rojavas System basiert auf dem demokratischen Konföderalismus, einer Theorie, die vom Vordenker der Kurd*innen, Abdullah Öcalan, entwickelt und von der Sozialökologie Murray Bookchins inspiriert wurde.

Einer der grundlegenden Werte des demokratischen Konföderalismus ist eine antihierarchische Herangehensweise an kommunale Strukturen und Koexistenz. Damit dieses antihierarchische System funktionieren kann, muss es im Wesentlichen auf der aktiven Förderung der Gleichberechtigung zwischen ethnischen, religiösen und der Etablierung demokratischer Entscheidungsprozesse beruhen. Dieser Ansatz beginnt mit der schwierigen Aufgabe, die Befreiung und Beteiligung von Frauen im gesamten öffentlichen Bereich zu fördern. In allen Verwaltungs- und Entscheidungsstrukturen besteht eine Quote von 40 bis 60 Prozent Frauenbeteiligung.

Rojavas Stellvertreter*innen-System verlangt, dass alle Führungspositionen von einem Mann und einer Frau besetzt sind. Dieses System basiert auf der grundsätzlichen Erkenntnis, dass politische Institutionen mit einem hohen Grad an Frauenbeteiligung dazu tendieren, integrativer und demokratischer zu sein. Laut Öcalan: »Das Ausmaß, in dem die Gesellschaft durchgreifend verändert werden kann, wird durch das Ausmaß der von Frauen erreichten Transformation bestimmt. In ähnlicher Weise bestimmt der Grad der Freiheit und Gleichheit der Frauen die Freiheit und Gleichheit aller Teile der Gesellschaft. Daher ist die Demokratisierung von Frauen entscheidend für die dauerhafte Etablierung von Demokratie und Säkularismus. Für eine demokratische Nation ist auch die Freiheit der Frau von großer Bedeutung, da die befreite Frau eine befreite Gesellschaft darstellt. Die befreite Gesellschaft wiederum konstituiert die demokratische Nation.«

Rojavas Ideologie versucht, alles zu untergraben, was wir bisher über den Staat, den Frieden, die Befreiung und die Koexistenz dachten; sie richtet sich ausdrücklich gegen Hierarchien aller Art. Seit der Entstehung des Nationalstaates im 17. Jahrhundert leben geteilte und kolonialisierte Minderheiten unter künstlicher und oft autoritärer Herrschaft. Dieses ausschließende, gewalttätige und hierarchische System lehrt, dass Vielfalt das Gegenteil von Patriotismus und nationaler Einheit ist. Die Vielfalt muss am blutigen Altar des Nationalstaates mit seiner Ideologie einer Sprache, einer Flagge, einer Identität und eines nationalen Mythos geopfert werden.

Durch dieses System sind die unterdrückten, enteigneten und staatenlosen Völker oft zu der Überzeugung gelangt, dass die Befreiung nur durch einen eigenen unabhängigen Staat herbeigeführt werden kann. Dieser Prozess führt jedoch natürlich zur Unterdrückung anderer Minderheiten, die in die Grenzen dieses Staates fallen. Durch das radikale Graswurzelmodell des demokratischen Konföderalismus entsteht ein alternativer Entwurf, in dem der ursprüngliche Hass und die seit langem bestehenden ethno-religiösen Spaltungen angegangen werden können. In Rojava vereint der demokratische Konföderalismus ein reiches Mosaik von Kulturen und Religionen



Zurzeit schützen die Gesellschaftlichen Verteidigungskräfte HPC die erntereifen Felder vor Brandstiftung. Foto: anf

zu einer bereicherten Gesellschaft, die von Vielfalt lebt, anstatt sie auszulöschen.

Viele Linke haben den Fehler gemacht, zu sagen, der demokratische Konföderalismus impliziere, dass alle Ausdrucksformen der nationalen Identität ausgelöscht werden sollten – dass alle kurdischen, armenischen, assyrischen, êzîdischen und anderen »Nationalismen« nicht ausgedrückt werden sollten. Dies ist eine zutiefst orientalistische und eurozentrische Perspektive. Von Êzîd*innen zu verlangen, aufzuhören, Êzîd*innen zu sein, oder von Kurd*innen zu verlangen, aufzuhören, Kurd*innen zu sein, würde lediglich imperialen und völkermörderischen Kräften dienen, die auf der Auslöschung zutiefst unterdrückter Minderheiten basieren.

Im Gegensatz dazu bedeutet demokratischer Konföderalismus in Rojava, dass alle Kulturen frei leben und die reiche Schönheit ihrer alten Traditionen und Farben nebeneinander zum Ausdruck bringen sollten. Es bedeutet, Stolz auf die eigene Identität zu empfinden, während dezentralisierte Mechanismen des Zusammenlebens aktiv Machthierarchien abbauen. Es bedeutet, den Multikulturalismus ausdrücklich zu respektieren und nicht von kolonisierten und unterdrückten ethnoreligiösen Minderheiten zu verlangen, alternative »Staatsbürgerschaften« zu bilden, indem sie all das verleugnen, wofür sie in Jahrhunderten erzwungener Assimilation gekämpft haben. Rojava beweist, dass Vielfalt das Rückgrat einer demokratischen Nation ist.

In der Praxis bedeutet dies, dass der Unterricht in Rojava in den drei am weitesten verbreiteten Sprachen der Region angeboten wird: Kurdisch, Arabisch und Syrisch. Die Straßenschilder sind dreisprachig. Minderheiten wie die Armenier*innen erhalten zusätzliche Entscheidungsmöglichkeiten und zusätzliche Sitze in den Räten, um sicherzustellen, dass die Herrschaft der Mehrheit nicht zulasten der Minderheiten geht. Zuvor zerstörte Kirchen werden wiederaufgebaut und sichtbar gemacht, ebenso werden multikulturelle Feste gefördert. Kunst, Kultur, Musik und Literatur verschiedener Kulturen werden Seite an Seite präsentiert. Die Vielfalt wird gefördert, unterstützt, ermutigt, gefeiert und nicht ausgelöscht oder gefürchtet.

Wiederherstellung eines gesellschaftlichen Selbst

In einem demokratischen konföderalistischen System werden die Menschen ermutigt, sich an der Zivilgesellschaft zu beteiligen, sodass die Interessen und Bedürfnisse der Menschen

durch andere Mechanismen als durch ethno-religiöse Positionen und Präferenzen zum Ausdruck gebracht werden. Diese bürgerschaftliche Neuorientierung funktioniert nur, wenn sich die Menschen wegen ihrer kulturellen Identität nicht bedroht fühlen. Auf diese Weise werden koloniale Entfremdung, Zersplitterung und Ängste vermieden und neue, miteinander verbundene Wege der Zugehörigkeit und des politischen Ausdrucks geschaffen. Ebenso wird die politische und bürgerschaftliche Partizipation gefördert und erwartet. Entpolitisierung, Apathie und Nichtbeteiligung werden als Antithese einer demokratischen Gesellschaft gesehen.

Dieses System erschafft also die Gesellschaft entlang einer Psychologie der Befreiung neu. Es baut verinnerlichten Hass und Unterdrückung gegenüber dem Selbst und anderen ab und demontiert koloniale und kapitalistische Praktiken des »Othering« (zum-Anderen-Machen). Es dekonstruiert, in den Worten von Eduardo Galeano, die »Nobodies« (Niemande). Niemande sind weniger als die Anderen; sie sind »Niemandskinder, Besitzer von nichts ... die Niemands, die Nobodys, die wie Kaninchen durchs Leben rennen, durchs Leben sterben, in alle Richtungen verdreht«.

Damit eine Befreiungsideologie erfolgreich sein kann, muss sie ein neues Selbst erschaffen, ein Jemand aus denen, die diesen Formen der Auslöschung unterworfen waren.

Hat Rojava alle Formen von Rassismus oder Klassenstrukturen oder geschlechtsspezifische Voreingenommenheit oder andere Praktiken der Diskriminierung abgebaut? Sicherlich nicht. Aber es baut die Gesellschaft aktiv um, damit sie auf der Suche nach einer wirklich demokratischen Gesellschaft alle Formen der Unterdrückung vermeiden und beseitigen kann. Es ist wichtig, Rojava nicht zu romantisieren, sondern es rational zu betrachten, um zu sehen, wie die Dinge funktionieren, und zu überlegen, was nicht funktioniert oder welche Änderungen notwendig sind. Innovation ist genauso wichtig wie die Vermeidung von Dogmatismus, um eine gerechte und demokratische Gesellschaft zu verwirklichen. Mit den Worten Murray Bookchins: »Wenn wir nicht das Unmögliche tun, werden wir mit dem Undenkbaren konfrontiert werden.«

Die wesentliche Lehre von Rojava ist, dass die Menschen bereits aktiv die alternative Welt aufbauen, die sich andere noch vorzustellen versuchen. Sie ist verwundet und verlassen, aber sie atmet noch. Und dies trotz mangelnder Unterstützung durch die internationale Linke, trotz wiederholter Invasionen, Annexionen, Kolonisierung, ethnischer Säuberung und des Einsatzes illegaler chemischer Waffen gegen sie, durch die Türkei und die sie vertretenden terroristischen Kräfte.

Die Unmenschlichkeit und Gewalt, die die schwarze Gemeinschaft in den USA erlebt hat, ist zutiefst schockierend und traumatisierend für jeden einzelnen Menschen mit Gewissen, und für diejenigen, die Gemeinschaften aufbauen wollen, die auf gegenseitigem Respekt, Menschlichkeit und Zusammenarbeit beruhen. Damit eine solche alternative Gesellschaft an Orten wie den Vereinigten Staaten entstehen kann, müssen die Revolutionen der Menschen in der Dritten Welt ernsthafter in Betracht gezogen und aktiv studiert werden. Es müssen Lehren gezogen, Fragen gestellt, Ideen ausgetauscht und innovative Veränderungen umgesetzt werden, die zu den spezifischen sozio-politischen Strukturen einer bestimmten Gesellschaft passen.

Die gesamte soziale Ökologie der amerikanischen Gesellschaft wurde durch Massenarmut, große Einkommensungleichheit, Masseninhaftierung, Mangel an Gesundheitsversorgung und Wohnraum, Umweltzerstörung und sogar vergiftetes Trinkwasser gestört. Die Verhaftung und Inhaftierung des Polizeibeamten Derek M. Chauvin zusammen mit den drei anderen Polizisten, die für den Mord an George Floyd verantwortlich sind, können nur als Alibi für die Bemühungen um Gerechtigkeit dienen. Die Brutalität der Polizei ist mit mehreren, sich überschneidenden Schichten systematischer Gewalt, Unterdrückung und Ungerechtigkeit verwoben. Nichts Geringeres als die Umwälzung des gesamten, auf Anti-Blackness (Anti-Schwarzheit) gegründeten Systems kann einer wahren, dauerhaften und wirksamen Gerechtigkeit je nahe kommen.

Als Kurd*innen, die im gesamten Nahen Osten leben, beobachten wir, wie sich schwarze Gemeinschaften und Verbündete in den Vereinigten Staaten erheben. Wir feiern ihren revolutionären Mut, ihren unerschütterlichen Einsatz für Gerechtigkeit und ihren Wunsch nach Freiheit. Ihr Schrei nach Gerechtigkeit hallt in unseren eigenen Herzen wider, die zu der Trommel der verweigerten Freiheit schlagen.

Auch wenn unsere Ketten anders aussehen mögen, sind Kurd*innen und schwarze Amerikaner*innen letztlich mit dem gleichen Unterdrückungssystem konfrontiert, das uns weiterhin tötet und uns unzählige Formen der Gewalt aufzwingt. Mit Rojava versuchen wir zu zeigen, dass eine alternative Welt möglich ist. Jetzt muss die Solidarität zur Brücke werden, die uns verbindet. ♦

Hawzhin Azeez ist eine kurdische Akademikerin, Aktivistin und Poetin. Sie hat in Politikwissenschaft und Internationalen Beziehungen promoviert.

Der Artikel erschien im Roar-Magazin unter dem Titel: Police abolition and other revolutionary lessons from Rojava https://roarmag.org/essays/police-abolition-and-other-revolutionary-lessons-from-rojava/

Die Rolle der YPJ im Mittleren Osten und ihr Einfluss auf den Frauenkampf

Frauen werden die Revolution verteidigen

Interview mit Zeynep Efrîn, Kommandantin der Frauenverteidigungseinheiten YPJ

Die Frauenverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Jin – YPJ) wurden am 4. April 2013 in Rojava gegründet. Sie wurden vor allem durch ihren Widerstand in Kobanê international bekannt. Frauen in vielen Ländern des Mittleren Ostens und darüber hinaus – von Afghanistan bis nach Europa, in Nord- und Lateinamerika – fühlten sich vom erfolgreichen Kampf der YPJ gegen die zuvor als unbesiegbar geltenden frauenverachtenden IS-Mörderbanden inspiriert. Der sogenannte Islamische Staat (IS) galt als offenster Ausdruck des patriarchalen Systems, in dem täglich in allen Teilen der Welt Frauen ermordet und vergewaltigt werden und der Willen von Frauen auf brutale oder subtile Weise gebrochen wird. Die Frauen der YPJ haben mit ihrem entschlossenen Kampf bewiesen, dass der Freiheitswille von Frauen stärker ist als die Brutalität und Waffen des patriarchalen Systems.
Wir sprachen mit der YPJ-Kommandantin Zeynep Efrîn über die Rolle der Frauenverteidigungseinheiten innerhalb der Revolution in Rojava und ihren Einfluss auf den Kampf der Frauen.

Wie sehr hat sich der Aufbau der Frauenverteidigungseinheiten YPJ auf die Kämpfe der Frauen im Mittleren Osten ausgewirkt?

Seit dem Beginn des Aufbaus der Frauenverteidigungseinheiten bis heute ist viel Zeit vergangen und es wurden viele Themen diskutiert: Wie kamen die Frauenverteidigungseinheiten zustande? Wie vollzog sich ihr Aufbau? Wie entfaltete sich die Wirkung der YPJ? In der Realität des Mittleren Ostens und seiner Geschichte ist es so, dass die YPJ nicht die Ersten waren, die sagten: Wir verteidigen uns gegen Angriffe und schützen unsere Bevölkerung, unsere Würde, unser Land. Schon vor uns haben sich hunderte Frauen von allen Völkern der Region Kämpfen angeschlossen und in ihnen eine wichtige Rolle gespielt. Diese Geschichte finden wir in allen Gemeinschaften: bei den Araber*innen, Kurd*innen, Armenier*innen, Assyrer*innen. Wir kennen zwar nicht jeden einzelnen Namen dieser Frauen, aber einige sind überliefert. Es waren vor allem einzelne Persönlichkeiten, die bekannt wurden. Sie blieben in Erinnerung und auch ihre Werte bestehen weiter. Wir sehen uns in einer Kontinuität mit ihnen. Sie waren unsere Vorgängerinnen, wir sind ihre Enkelinnen. Es ist wichtig, diese Verbindung nicht zu trennen. Genauso verhält es sich auch global. Auf der ganzen Welt, in zahllosen Freiheitskämpfen, spielten Frauen eine wichtige Rolle: sei es in Leitungsfunktionen, sei es in Kriegen, aber auch bei der Unterstützung der Armeen in den Kriegen – in allen Gesellschaften, allen Ländern finden sich solche Beispiele.

Leider sind nicht viele der Geschichten dieser Frauen niedergeschrieben worden. Es wäre gut, sie in einem Buch, einer Dokumentation, einem Film zusammenzutragen und zu erwähnen, welche Frau welche Rolle gespielt und was für einen Einfluss sie gehabt hat. Beispielsweise all die Frauen, die kämpften, damit Bildung sich weiterentwickelt; all die Frauen, die für gesellschaftliche Gleichheit kämpften; all die Frauen, die für die Gleichberechtigung der Geschlechter und all jene, die für die Freiheit ihres Landes gekämpft haben. Jede einzelne von ihnen gewährleistete den Fortbestand der Rolle und Existenz der Frauen an jedem Ort. Heute sind wir es, die ihre Werte fortsetzen und sich ihrer erinnern. Dieses Vermächtnis treten wir an und ziehen unsere Erfahrung aus jenen Geschichten. Zu jeder Zeit, in jedem Abschnitt der Geschichte, in jedem Moment der Gesellschaft gab es Frauen, die dem Erbe und der Vielfalt des Mittleren Ostens entstammten.

Warum nun wurden die YPJ so einflussreich bzw. so bekannt? Sagen wir, es hätte die YPJ im Krieg in Rojava nicht gegeben. Sagen wir, die Volksverteidigungseinheiten YPG hätten zwar gekämpft, aber die YPJ wären nicht an ihrer Seite gewesen. Hätte die Welt dann auch so viel Interesse entwickelt,



»Die Frauen der YPJ haben mit ihrem entschlossenen Kampf bewiesen, dass der Freiheitswille von Frauen stärker ist als die Brutalität und Waffen des patriarchalen Systems«. Foto: YPG-Pressoffice

hätte sie sie so stark beeinflussen können? Im Krieg in Nordsyrien, im Krieg gegen den Islamischen Staat war es vor allem die immense Rolle der Frauen, die das Interesse der Welt geweckt hat. Zwar hatte die Welt bis dahin bereits gelernt, dass diese oder jene Frau einzeln oder auch kleine Frauengruppen am Krieg teilnehmen, aber eine Armee von Frauen, die sich selbst organisiert, das war neu. Dabei reden wir hier nicht davon, dass sich Frauen Militärkleidung anziehen und Waffen in die Hand nehmen, um Propaganda zu inszenieren. Nicht nur als eine Show, damit gesagt werden kann: Seht, es gibt auch Frauen, die kämpfen.

Die Wahrheit der YPJ ist – und das hat sie auch so einflussreich gemacht –, dass sie weit entfernt davon sind, bloße Propaganda, bloßes Schauspiel, bloße Reklame zu sein. Da kommt es nicht auf Militärkleidung an, denn viele unserer Freund*innen haben in Zivilkleidung gekämpft und sind in Zivilkleidung gefallen. Jene Frauen, die die Waffen aufnahmen, haben auch gekämpft. Sie sind als Märtyrerinnen gefallen. Sie haben Opfer gebracht. Sie wurden verwundet. Und das alles kam aus der Kraft ihres Herzens. Das ist die Realität, die sie hervorgebracht haben, und das ist es, was die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt hat. Wenn es nur darum geht, irgendeiner Armee beizutreten, da gibt es im Mittleren Osten viele Staaten, die Frauen aufnehmen. Den syrischen Staat zum Beispiel. Seit Jahren gibt es dort eine Akademie für Frauen, in der sie eine militärische Ausbildung durchlaufen können. Aber die Beteiligung von Frauen direkt im Kampf, im Krieg – das war nur bei uns, das war neu. Das war das erste Mal. Und das noch dazu nicht als vereinzelte Kämpferinnen, sondern als eigene Armee! Eine Frauenarmee, die an der Front ihren Platz einnimmt.

Auf welcher ideologischen Grundlage hat sich eine solche Armee wie die YPJ aufgebaut und wie wurde sie so bekannt? Wie ist das Interesse so vieler Frauen geweckt worden?

Ich würde sagen, dass vielleicht nicht so viele aus ideologischen Gründen für diese Arbeit brennen. Es gibt zwar die Frauenbefreiungsideologie, das ist richtig, aber von hundert sind es vielleicht zwanzig oder zehn, die die Frauenbefreiungsideologie wirklich kennen. Dass wir allerdings für die Frauen in den Krieg ziehen, das wissen mehr. Allerdings sind Frauen auf der Suche, sich nämlich an jedem Ort zu beweisen. Die Frauen haben mittlerweile einen Geist, die Mauern der Verbote einzureißen und die stereotype Einteilung in »Männerarbeiten« und »Frauenarbeiten« sowie in Arbeiten, die Frauen nicht machen können, nicht mehr zu akzeptieren.

Daraus können wir Schlüsse ziehen, wonach die Frauen auf der Suche sind und was sie antreibt. Dabei geht es darum, dass ›ich als Frau eine eigene Kraft habe. Warum wird diese Kraft nicht gesehen? Gerade da, wo es am schwersten ist, da will ich meine Kraft sehen und entdecken‹. Die Frauen sind aus den vorgefassten Formen, die ihnen in der Gesellschaft zugedacht waren, ausgebrochen; sie sind all den Zuschreibungen entflohen. In den Frauen brennt das Feuer für die Freiheit gegen all diese Stereotypen.

Es brennt ein Aufstand in ihnen! Ein richtiges Feuer! Weder die Unterwerfung unter die Familie noch die Zuschreibungen der Gesellschaft akzeptieren sie. Sie sind gegen eine zu weiche Annäherung, aber auch gegen eine unterdrückerische. Beides wird der Frau nicht gerecht. Eine Frau muss das Wissen haben, um ihren eigenen Weg zu sehen und ihn sich auch erklären zu können. Dennoch betone ich hier ein weiteres Mal: Nicht alle Mitglieder der YPJ sind wegen der Frauenbefreiungsideologie zu uns gekommen. Es war Neugier, eine Suche. Es war der Versuch, sich zu erklären, sich zu bemühen. Und zur selben Zeit war es aus einer Angst heraus. Es gab viele Angriffe gegen uns. Wir haben den Angriff gegen Şengal gesehen. Tausende

kurdische Frauen in Şengal wurden vom IS entführt, auf Bazaren verkauft, zu Sklavinnen gemacht. Und das haben die Frauen gesehen. Die Frauen standen vor der Wahl: Entweder ich kämpfe, ich werde getötet, oder ich falle in die Hände des IS und sie machen mich zu ihrer Sklavin. Es ist klar: Lieber ziehe ich in den Krieg, lieber falle ich, als dass ich in deren Hände falle. Aus großer Gefahr entstand in jedem Lebewesen Verteidigungsbereitschaft.

Dieses Beispiel war es, das die Aufmerksamkeit so vieler Frauen auf der Welt auf sich gezogen hat. Du hast ja gefragt, wie wir zur Avantgarde der Frauen der Welt geworden sind. Die Frauen der Welt haben diese Hoffnung gesehen. So zum Beispiel in Afghanistan, da ergriffen Frauen zum ersten Mal die Waffen, zogen in den Krieg und töteten einige Mitglieder von al-Qaida. In einem Interview wurden sie gefragt, warum sie zu den Waffen gegriffen und so eine Aktion gestartet haben, denn al-Qaida ist schon so lange dort und so etwas war bis dahin noch nicht geschehen. Das war 2014/2015. Darauf haben sie geantwortet: »Wir haben uns ein Beispiel an den YPJ genommen. Wir haben die YPJ gesehen und uns gesagt: Sie sind Frauen, wir sind Frauen. Sie können das, so können wir das auch. Und was wir durchlebt haben, ähnelt sich auch.« Von diesem Punkt sind sie aufgebrochen, um sich zu organisieren.

Deshalb war die Herausbildung der YPJ eine sehr große Gefahr für das System patriarchaler Unterdrückung. Es hat einen Widerspruch erzeugt. Alle sahen: Das sind Frauen. Wir sind auch Frauen. Wir haben dazu beigetragen, dass die vorherrschende Mentalität hinterfragt und verändert wird. Es ist diese Mentalität im Mittleren Osten, die wir konfrontiert haben: Die Frau kann nichts, die Frau weiß nichts. Ich weiß nicht, ob wir sagen können, dass wir sie ganz überwunden, ganz zerschlagen haben, aber es wurde eine Kerbe, ein Riss in diese Mentalität geschlagen.

Die YPJ sind eine Kraft, die gegen die Feinde der Menschlichkeit, beispielsweise den IS, kämpft und in der hunderte Kämpferinnen wie Heval Arîn Mîrkan als Symbol von Kobanê, Heval Barîn oder Heval Revan sowie Heval Avesta in Efrîn einen wichtigen Platz einnehmen. Bei jeder Operation nehmen Frauen eine Vorreiterrolle ein. Überall dort, wo es Angriffe gibt, sind es die Frauen, die für die Verteidigung eintreten. In all diesen Kämpfen sehen wir auch viele internationalistische Kämpferinnen. Was fühlen Sie, wenn Sie das sehen?

Aus vielen verschiedenen Ländern wie den USA, Frankreich, Deutschland, Italien, Kanada, Osteuropa und einigen weiteren haben sich Frauen uns angeschlossen. Sie machen sich von der anderen Seite der Welt auf den Weg und kommen hierher für eine Gesellschaft, die sie nicht kennen; für eine Sprache, die sie nicht sprechen; für ein Land, das ihnen fremd ist. Was ich mich gefragt habe, ist: warum? Wie konntet ihr diesen Mut aufbringen? Sie meinten, dass sie uns und unsere Kämpfe mitverfolgen. Von den Maßstäben unserer Freundschaft, unserer Werte, bis zu unseren Kontakten und Verbindungen begeistert sind. Du hast Freundinnen erwähnt, die zu einem Symbol wurden, wir haben nicht nur ein oder zwei dieser Symbole und nicht nur Frauen, sondern auch Männer. Heval Arîn, Heval Barîn, Heval Avesta, Heval Amara, solche Frauen wurden zu Symbolen. Einige sind bekannt, aber es gibt viele mehr. Das sind junge Frauen, die ein Leben hätten führen können wie jede andere, aber das genügte ihnen nicht. Und so kommt die Frage auf: »Woher beziehen diese Frauen ihren Mut, um den Angriffen und den Kugeln der Feinde zu trotzen?« Aber diese Kraft steckt in allen Frauen.

Ich möchte von Heval Hêlîn erzählen. Sie kam aus England. Zur Zeit des Krieges in Efrîn hat sie zehn Mal vorgeschlagen, nach Efrîn zu gehen. Zuvor hatte sie an der Operation in Deir ez-Zor teilgenommen. Sie sagte: »Ich werde auf jeden Fall nach Efrîn gehen.« Ich habe ihr gesagt, dass sie nicht nach Efrîn kann. Dafür müsste sie die Gebiete des Regimes durchqueren und ihre Haare seien blond, sie würden erkennen, dass sie nicht von hier sei und sie festnehmen. Sie färbte sich die Haare schwarz, um nach Efrîn gehen zu können. Sie ging nach Efrîn und ist dort gefallen.

Mit ihrem Gefühl, mit ihrer Welt, mit ihrer gesamten Existenz ist sie gekommen, um zu kämpfen. Sie war Engländerin, ist aber gekommen, um zu kämpfen. Bei Hêlîn war es die menschliche Seite, die sozialistische Seite, ihre weibliche Seite, die gesagt hat: »In dieser Welt muss etwas Besseres aufgebaut werden.«

Es geht um Solidarität, Freundschaft, das Teilen, Moral, Gerechtigkeit für die Gesellschaft. Es sind Menschen mit großen Idealen, die den Traum einer anderen Welt haben. Sie können nicht in einem kapitalistischen System leben. Deswegen kommen sie in den Mittleren Osten, nach Rojava. Sie sehen die Opferbereitschaft der Gesellschaft, der Mütter und die der jungen Männer und Frauen. Es ist für sie wie ein Traum, dass es wirklich solch eine Welt geben kann, in der alle bereit sind, alles zu geben. Das ist etwas, was sie sehr beeindruckt. Es ist etwas Wertvolles und es bewegt mich sehr, dass Menschen aus den verschiedensten Ländern und Regionen zu uns kommen, deren Namen ich vielleicht noch nicht mal kenne. Das zeigt die Realität, die Natur der Frau, egal ob sie jetzt aus Europa, Amerika oder dem Mittleren Osten kommt. Sie ist aufopferungsvoll und bemüht sich um den Aufbau eines anderen Lebens. Es ist richtig, dass es mit der Avantgarde der kurdi-

schen Frauen begonnen hat, aber mittlerweile haben wir viele Wegbereiterinnen aus verschiedenen Ländern. Die Frage ist: Wie können diese Vorreiterinnen, diese Symbole zu Symbolen aller Frauen werden?

Sowohl im Mittleren Osten als auch international sind viele den YPJ beigetreten. Was für Pläne und Projekte gibt es für und mit diesen Kämpferinnen?

Das ist der solidarische Geist der Frauen, den wir wo auch immer, überall auf der Welt, schaffen können. Frauen können als Volk, als Nation, eine Haltung des Kampfes einnehmen. Und dieser Kampf kann zu einem globalen Wert, einem universellen Wert werden. Alle Frauen können daran teilhaben und sich beteiligen, ihre eigenen Interessen mit einbringen und sich selbst verteidigen. Das ist unser Ziel. Es ist wichtig, dass wir das tun. Es kommen beispielsweise Frauen zu uns, um sich Ausbilden zu lassen. Dann zeigen wir ihnen, was wir wissen, und sie teilen mit uns das, was sie wissen. Sie werden mit der Gesellschaft eins, lernen sie und unsere Kultur kennen. Wenn sie die Gesellschaft kennenlernen, lernen sie davon genauso viel wie von ihren Erfahrungen der YPJ.

Diese gemeinsame Seele der Familie, die hier in Rojava weiterlebt und immer noch verteidigt wird, wurde für die Genossinnen zu etwas, worüber sie nachdenken. Was ist der Unterschied zwischen der Kultur des Systems, das der Kapitalismus geschaffen hat, und der Gesellschaft selbst, wie sie hier gelebt wird? Was ist der Unterschied zwischen der Persönlichkeit, die sich nur um sich selbst kümmert, und der Persönlichkeit hier, die aufopferungsvoll ist? Da kommt ein Widerspruch auf. Es gibt wirklich eine Menge Dinge, die wir voneinander lernen können und die uns gemeinsam nutzen. Wir bringen Dinge zusammen, geben und nehmen. Es geht nicht nur um Krieg. Es geht um unsere Einheit, unsere Freundschaft und Kameradschaft, unsere kollektive Seele, das Ziel ist nicht nur der Krieg. Das wäre falsch. Es geht um das Wissen, um Selbstverteidigung und darum, für absolut alles bereit zu sein, vielleicht für Krieg, vielleicht für andere Dinge. Das ist unser Ziel, für unsere Freundinnen und Kameradinnen. Solange die Menschen bei uns sind, wollen wir, dass sie eine natürliche Beziehung zu allem haben. Zu ihrem Land, ihren Familien, ihrem Leben, ihren Freundinnen und Kameradinnen ... auf jeder Ebene können sie gemeinsam etwas geben und nehmen.

Möchten Sie zum Schluss vielleicht noch etwas sagen oder einen Aufruf an Frauen, die für die Freiheit kämpfen, richten?

Es gibt viele Gefahren. Es gibt Versuche von den Nationalstaaten, die Rojava-Revolution zu ersticken. Ich sage nicht: diesen oder jenen Staat. Sie arbeiten zusammen, denn sie haben die gleichen Interessen und werden dasselbe tun. Das, was Rojava auf den Beinen hält, ist die Bevölkerung. Die Einheit der Bevölkerung, die für ihre Gesellschaft und Werte einsteht. Natürlich gibt es Schwächen und Probleme. Rojava ist etwas Neues, es ist mittlerweile acht Jahre her seit Beginn der Revolution. Es ist, als ob ein Kind laufen lernen würde. Rojava ist noch ein Mädchen, noch keine junge Frau. Ihre Verteidigung muss von der Gesellschaft kommen. Aber die Vorreiterinnen der Gesellschaft sind die Frauen. Die Frauen müssen sich für Rojava einsetzen. Die Frauen müssen Rojava verteidigen. Rojava wurde wegen der Frauen zum Vorbild und die Frauen werden Rojava auf den Beinen halten.

Bis jetzt wurden bereits viele große Opfer gebracht. Aber die Phase, die vor uns liegt, ist noch anstrengender und schwieriger. Dies bedeutet, die Errungenschaften der Rojava-Revolution zu garantieren und sie gegen die kommenden Angriffe zu verteidigen. Wir haben den Angriff auf Efrîn, auf Serêkaniyê und auf Girê Spî erlebt, aber das bedeutet nicht, dass es das Ende ist. Uns gegenüber haben wir die Staaten, die uns mit ihrer traditionellen Mentalität der Unterdrückung, der Ablehnung anderer Völker spalten wollen. Die jedem Volk, das sich ihnen entgegenstellt, die Identität des Staates aufzwingen wollen. Egal, ob es der türkische, der irakische oder der syrische Staat ist. Die Gefahr ist vorhanden. Die Frauen müssen eine Wahl treffen. Wofür entscheiden sie sich, wegzulaufen oder zu verteidigen? Das gilt auch für all unsere YPJ-Kämpferinnen. Wir müssen unsere Waffen wirklich gut kennen und auf alles vorbereitet sein. Und wir dürfen uns nicht auf andere Staaten verlassen und denken, dass dieser oder jener Staat kommen und uns helfen wird. Der Staat wird den Menschen niemals helfen. Sie helfen sich nur gegenseitig und arbeiten zusammen. Aber die Menschen arbeiten mit der Bevölkerung und der Gesellschaft zusammen. Die Menschen müssen füreinander einstehen. Von all diesen Gefahren müssen wir also eine gründliche Analyse vornehmen. Unsere Kräfte müssen bereit sein. Aus diesem Grund befinden sich die meisten unserer Kämpferinnen jetzt in der Ausbildung. Und auch in der Gesellschaft müssen alle Mütter, alle Frauen hinter uns stehen. Sie müssen uns den Rückhalt geben und dürfen uns nicht alleine lassen. Es mag schwierig sein, aber nur solange sie mit uns sind, sehen wir, welchen Sinn das hat, was wir tun. Wenn die Menschen mit uns sind, werden wir wissen, wofür wir kämpfen und warum wir uns vorbereiten. Ihre Existenz gibt unserem Kampf einen Sinn. Wenn sie nicht da sind, wofür kämpfen wir dann? Unsere Hoffnung liegt in den Frauen, ihrer Arbeit und der Rolle, die sie einnehmen. ♦

Wir selbst zu sein, verlangt, zuerst gegen das kapitalistische, patriarchale System zu sein.

Eigene Lebensräume für Frauen schaffen

Interview mit Bese Erzincan

In einem Interview über Internationalismus spricht Bese Erzincan unter anderem über die Notwendigkeit eines neuen Internationalismus und die Erfahrungen der kurdischen Frauenbewegung darin, Vielfalt zu organisieren. Die Interviewfragen entstanden durch Begegnungen von Internationalistinnen in Rojava und in Zusammenarbeit mit der kurdischen Frauenbewegung in Deutschland. Im Folgenden drucken wir einen Ausschnitt ab. Das Interview wird in Kürze in voller Länge als Broschüre erscheinen.

Wir haben ja zuvor über einen neuen Internationalismus gesprochen, von der Notwendigkeit, uns in einer Vielfalt zu organisieren, die unsere Eigenheiten und Unterschiede bewahrt. Wie können wir diese Vielfalt organisieren? Wie können wir wir selbst sein (Xwebûn), ohne uns voneinander abzugrenzen? Wie können wir uns gemeinsam organisieren, ohne unsere Persönlichkeit zu verleugnen, zu vergessen oder zu verlieren?

Eines der Konzepte, das wir als Frauen am meisten diskutieren, ist das Konzept des Xwebûn (Selbstsein). Wir sprechen über die männliche Dominanz in der Geschichte der 5000-jährigen Kolonialisierung der Frauen. Das weibliche Geschlecht wurde in dieser patriarchalen Geschichte versklavt. Es wurde zu einer Kolonie der Männer gemacht. Wir diskutieren die gleichzeitig erste und letzte Kolonie, die Frau. Die Geschichte der Kolonisierung der Frauen verstehen wir umfassend und beschäftigen uns daher mit der Geschichte der Mythologie, der Philosophie, der Religion und der Wissenschaft. Frauen waren in der Geschichte der Religionen zweimal einem sexuellen Bruch unterworfen – das erste Mal in der mythologischen Periode und das zweite Mal mit der Entstehung der monotheistischen Religionen. Sexueller Bruch bedeutet: die Vernichtung des freien Geistes in der weiblichen Persönlichkeit mit allen Mitteln anzustreben. Das Selbstvertrauen und die Willenskraft der Frau sollten vollständig gebrochen und vernichtet werden. Männer versklavten Frauen mit Methoden wie Lügen, Gewalt, Vergewaltigung und Mord. Vor diesem Hintergrund hat es in der Geschichte der Menschheit große Kriege gegeben. Frauen wurden versklavt und zur Kriegsbeute gemacht, und heute sind sie vollständig zur Ware geworden.

Auf einer solchen Grundlage wurden Weiblichkeit und Männlichkeit erschaffen. Die Lebensweisen, die Muster und Verhaltensweisen von Männlichkeit und Weiblichkeit haben sich herausgebildet. Von da an leisteten Frauen Widerstand gegen Sklaverei und Unterdrückung, bis heute. Wir alle müssen diesen Geist des Widerstands und der Freiheit wahrnehmen und erkennen.

Frauen haben in diesen Kämpfen bis heute immer wieder andere Methoden ausprobiert. Zum Beispiel dachten Frauen manchmal, sie könnten sich befreien, indem sie ihren Kampf wie Männer führen. Der männliche Charakter ist jedoch despotisch. Er ist der Freiheit gegenüber verschlossen. Es ist genau wie in der Praxis des Realsozialismus, als Sozialisten glaubten, sie könnten durch die Übernahme des Staates befreit werden. Jedoch sind es nicht der Staat und die Macht, die für die Völker und Frauen notwendig sind; es ist ein demokratisches, freies und ökologisches System. Für Frauen bedeutet das Verständnis von Gleichheit nicht, wie Männer zu sein. Männlichkeit zu reproduzieren, ist nicht Freiheit. Eine Gleichberechtigung sollte entwickelt werden, indem die Verschiedenheit der Frauen akzeptiert wird. Die Beziehungen zwischen Frauen und Männern sollten durch die Gewährleistung der Gleichberechtigung der Frauen verändert werden. Mit anderen Worten: Wir treten nicht dafür ein, dass Frauen dem heutigen Mann gleich werden. Wir meinen eine Lösung durch die Befreiung der Frau, die gleichzeitig die Befreiung und Veränderung der Männer beinhaltet ebenso wie eine Neuordnung der Beziehungen zwischen den Geschlechtern. Die Unterschiede dürfen nicht zu Ungleichheit und Ungerechtigkeit führen. Als Frau im patriarchalen System geboren zu werden bedeutet jedoch, von Anfang an ungleiche Bedingungen zu haben. Auch unser

Umgang mit Sexualität ist wichtig. Es ist keine Freiheit, eine Bedeutung zu erfahren, die von Denken und Geist losgelöst ist. Der am stärksten belastete Bereich in der 5000-jährigen Geschichte sind die sexuellen Beziehungen. Die Beziehung zwischen Mann und Frau, die allein von Natur aus schon gelebt werden muss, hat sich in eine souverän-unterdrückte Herr-Sklavin-Beziehung verwandelt. Tatsächlich ist jede sexuelle Beziehung zu einer konsumbasierten Beziehung geworden, der Machtstrukturen innewohnen. In sexuellen Beziehungen sind die Machtverhältnisse selbstverständlich und unhinterfragbar geworden.

Daher ist die Persönlichkeit der Frauen historisch gesehen in allen Aspekten zu einer kolonialisierten Persönlichkeit geworden. Wie kann eine solche weibliche Realität im Xwebûn-Konzept aufgegriffen werden? Die Frau wurde von sich selbst entfernt, von ihrer Geschichte entfremdet; und im Namen der Liebe wird gelehrt, Sklavin des Mannes zu sein. Aus diesem Grund ist ein starkes Geschichtsbewusstsein und eine starke Organisation erforderlich, um Xwebûn umsetzen und entwickeln zu können.

Um Xwebûn zu erreichen, ist es wichtig, zuerst gegen das kapitalistische, patriarchale System zu sein. Eine Frau, die die bestehenden Lebensverhältnisse und Verhaltensmuster nicht in Frage stellt, kann nicht sie selbst sein. Sie muss die gegebenen Beziehungsmechanismen ablehnen. Sie muss mit dem männlich geprägten System, dem System der kapitalistischen Moderne, brechen. Als kurdische Frauenbewegung nennen wir dies entsprechend der Perspektiven unseres Vorsitzenden »Theorie der Loslösung«. Es ist unsere Ebene der autonomen Organisierung, die den heutigen Entwicklungsstand widerspiegelt. Mitte der 1990er Jahre strebten wir als Frauenbewegung in den kurdischen freien Bergen einen radikalen Bruch mit der vorherrschenden Männer- und Sklavinnenmentalität an. Es ging nicht nur darum, Beziehungen physisch abzubrechen, sondern eigene Lebensräume für Frauen zu schaffen, eigene Hauptquartiere und Akademien zu errichten und alle Bedürfnisse des Lebens aus eigener Kraft zu befriedigen. Da der physische Bruch jedoch auch eine symbolische Bedeutung hat, hat er unser Niveau des ideologischen Bruchs bereichert. Was wir hier zum Ausdruck bringen wollen, ist, dass alle Merkmale, Rollen, Denkweisen, Verhaltensweisen usw. der männlich dominierten Mentalität sowohl Frauen als auch Männer betreffen. Das Konzept Ehe muss ernsthaft hinterfragt und abgelehnt werden. Mit anderen Worten, es muss ein Verständnis von Freiheit und Mentalität geschaffen werden, das aus unserer Lebensweise entsteht. Was lehnen wir als Frauen ab? Was sind unsere Prinzipien? Wie leben wir? Wir stellen diese Fragen. Zum Beispiel haben wir als kurdische Frauenfreiheitsbewegung gewisse Ablehnungs- und Akzeptanzmaßstäbe, sowohl in unseren Beziehungen zu Männern als auch unter Frauen. Wir streben nicht nur nach der Befreiung eines Geschlechts, sondern wir streben nach der Befreiung der Gesellschaft. Unser Kampf ist also umfassend. In dieser Hinsicht sind Frauen radikale Revolutionärinnen. Damit die Vielfalt organisiert werden kann, müssen wir zuerst die Kultur der Demokratie in unseren Persönlichkeiten und in unserem gesellschaftlichen Umfeld entwickeln. Es ist wichtig, die Kultur jeder gesellschaftlichen Gruppierung zu respektieren, ihr zuzuhören und mit ihr zusammenzuarbeiten. Natürlich müssen die grundlegenden Prinzipien der Freiheit, Gleichheit und Demokratie unsere gemeinsamen Ziele sein. Mit anderen Worten, wir sollten in der Lage sein, zu sagen, welche Gruppierungen für eine Zusammenarbeit von größerer Bedeutung für uns sind.

Wir streben nicht nur nach der Befreiung eines Geschlechts, sondern wir streben nach der Befreiung der Gesellschaft. Unser Kampf ist also umfassend. In dieser Hinsicht sind Frauen radikale Revolutionärinnen.

Als Frauen müssen wir freie, kollektive, gleichberechtigte Werte verteidigen und entwickeln und uns gleichzeitig vor Ideologien, Lebensweisen, Gewohnheiten usw. hüten, die Machtstrukturen dienen, gegen die wir unbedingt kämpfen müssen. Wenn das Herrschaftssystem uns »Werte« aufzwingen will, z. B. egoistische, materialistische, antisoziale usw. Verhaltensweisen, so ist es notwendig, sich dagegen zu stellen.

Warum ist es so schwer, die Konkurrenz zwischen verschiedenen unterdrückten Gruppen zu überwinden (zum Beispiel in der Diskussion um Klasse, Herkunft/»race«, Geschlecht, die ja alle Bestandteil der herrschaftlichen/patriarchalen Wirklichkeit sind und miteinander konkurrieren werden, bis das herrschaftliche System an sich überwunden sein wird)? Wie schaffen wir es, Verschiedenheit nicht als Hindernis für eine gemeinsame Organisierung zu verstehen?

Wenn Differenz uns nicht zusammenbringt, sondern die Spaltung vertieft und Distanz zwischen uns erzeugt, bedeutet dies, dass es Machtverhältnisse gibt. Es ist sehr wichtig, die Perspektive, die Herangehensweise und die Lebensweise unseres Gegenübers zu analysieren, um uns selbst weiterzuentwickeln und zu verstehen. Wir werden in dieses System hinein geboren, wir werden durch seine Beziehungsformen und Institutionen ausgebildet und geformt. Es ist schwer, in der Konsum- und

Wettbewerbsgesellschaft Kollektivität zu leben. Die Machtverhältnisse und die Formung des Systems sind in den Eigenschaften enthalten, die uns voneinander trennen, die Distanz zwischen uns schaffen, uns klein machen und einengen, den Erfolg anderer neiden lassen und die Umwelt beherrschen wollen lassen. Wir können uns selbst erschaffen, indem wir bewusst dagegen kämpfen.



Protest des HDP-Frauenrats in Ankara gegen die Angriffe des türkischen Staats auf die Frauenbewegung. Foto: anf

Jede Arbeit hat einen großen Wert im Kampf der Frauen. Frauen haben einen großen Verlust im Leben erfahren. Auch in den am weitesten entwickelten Ländern Europas gibt es heute noch keine Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, in welcher Hinsicht auch immer. Wie können wir unsere eigene Persönlichkeit respektieren und am Leben als wir selbst (Xwebûn) teilnehmen? Dies ist die Frage für deren Beantwortung alle Kämpfe ohne Unterschied für Frauen wichtig sind. Der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigung, Armut, unsere Errungenschaften als Frauen auf dem Gebiet der Kultur und Kunst, der Kampf gegen souveräne Staaten und gegen Männlichkeit sind alle wichtig. Unterschiedlichkeit ist kein Hindernis. Sie ist ein Reichtum. Demokratie ist wie eine Familie, die für die Freiheit kämpft, jedes Mitglied erfüllt eine Aufgabe. Wenn es uns gelingt, Unterschiede als Reichtum und nicht als Barriere zu sehen, können wir zusammenarbeiten. Wir müssen den Individualismus in Europa überwinden. Wir müssen lernen, Selbstkritik zu üben. Wir sollten Kritik nicht als Anschuldigung, Verleumdung oder Abneigung empfinden. Wir müssen versuchen zu verstehen, indem wir anderen zuhören. Manchmal kann es Streitigkeiten oder Auseinandersetzungen geben, aber wir sollten eine Beziehung deshalb nicht sofort abbrechen. Wir müssen uns gegenseitig mehr Chancen geben. Und wir sollten es schaffen, die Schwierigkeiten zu überwinden, die unser Zusammenleben behindern. Wir sollten in der Lage sein, uns selbst attraktiv zu machen. Schaut, die am stärksten zersplitterte Gesellschaft sind die Kurden. Aber wir können uns für das Ziel der Freiheit zusammenfinden. Deshalb sollten wir die Kultur des Lebens, die Kultur der Kommune entwickeln; wir müssen unsere eigenen Lebensräume schaffen. Wir müssen es schaffen, ein kreatives Leben innerhalb und jenseits des Staates und der Macht zu führen. Wir müssen versuchen, unsere eigene Wirtschaft aufzubauen, ohne auf staatliche Gehälter angewiesen zu sein. Wir sollten in unseren Beziehungen frei sein und uns nicht gegenseitig besitzen. Selbst wenn es um unsere Nächsten geht, sollte es uns nicht stören, sie zu teilen. Kurzum, es bedarf einer wirklich intensiven demokratischen Kultur. Gemeinsame Bildungen, Diskussionen, Kritik- und Selbstkritikplattformen sollten zuerst unter uns und in uns selbst und dann in der Zusammenarbeit mit anderen durchgeführt werden. Es sollte eine Kultur des Teilens entwickelt werden. Wir müssen daran arbeiten, eine neue alternative Persönlichkeit, eine alternative Lebenskultur zu entwickeln. Dazu kann die Mentalität der nahöstlichen Kultur betrachtet werden, zu der z. B. Nachbarschaft, Freundschaft und eine Kultur des Zusammenlebens gehören. Es gibt viele Dinge, die wir uns vom Mittleren Osten zum Beispiel nehmen können. Der Mittlere Osten und die westliche Kultur haben einander viel zu geben. Eine Synthese könnte eine Impulsgeberin sein, sie könnte bei der Lösung von Problemen hilfreich sein.

Das Wichtigste ist, nach Misserfolgen und Schwierigkeiten nicht aufzugeben. Es ist falsch, sehr perfektionistisch vorzugehen. Betrachten wir uns zunächst einmal selbst: Sind wir perfekt? Nein. Aber wir versuchen immer, gute, schöne Revolutionärinnen zu sein, indem wir uns selbst bilden und verbessern. Dafür haben wir uns vom patriarchalen System abgewandt, das wir kritisieren. Aber wir wollen es ganz loswerden. Dafür sind Verständnis und Toleranz wichtig – um sich selbst und einander voranzubringen.

Das ist erreichbar. Dafür haben wir viele Beispiele. Entschlossenheit, Beharrlichkeit und Loyalität und Zusammenhalt untereinander werden uns mit Sicherheit den goldenen Schlüssel zum Erfolg bringen und uns alle problematischen Türen öffnen. ♦

Über die Kampagne der kurdischen Frauenbewegung

Durch unseren gemeinsamen Kampf können wir Faschismus und Patriarchat überwinden

Meike Nack, Stiftung der Freien Frauen in Syrien (WJAS)

Der Kampf gegen das kapitalistische System, das von Krieg, Genozid und Feminizid geprägt ist und der Aufbau des demokratischen Konföderalismus als alternatives System prägt den Kampf und das Engagement der kurdischen Frauenbewegung. Im Rahmen ihrer Kampagne »Durch unseren gemeinsamen Kampf können wir Faschismus und Patriarchat überwinden« verdeutlicht sie den Zusammenhang zwischen den sozialen, ökonomischen und ökologischen Problemen von Frauen mit denen der gesamten Gesellschaft. Die kurdische Frauenbewegung macht immer wieder darauf aufmerksam, dass die individuellen Probleme von Frauen – politisch, soziologisch und ideologisch – in den gesellschaftlichen Problemen begründet sind. Das konkrete Problem einer einzelnen Frau spiegelt die Mängel einer gesamten Gesellschaft wider und umgekehrt. Wenn es keine kapitalistische, kolonialistische, patriarchale und faschistische Mentalität in der Gesellschaft und im kapitalistischen System gäbe, würde niemand auf die Idee kommen, dass Frauen und die Gesellschaft im Allgemeinen einem anderen Willen als dem eigenen folgen sollten.

Dazu kritisiert der kurdische Vordenker Abdullah Öcalan in seinen Analysen, dass viele der Eigenschaften, die den Frauen negativ zugeschrieben werden und ihrer Abwertung dienen, gesellschaftlich überlebenswichtige Werte darstellen. Empathie, Kollektivität, Integration, Mangel an Machtstreben, Friedfertigkeit und Kommunikationsbereitschaft statt profitorientiertem und zerstörerischem Kampf (Wettbewerb) sind grundlegend für ein stabiles Zusammenleben. Frauen legen wesentlich mehr Wert auf diese Aspekte und sind deswegen beispielhaft für die Gesellschaft. Weiter führt er aus, dass man in der Geschichte viele Beispiele von den Kämpfen von Frauen findet, die sich von denen der Männer grundlegend unterscheiden.

In diesem Sinne versteht die Frauenbewegung unter Selbstverteidigung eine Verteidigung gegen Angriffe auf Frauen und die Gesellschaft sowie ihre demokratisch-ökologischen Prinzipien. Diese Angriffe können Kriege, Besatzung, Zerstörung der Natur, Ausbeutung und eben genauso die Gewalt gegen Kinder und Frauen sein, da sie allesamt einer patriarchal-kapitalistischen Mentalität entspringen.

Schaffung eines internationalen Solidaritätsnetzwerkes

Die Arbeit der kurdischen Frauenbewegung im Rahmen der Kampagne entsprechen dieser weitreichenden Dimension. Neben Aktivitäten zu aktuellen Ereignissen beinhaltet sie auch Bildungsarbeit und strebt die Schaffung eines internationalen Solidaritätsnetzwerkes an. Der in Nord- und Ostsyrien organisierte Frauendachverband Kongreya Star hat die Plattform »Jin Rojava diparezin« – in Europa bekannt als »Women Defend Rojava« – ins Leben gerufen. Diese richtet sich vor allem gegen die Angriffe des türkischen Staates auf Girê Spî und Serê Kaniyê seit dem Oktober 2019 und der Verschleppung, Vergewaltigung und Ermordung von Frauen in Efrîn. Die medienwirksam inszenierte brutale Verschleppung der YPJ-Kämpferin Çiçek Kobanê (Dozgin Temo), die niederträchtige Ermordung von Hevrîn Xelef (auch Havrin Khalaf), Generalsekretärin der Zukunftpartei Syriens und die Angriffe auf die Zivilgesellschaft sowie ihre Gesundheitseinrichtungen waren der Versuch der Türkei und ihrer dschihadistischen Verbündeten, die Gesellschaft zu demoralisieren.

Mit der breiten lokalen und internationalen Kampagne wurde die Informationspolitik der Mainstream-Medien durchbrochen und ein Netzwerk der praktischen Solidarität geschaffen. Auch in zahlreichen europäischen Städten haben sich neue Gruppen gegründet, die im Geiste internationalistischer Solidarität Aktivitäten gegen den Angriffskrieg der Türkei durchführten. In diesem Zusammenhang fand eine internationalistische und solidarische Reaktion über Monate hinweg statt.

Feminizid und die Corona-Pandemie



anf

Mit dem Beginn der Corona-Pandemie und der damit einhergehenden Individualisierung der Lebensverhältnisse, vor allem in Europa, ist der ideologische und organisatorische Grad von sozialen und politischen Bewegungen besonders deutlich zutage getreten.

Diskussionen darum, wie eine Fortführung des Kampfes für eine alternative Gesellschaft in Corona-Zeiten organisiert werden kann, welche Aktivitäten möglich sind und welche eingestellt werden sollten, sind die kurdische Frauenbewegung und feministische Gruppen mit einer fruchtbaren Kreativität vorangegangen. Entwickelt wurden Aktionen von kleinen Gruppen, Kampagnen in sozialen Medien, die Einführung von Telefonkonferenzen sowie Online-Seminaren; einige Frauenräte haben gar Masken für die Schulen in ihren Städten genäht. In den Aktivitäten wurde klar Haltung gegen Gewalt an Frauen und Kinder und für ein solidarisches Miteinander eingenommen. Die Zeit war geprägt von der Suche, zu diesen wichtigen Themen eine Öffentlichkeit zu schaffen und den anhaltenden Kampf sichtbar zu machen.

Besonders schmerzlich war der Verlust von Besma A., die als vierte kurdische Frau innerhalb einiger Monate ermordet wurde. Die Herangehensweise der Behörden gegenüber dem Täter machte wieder einmal deutlich, dass patriarchale Männer vom System als eher zu entschuldigend angesehen werden, während Frauen gegen Schuldzuweisungen (angebliches falsches Verhalten oder Kleidung, Freunde etc.) kämpfen müssen. Der Ehemann wurde nach der Tötung seiner Frau aufgrund seines alkoholisierten Zustandes und seiner Aussage, dass die Tötung seiner Frau ein Versehen gewesen sei, freigelassen.

Die Frauenbegegnungsstätte UTAMARA und der Dachverband des êzîdischen Frauenrats initiierten deshalb einen offenen Brief an zuständige Behörden und Ministerien, in dem sie eine gründlichere Strafverfolgung der Morde sowie einen aufmerksameren Umgang bei Gewalt an Frauen fordern. Denn obwohl selbst Behörden erklären, dass für Frauen »statistisch gesehen, der gefährlichste Mensch der männliche Partner« ist und sie ermordet werden, weil sie Frauen sind, werden Frauenmorde statistisch nicht erfasst, geschweige denn als eine eigene Straftat bewertet.

Diese Kontinuität der Angriffe auf Frauen in engen sozialen Beziehungen durch soziale, juristische, ökonomische und politische Benachteiligung bewirken, dass Frauen keine Selbstbestimmtheit entwickeln können. Denn in einer Gesellschaft, die von Macht, Versklavung, Unterdrückung und Vernichtung geprägt ist, kann kein Mensch frei sein. Frauenbewegungen benennen die soziologische Beschreibung der systematischen Vernichtung von Frauen als Feminizid.

Auch im Rahmen von Women Defend Rojava sind Ursachen und Auswirkungen der wachsenden Zahl an Gewalttaten und Tötungen gegenüber Frauen diskutiert worden. Erkannt und kritisiert wurde vor allem, dass in einer solchen Ausnahmesituation die Kraft der Selbstorganisierung nicht aus den Augen verloren werden darf, da Menschen sonst auf staatliche Einrichtungen und Angebote angewiesen sind. Diese Rückbesinnung auf die eigene Kraft brachte verschiedene Aktivitäten hervor. Zudem haben sich zahlreiche »Women Defend Rojava«-Gruppen mit anderen feministischen Strukturen, wie etwa Frauenberatungsstellen und -häusern vernetzt, um neben den politischen Aktionen auch die gegenseitige Arbeit und die frauensolidarische Struktur in ihren Städten zu stärken. Einhergehend damit wurden Seminare organisiert, in denen sich beispielsweise mit den Fragestellungen »Was ist eigentlich Gewalt gegen Frauen?«, »Was ist ein Feminizid?«, »Wie können wir uns gegen Gewalt an Frauen organisieren?«, auseinandergesetzt werden konnte.

Die Dringlichkeit feministischer Bildungsarbeit und Selbstorganisierung gegen die frauenfeindliche Mentalität wurde uns durch den Zuwachs an Gewalt in allen gesellschaftlichen Bereichen, während der Corona-Pandemie wieder mehr als deutlich. Umso mehr gilt es, die Kampagne der kurdischen Frauenbewegung »Durch unseren gemeinsamen Kampf können wir Faschismus und Patriarchat überwinden« für eine Beseitigung der Ursachen von Gewalt gegen Frauen und Rassismus zu verstärken. ♦

Die Verbindungen zwischen Frauenbefreiung und Natur

Jineolojî und Ökologie

Make Rojava Green Again

Rojava ist auf der ganzen Welt dafür bekannt, dass dort eine Frauenrevolution stattfindet. Auf allen Ebenen der Gesellschaft stehen die Strukturen der Frauen an vorderster Stelle des sozialen, politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und militärischen Lebens, da sie als die Vorreiterinnen der Revolution gelten. Das Ziel ist die Befreiung der Frauen, um die Gesellschaften weltweit zu befreien. Seit der Deklaration einer demokratischen Selbstverwaltung im Jahr 2012 haben die Frauen in Nord- und Ostsyrien einen neuen Status in der Gesellschaft erlangt, durch gleichberechtigte Vertretung in allen politischen Institutionen, ein System von Ko-Vorsitzenden, Frauenzentren und Akademien.[1] Rojava ist auch als ökologische Revolution bekannt, da die Ökologie ein Grundprinzip des demokratischen Konföderalismus ist. Können diese beiden Aspekte der Rojava-Revolution jedoch unabhängig voneinander gelesen werden, wie zwei Kapitel desselben Buches? Das würde auf einem Missverständnis darüber beruhen, worum es bei der Frauenrevolution in Rojava geht. Wenn wir ihre ideologische Grundlage genauer betrachten, lädt uns diese Frauenrevolution dazu ein, radikal zu überdenken, wie wir unsere Welt und unsere Natur sehen.

Die Wurzeln der Unterdrückung zurückverfolgen: Der Aufstieg des Patriarchats und der Niedergang der Mutter-Göttinnen-Kulturen

Die Frauenrevolution von Rojava kommt nicht aus heiterem Himmel. Sie wurzelt in der Geschichte und der Erfahrung von 40 Jahren kurdischer Frauenbewegung, die ihrerseits von den historischen Frauenkämpfen inspiriert ist, die weltweit geführt wurden und werden. Mit der Philosophie des kurdischen Vordenkers Abdullah Öcalan legten die Frauen der kurdischen Bewegung die Grundlagen für die Frauenrevolution, die heute in Rojava blüht: In den Bergen Kurdistans schufen sie ihre eigenen Kampfeinheiten, ihre Akademien, ihre eigene Partei, entdeckten ihre Werte und Prinzipien wieder.[2]

Dieser Prozess ebnete auch den Weg für eine tiefgreifende Neubesinnung auf die Wurzeln von Unterdrückung, Ausbeutung und Hierarchie. In seinen Verteidigungsschriften identifiziert Abdullah Öcalan die Ursprünge der unterdrückenden sozialen Strukturen im Aufstieg der patriarchalen Gesellschaften und des Staatssystems in Mesopotamien vor 5000 Jahren mit der Entstehung des sumerischen Staates. Eine neue hierarchische Gesellschaftsordnung nahm Gestalt an, in der patriarchale Figuren (Könige, Priester, Krieger) die soziale Macht, die Frauen zuvor in den alten matriarchalen Gesellschaften innehatten, nach und nach untergruben.

Wie spielt die Ökologie dabei eine Rolle? Die Suche nach den Wurzeln der Unterdrückung und damit verbunden im Untergang matriarchaler Kulturen rückt die Art und Weise, wie sich die Gesellschaft zur Natur verhält, in den Mittelpunkt. Matriarchale Gesellschaften sind unter anderem durch eine Mutter-Göttin-Kultur gekennzeichnet, die die Natur als heilig betrachtet. In solchen Kulturen ist die Gottheit kein desinkarniertes Wesen, das über den Köpfen der Menschen schwebt, wie die Gottesfiguren, die in patriarchalen Kulturen auftraten. Alles, was die Menschen umgibt, ist vielmehr von Heiligkeit durchdrungen und verdient es, verehrt zu werden: In traditionellen matriarchalen Kulturen wird das Göttliche als immanent in Natur und Kultur verstanden; dies ist der Grund, warum alles als heilig betrachtet wird. Es gibt keinen transzendenten Gott außerhalb der Welt, aber die Welt selbst ist göttlich, das heißt: »weiblich göttlich.«[3]

1 Für weitere Informationen stellt das Rojava Information Center Schlüsseldokumente über die Errungenschaften und Ziele der Frauenbewegung in Nord- und Ostsyrien zur Verfügung: Basic Principles and General Principles for Women. The Autonomous Administration of Jazeera Canton of Rojava. Präsidentin des Frauenausschusses, 22. Oktober 2014: https://rojavainformationcenter.com/storage/2019/12/2014-Womens-Law-Basic-Principles-and-General-Principles-for-Women.pdf

2 Für ein tieferes Verständnis der kurdischen Frauenbewegung empfehlen wir die Lektüre der Autobiografie von Sakine Cansiz, »Mein ganzes Leben war ein Kampf«, Unrast Verlag, 2019

3 Der Weg in eine egalitäre Gesellschaft. Prinzipien und Praxis einer matriarchalischen Politik, Dr. Heide Goettner-Abendroth, Hrsg. von der »Internationalen Akademie HAGIA« Winzer / Deutschland 2007: https://www.hagia.de/fileadmin/user_upload/pdf/the_way.pdf

Von diesem ganzheitlichen Weltbild, das Mensch und Natur umfasst, berichten mehrere Göttinnen-Figuren, die mesopotamische Göttin Innana-Ischtar, die ägyptische Göttin Nut, Göttin des Kosmos, die alles Seiende gebar, die vorhellenische Erdmutter Gaia, die indische Prithivi, die im Sanskrit gleichzeitig »Erde« bedeutet: »Diese Urgöttinnen spiegeln die matriarchalische Wahrnehmung wider, dass das Weibliche das Allumfassende ist.«[4]

Die neu entstehende patriarchalische Ordnung bricht mit dieser ganzheitlichen Weltsicht, indem sie die Heiligkeit aus der Natur herausnimmt und sie in die Hände von Priestern legt, von denen man fortan glaubt, dass sie die einzige Verbindung zwischen dem Menschen und dem Göttlichen sind. Durch die Entheiligung des Weiblichen öffnete die patriarchale Mentalität den Weg zur Herrschaft über Frauen und Natur. Diese sich entwickelnde »zweite Natur« des Menschen – die Natur der Sozialisierung – löste ihn von seiner »ersten Natur«, die in seinem biologischen Wesen und seiner Umwelt verwurzelt ist. Es war dieser Mentalitätswandel, der es ermöglichte, die Natur als ein bloßes Werkzeug der Bereicherung für die Mächtigen zu betrachten.

Diese Perspektive auf die Ursprünge der Unterdrückung schafft eine untrennbare Verbindung zwischen Frauenbefreiung und Ökologie: Eine soziale Revolution, die danach strebt, die patriarchalische Denkweise abzuschaffen, um eine freie Gesellschaft zu errichten, rückt die Natur unweigerlich in den Mittelpunkt der Gesellschaft.

Ein neues wissenschaftliches Paradigma: Jineolojî und ihr Potential

Dieser Mentalitätswandel, den die Rojava-Revolution anstrebt, erfordert die Entwicklung eines neuen wissenschaftlichen Paradigmas, welches es erlaubt, die Gesellschaft und die natürliche Umwelt mit einem neuen Blick zu analysieren. Jineolojî, die Wissenschaft der Frauen, wurde entwickelt, um diesem Bedürfnis gerecht zu werden.

Jineolojî schlägt vor, das ganzheitliche Weltbild, das in matriarchalen Gesellschaften vorherrschte, wiederzugewinnen und auf die Wissenschaft anzuwenden. Als Begriff erschien Jineolojî zum ersten Mal 2008 im dritten Band des Manifests für eine demokratische Zivilisation von Abdullah Öcalan mit dem Titel »Soziologie der Freiheit«. Jin bedeutet auf Kurmanci Frau, hat aber die gleiche Wurzel wie das Wort Jiyan, das Leben bedeutet. Jineolojî darf daher nicht nur als Wissenschaft von der Frau verstanden werden, sondern als Wissenschaft vom Leben, von der Gesellschaft als Ganzes, in der die Existenz und der Standpunkt der Frau als Referenz genommen wird. Das Ziel dieser Wissenschaft ist es, das Wissen wieder mit der Gesellschaft zu verbinden. Wissen kann nicht abstrakt und ungebunden von der Gesellschaft entwickelt werden, sondern muss immer auf ihre Ethik, ihre Bedürfnisse und auf das Ziel der Wiederherstellung des Gleichgewichts von Frau-Natur-Gesellschaft antworten.

Jineolojî deckt ein breites Spektrum von Bereichen ab: Wirtschaft, Ökologie, Demografie, Geschichte, Soziologie, Ethik und Ästhetik, Gesundheit, Bildung und Selbstverteidigung. Die Methoden von Jineolojî umfassen die Gesamtheit des Lebens und betonen daher die Verbindungen zwischen diesen Lebensbereichen, die sowohl Theorie als auch Praxis sind. In dieser Perspektive ist das Feld der Ökologie mit allen anderen verbunden: Umweltfragen müssen in ihrem sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontext betrachtet werden. Der Schutz der Umwelt ist eine Frage der Selbstverteidigung der Gesellschaft, da eine Zerstörung der Umwelt eine Bedrohung für das Leben auf dem Planeten Erde darstellt. In diesem Sinne wird Ökologie als »soziale Ökologie«[5] verstanden, da wir ökologische Probleme nicht lösen können, ohne uns mit den Problemen der Gesellschaft auseinanderzusetzen.

Jineolojî geht es darum, diese Verknüpfungen und Verbindungen herzustellen, und wendet sich radikal gegen die Trennung der Forschungsfelder, die »Entdeckungen« ermöglichen, die zur Zerstörung von Mensch und Natur geführt haben. Sie lehnt eine falsche wissenschaftliche Neutralität ab, die letztlich der kapitalistischen und patriarchalischen Unterdrückung zugutekommt, und erklärt, dass Forschung und Wissen dem Ziel dienen müssen, eine ökologische und demokratische Gesellschaft aufzubauen, die auf der Befreiung der Frauen basiert.

Jineolojî befindet sich noch in den Anfängen. Dieses ganzheitliche Denken wird jedoch derzeit in Rojava unter anderem durch folgende Projekte entwickelt und in die Praxis umgesetzt:

Schriften und Reflexionen der Jineolojî-Forschungszentren, wie z. B. eine kürzlich vom Andrea-Wolf-Institut entwickelte Analyse der Corona-Virus-Krise: http://jineoloji.org/en/2020/04/22/to-understand-any-disease-we-have-to-understand-what-health-is-perspective-on-corona-virus-crisis/
Jinwar, das Frauendorf: https://komun-academy.com/2020/05/04/jinwar-inspiration-for-women-everywhere-in-the-world/
Şifa Jin, ein Gesundheitszentrum in Jinwar, das traditionelle und konventionelle Medizin kombiniert: https://womendefendrojava.net/en/2020/04/05/there-is-nothing-which-is-healing-more-than-freedom-sifa-jin-new-healing-center-in-jinwar/
Die Rückgewinnung von Wissen über Heilpflanzen durch Frauen: https://www.youtube.com/watch?v=OhK284i00pY&list=PLg47Fg25LdZ3l9jAwxqvvJTGsThjBIk_d&index=19 ♦

4 Ebd.

5 Weitere Lektüre zum Konzept der Sozialen Ökologie: Bookchin, Murray, »Social Ecology and Communalism«, AK Presse, 2007.

In Erinnerung an den Internationalisten Kevin Jochim (Dilsoz Bahar)

»Die Revolution in Rojava ist eine Renaissance der menschlichen Werte«

Ronahî

»Alle können Teil der Revolution in Rojava werden. Natürlich wenn du ein Mensch bist, der sich für Demokratie, Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit einsetzt. Diese Werte sind die Grundlage der Revolution in Rojava, Werte der Menschlichkeit, die in 5000 Jahren Geschichte verloren gegangen sind. Denn wenn wir uns das System der kapitalistischen Moderne ansehen, dann ist das Wesentliche des Menschseins verloren gegangen. Die Revolution in Rojava ist eine Renaissance der menschlichen Werte. Es geht um eine Renaissance der Werte Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit. Wir schaffen diese Werte neu und geben sie der Menschheit zurück. Das ist vorbildlich für die ganze Welt.«[1]

Fünf Jahre sind vergangen seit wir den deutschen Revolutionär Kevin Jochim, der in Kurdistan den Namen Dilsoz Bahar angenommen hatte, verloren haben. Fünf Jahre, in denen die Revolution weitergetragen, vertieft und verbreitet wurde. Fünf Jahre, in denen große Schlachten gefochten wurden und Tausende wertvolle Menschen sich für die Verteidigung der Menschheit in Kurdistan geopfert haben. Ich stelle mir vor, wie diese Entwicklungen unseren Freund Dilsoz Bahar mit Aufregung erfüllt hätten. Wie begeistert er mir von den Entwicklungen der Revolution erzählt hätte. Dilsoz Bahar ist mit jedem Schritt, den die Revolution ging, selbst gewachsen. Er hat sich so sehr mit der Revolution in Kurdistan vereinigt, wie man Teil einer großen Pflanze oder eines Baumes wird. Und mit einer solchen natürlichen Hingabe, Mühe und Sorgfalt beobachtete er die Entwicklungen in ganz Kurdistan, berichtete von ihnen und widmete sich auch seinen eigenen Aufgaben in dieser Revolution.

Dilsoz Bahar hatte in diesem Sinne ein weitreichendes und komplexes Verständnis von den revolutionären Prozessen im Mittleren Osten, und er hatte eine Persönlichkeit entwickelt, die ihn zu einem stolzen und ernsthaften Akteur darin werden ließ. Eine Persönlichkeit, die aus Erkenntnissen tatsächliche Handlungsweisen entwickelte. Wenn jemand aus Europa ihn gefragt hätte, warum er sich einer kämpfenden Freiheitsbewegung im Mittleren Osten angeschlossen hätte, so hätte er seine eigenen Entscheidungen vor dem Hintergrund des andauernden »Dritten Weltkrieges« erklärt: In Europa weitgehend ausgeblendet und verdrängt, befinden wir uns momentan in einem Dritten Weltkrieg, der sich vom Ausmaß her nicht von den vorherigen Weltkriegen unterscheidet. Das Zentrum des Dritten Weltkrieges befindet sich im Mittleren Osten und fokussiert sich weitestgehend auf Kurdistan. Die in diesem globalen Verteilungskrieg beteiligten Akteure versuchen gemäß ihrer jeweiligen Ideologien und Weltanschauungen, große Gebiete in der Region unter ihre Kontrolle zu bringen. Er erklärte: »Ich bin ein politischer Jugendlicher und ich verschließe meine Augen nicht vor den Entwicklungen auf der Welt. Sobald ich mir der Bedeutung und Rolle der kurdischen Freiheitsbewegung bewusst geworden bin, habe ich mich entschlossen, ein Teil von diesem Kampf zu werden.«

Und in diesem Bewusstsein hat Dilsoz Bahar gelebt und gekämpft. Jede Sekunde seines Lebens bemühte er sich, ein Teil der Bewegung für die menschlichen Werte, für »Freiheit, Demokratie, Gerechtigkeit und Gleichheit« zu werden. Wenn du nur wenige Minuten mit ihm verbrachtest, so erfüllte dich seine Energie und sein Tatendrang. Wenn du ein kurzes Gespräch mit ihm teiltest, so machte er dich zu einem Teil seiner Hoffnung und faszinierte dich mit seiner überzeugten Haltung. Indem andere von ihm berichteten, steigerte sich bei dir die Vorstellungskraft von dem, was ein Mensch schaffen und erreichen kann: Er hat jede Aufgabe, die ihm gegeben wurde, mit einer großen Klarheit umgesetzt; er überwand Hindernisse sehr schnell und war sehr dynamisch. Seine Bemühungen wurden auch in der Verantwortung deutlich, die ihm in seinem jungen Alter gegeben wurden. Nachdem er bereits in den

1 Aus einem Interview mit Dilsoz Bahar, dass im Frühling 2015 in Rojava geführt wurde. https://www.youtube.com/watch?v=OWSqrrZEHIk.

freien Bergen die Verantwortung für eine Einheit bekommen hatte, leitete er die Funkstruktur eines ganzen Guerilla-Gebietes. In Rojava nahm er an vielen Kämpfen gegen den »Islamischen Staat« teil, und ihm wurde die Verantwortung für eine ganze Einheit internationaler Freiwilliger übergeben.



In mir selbst hat der Freund Dilsoz Bahar den Glauben an die kollektive Kraft der Bewegung gestärkt. Wenn ein Mensch sich in kürzester Zeit so sehr entwickeln kann und seine Kraft und sein Potential entfaltet, so bedeutet das Freiheit. Es ist die Freiheit, die so wertvoll ist und mit so großen Opfern geschaffen wurde, ein Wert, der größer ist als jedes Wort. Es ist ein Gefühl, von dem du erfüllt bist und das so zart und so stark ist, wie eine große Pflanze oder ein Baum, von dem du ein Teil bist und den du mit der Art, wie du jeden Atemzug deines Lebens lebst, stärkst und wachsen lässt. Der Wert, den du geschaffen hast, lebt über deinen Tod hinaus.

Wir gedenken unseres wertvollen Freundes Dilsoz Bahar und haben größten Respekt vor der Mühe, die er in dieser Revolution erbracht hat. Seine Art, das Leben zu beschreiten und zu erfüllen, ist für uns alle ein Vorbild und begleitet uns auf unserem Weg, ein Teil dieser Revolution zu werden – und uns dabei ständig neu herauszufordern und neu zu erschaffen, damit wir die Werte, die wir der Finsternis und Leere unserer Zeit entgegenstellen wollen, in uns selbst lebendig machen.

Vertreter neuer Werte, einer neuen Welt – Mit den Worten von Şehîd Qasim Engîn (Kasim Engin)

Der wertvolle Freund Qasim Engîn, der sich vor 35 Jahren aus Deutschland der Revolution in Kurdistan angeschlossen und in allen Bereichen der Revolution größte Anstrengungen geleistet hat, wurde am 27. Mai 2020 durch die Kriegsmaschienerie des faschistischen türkischen Staates von uns genommen. Ein Verlust, der schwer zu ertragen ist und unseren antifaschistischen Geist auf eine neue Stufe der Entschlossenheit heben muss. Der Freund Qasim Engîn war stets in besonderer Verbindung mit allen, die sich aus Deutschland der Revolution angeschlossen haben. In Erinnerung an den gefallenen deutschen Revolutionär Michael Panser (Bager Nûjiyan) verfasste er im Oktober 2019 einen langen Brief. Wir wollen einige Zeilen dieses Briefes im Gedenken an den Autor selbst teilen, der mit seinem scharfen Verstand und seiner enormen Auffassungsgabe das Paradigma des demokratischen Konföderalismus in die Welt getragen hat:

»Kämpferinnen und Kämpfer, die sich der Revolution anschließen, wissen, sobald sie ihre Schritte in diesem Kampf gehen, dass Revolution und Revolutionärsein seinen Preis hat. Diejenigen, die glauben, dass eine andere Welt möglich ist, wissen zweifellos, dass dies nicht geschieht, ohne Opfer dafür zu geben. Daher haben sich im Freiheitskampf Kurdistans bereits zehntausende schöne Seelen der Revolution gewidmet!

Die Haltung jeder Revolutionärin und jedes Revolutionärs, die sich den Bergen und der Guerilla zugewendet hat, ist stets in diesen Worten Ches versteckt, in diesem Gefühl: ›Woher auch immer und wie auch immer der Tod kommen wird, wenn die Worte unserer Münder in den Ohren aller widerhallen, unsere Waffe nicht aus den Händen fällt, andere Menschen mit den Rufen des Krieges und des Erfolges und mit den Geräuschen der Gewehre auf unseren Gräbern verweilen, so soll der Tod voller Segen und willkommen sein.‹

Hasta la Victoria Siempre!
An Sosyalîzm an Sosyalîzm! Entweder Sozialismus oder Sozialismus!
Jiyan an dê azad be yan azad be! Das Leben wird frei sein oder frei sein!«
(aus einem Brief von S. Qasim Engîn in Erinnerung an Bager Nûjiyan, Oktober 2019[2]) ♦

2 https://internationalistcommune.com/ein-sozialistischer-kampfer-sehid-bager-nujiyan-text-von-sehid-qasim-engin/

Der Anschlag in Hanau: Rassismus tötet – überall

Gegen das Vergessen – Warum?

Dîlan Karacadağ, Journalistin

Am 19. Februar 2020 wurden beim rassistischen Anschlag in Hanau neun Menschen ermordet. Täglich schreibe ich diesen Satz, aus verschiedenen Gründen: Berichterstattung, Teilen von neuen Erkenntnissen auf Twitter, Mittwochs: der Tag des Attentats und jeden 19. des Monats. Alle Gründe haben den gemeinsamen Nenner: Gegen das Vergessen. Der Tod schmerzt, das Leid belastet die Menschen. Trotzdem dürfen wir Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu nicht vergessen. Und warum? Ich habe die Tatorte in Hanau mehrere Male besichtigt, sie betrachtet und möchte über meine Erkenntnisse berichten, und den Grund erläutern, warum sie nicht vergessen werden dürfen.

In den Wochen nach der Tat haben sich die Hinterbliebenen, Angehörige der Opfer, antirassistische Aktivist*innen und solidarische Hanauer zusammengetan und die »Initiative 19. Februar Hanau« gegründet: Ein Ort gegen das Vergessen. Ein Gedenkort, ein Ort für Aktivismus, ein Ort für Familien, die zusammenkommen, sich stärken und beraten werden wollen. Ein Ort, sowohl zum Weinen als auch zum Kämpfen. Ein 140 Quadratmeter großer Laden mit einem großen Schaufenster, in dem Fotos der Opfer zu sehen sind. Wenn man in den Raum kommt, gibt es am Eingang eine Sitzbank am Schaufenster. Etwas weiter stehen Tische, an denen sich in Gruppen austauscht oder gearbeitet werden kann. Auch gibt es im Raum eine Gedenkecke mit Blumen, Kerzen und Fotos und eine Pinnwand mit Fotos vom Aufbau, vom Gedenken oder von sonstigen Aktivitäten. Es gibt eine Küche, in der es immer etwas zu essen gibt und ein Büro für den juristischen Kampf oder die üblichen Büroarbeiten. Der Ort bietet auch Beratung an und vermittelt Anwälte an Angehörige. Aber er ist auch ein zweites Zuhause. »Wenn ich hier bin, habe ich das Gefühl, bei meinem Bruder zu Besuch zu sein«, sagt Çetin, der Bruder von Gökhan Gültekin. Dieser Raum bringt Menschen mit verschiedenen Bedürfnissen und aus unterschiedlichen Gründen zusammen. Meistens passiert vieles parallel.

Dieser Raum ist offen für alle, die sich mit den Angehörigen der Opfer solidarisch zeigen wollen. Beim Reinkommen wird nicht gefragt, wer man ist. Man begrüßt sich einfach.

Das Versagen der Behörden

Drei Monate nach dem rassistisch motivierten Anschlag sitzt der Schmerz bei den Angehörigen zwar noch tief, doch sie sind stärker als zuvor. Denn sie haben ein gemeinsames Ziel: Aufklärung. Viele Fragen sind offen. Der rechtsextreme Täter Tobias Rathjen war bereits vor dem Anschlag in Hanau mit rassistischen und bewaffneten Drohungen aufgefallen. Tobias Rathjen soll bereits im Jahr 2000 während einer privaten Feier in Hanau mit einem Schwarzen Menschen gestritten und ihm schließlich mit einer Pistole gedroht haben. Es heißt, die Polizei sei gerufen worden, habe sich aber nicht für den Streit und die Pistole interessiert, nur für den Cannabis-Konsum einiger Gäste.

Weitere Warnsignale und Versäumnisse gab es auch 2017. Acht Jugendliche, die von Tobias Rathjen bedroht wurden, haben den Fall gemeldet und ausgesagt. Armin Kurtović, der Vater von Hamza Kurtović erklärt, dass weder die Aussagen richtig aufgeschrieben wurden, noch eine Ermittlung eingeleitet wurde. Im Mai 2018 gab es den Vorfall am Juz in Kesselstadt. Jugendliche haben gegenüber der Frankfurter Rundschau[1] detailliert beschrieben, wie sie das Geschehen erlebten: Demnach sei ein vermummter Mann aus dem Gebüsch gekommen und habe sie rassistisch beleidigt. Er habe mit einem Sturmgewehr auf sie gezielt. Sie sollten abhauen, sonst gebe es Tote. Die Jugendlichen alarmierten die Polizei, die den Mann nicht mehr antraf, hätte dann auch nicht nach ihm gesucht. Stattdessen sollen die Beamten gleich gefragt haben, wer angerufen habe und somit den Einsatz bezahlen müsse.

1 https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/hanau-ort66348/hanau-rechtsextremer-attentaeter-schon-anschlag-auffaellig-13752901.html

Fragen wirft auch der Umgang des Generalbundesanwalts mit der Strafanzeige auf, die er von Tobias Rathjen am 8. November 2019 erhielt. In der 19-seitige Anzeige von Rathjen ist die Rede von der Vernichtung bestimmter Nationalitäten, darunter sind auch die der in Hanau ermordeten Opfer.

Es ist gut nachvollziehbar wenn Çetin, der Bruder des ermordeten Gökhan Gültekin sagt: »Hätten die (Ämter und Behörden) ihre Arbeit richtig gemacht, wäre mein Bruder noch am Leben.«[2]



Vier Monate nach dem rassistischen Anschlag von Hanau ist in Frankfurt am Main ein Wandbild in Gedenken an die Opfer eingeweiht worden. Foto: Dîlan Karacadağ | YÖP

Warum musste Vili sterben?

Am 14. Mai sind die Angehörigen der Opfer nach Wiesbaden gekommen, weil viele Fragen noch offen waren. Nach überwiegend unbeantwortet gebliebenen Fragen war die Aktion beendet. Den Angehörigen stand der Frust ins Gesicht geschrieben. Eine wesentliche Information kam aus der Sicht von Familie Păun. Niculescu Păun, Vater des ermordeten Vili Viorel Păun berichtet, er habe das Handy seines Sohnes erhalten. In einem Interview mit dem ZDF[3] zeigt Niculescu Păun das Handy von seinem Sohn. Darauf ist zu erkennen, dass Vili Minuten vor der Tat am 19. Februar vier Mal versucht hat, die Polizei zu erreichen, die er jedoch nicht erreichen konnte. Wie üblich ist es, dass die Polizei unter dem Notruf 110 nicht zu erreichen ist – und das vier Mal in fünf Minuten? Vili Viorel hat im Fall Hanau eine besondere Geschichte: Am 19. Februar um 21.56 Uhr ruft Vili die Polizei vier Mal hintereinander an. Anscheinend, weil er den Täter sah! Tobias Rathjen hat vor dem ersten Tatort am Heumarkt auf ihn – das heißt, auf das Auto, in dem Vili saß – geschossen. Vili ist trotzdem dem Täter gefolgt. Auf den Bildern der Überwachungskameras ist zu sehen, wie Vili rückwärts fährt. Der Täter rennt in den Kiosk von Kemal Kocak. Vili fährt mit dem Auto hinterher. Der Täter schießt in Kemals Kiosk, kommt dann raus, steigt in sein Auto, und Vili folgt ihm. Vili fährt dem Täter bis zum zweiten Tatort hinterher, obwohl auf sein Auto geschossen wurde … Dort wurde er ermordet. Hierzu müssen noch diese Fragen beantwortet werden: Hätte Vili überleben können, wenn die Polizei seinen Notruf angenommen hätte!? Eins ist klar: Vili ist gestorben, weil er Courage zeigte! Wenn der Tod des einzelnen Opfers vergessen wird, werden weitere Attentate unaufgeklärt bleiben.

»Tot sind wir erst …«

Die NSU-Morde sollten uns eins lehren: Die Ämter und Behörden versuchen alles, um die Zusammenarbeit mit Nazis/Rassisten zu decken. Immer wieder tauchen Berichte auf, Polizistinnen und Polizisten kooperieren mit oder beteiligen sich in rassistischen Organisationen. Die Aufdeckung solcher Zusammenarbeit braucht einen langen harten Kampf, der nur geführt werden kann, wenn die Namen der Opfer nicht vergessen werden. Weder die Namen, noch die Tat!

»Tot sind wir erst, wenn man uns vergisst«, schreibt Ferhat Unvar 2015 auf Facebook. 4 Jahre, 4 Monte und 2 Tage später wurde er mit acht weiteren Freund*innen ermordet. Die Mutter Serpil Temiz Unvar, sagt: »Mein Sohn darf nicht umsonst gestorben sein.« Dies bedeutet: Solange die Tat nicht aufgeklärt wird und die Tat als »Mord eines Einzeltäters« bewertet wird, wird es keinen Rückgang solcher rassistischen Anschläge geben und die Täter können sich auf den Schutz durch die Behörden verlassen. Alles was als Nährboden für Rassismus und rassistische Morde dient, muss aufgedeckt werden. Täter Tobias Rathjen »war kein Mitglied der AfD« – so die AfD, die wiederum von Tobias-Ähnlichen gewählt werden. Alle, die Rassismus vor allem in Parlamenten salonfähig machen, sind schuld an rassistischen Attentaten! Hanau hat viele daran erinnert, dass Rassismus tötet – und das überall. Auch in Deutschland. Für diejenigen, die schon länger hier leben, ist spätestens seit den Morden des NSU klar, dass Faschismus und Rassismus in Deutschland zutiefst verankert sind. Es braucht den Ort, die Grundlagen und den Aktivismus »Gegen das Vergessen«, damit Rassismus in Deutschland bekämpft werden kann! ♦

---

2 https://www.hessenschau.de/gesellschaft/hanau-attentat-zu-wenige-antworten-auf-zu-viele-fragen,hanau-opfer-landtag-100.html

3 https://www.zdf.de/nachrichten/drehscheibe/drei-monate-nach-dem-anschlag-in-hanau-100.html

Das Verbot der libanesischen Hisbollah in Deutschland ist ein außenpolitisch motivierter PR-Coup

Verbot der »Partei Gottes«

Nick Brauns, Historiker und Journalist

Am 30. April 2020 verbot Bundesinnenminister Horst Seehofer die libanesische Hisbollah. Die Betätigung der »Partei Gottes« – so die Übersetzung des arabischen Namens Hisbollah – laufe aufgrund ihrer Hetze gegen Israel dem Gedanken der Völkerverständigung zuwider, heißt es in dem 30-seitigen Verbotsbescheid, der an Hisbollah-Generalsekretär Hasan Nasrallah mit »unbekanntem Aufenthalt« ging. Da die Hisbollah in Deutschland offiziell gar nicht existierte und keine eingetragenen Vereine unterhalten hat, konnte lediglich ein Betätigungsverbot verhängt werden.

Polizisten mit Maschinenpistolen stürmten und durchsuchten daraufhin schiitische Moscheen und die Vereinsräume libanesischer Kulturvereine in Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen. Obwohl die fertige Verbotsverfügung schon einige Wochen vorlag, hatte das Ministerium mit der Umsetzung bis zum Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan gewartet. Dass die damit verbundene islamfeindliche Botschaft an die Öffentlichkeit beabsichtigt war, darf bei einem Minister, der zur Islamkonferenz schon mal Blutwurstschnitten aus Schweineblut servieren ließ, unterstellt werden.

Die Hisbollah entstand als Zusammenschluss verschiedener schiitischer Milizen, die gegen die israelische Invasion im Libanon kämpften. Ihre offizielle Gründung erfolgte 1985. Ideologisch beeinflusst war die Gründung der Organisation durch sozialistisch geprägte islamische Religionsschulen im Irak sowie in entscheidendem Maße durch den Iran, der seitdem auch als wichtigster Finanzier und Waffenlieferant der Hisbollah auftritt. Die Hochburgen der Hisbollah sind das Bergland im Südlibanon, die vor allem von Schiiten bewohnte Beiruter Vorstadt Dahieh und Teile der Bekaa-Ebene. Hier betreibt die Organisation seit Jahrzehnten ein Netzwerk aus Schulen, Krankenhäusern und Sozialdiensten und füllt damit eine Lücke in Bereichen, die der schwache und inzwischen bankrotte libanesische Staat nicht abdecken kann. Ihre Effektivität stellte die Organisation zuletzt während der Corona-Pandemie unter Beweis. Rund 25.000 Freiwillige, darunter fast 5.000 Ärzte und Krankenschwestern, zogen in den »Krieg« gegen das Virus, wie Nasrallah vor laufenden Kameras verkündete. Statt der sonst obligatorischen Pick-ups mit aufmontierten Maschinengewehren paradierten diesmal Ambulanzen. Seit 1992 ist die Hisbollah mit Abgeordneten im libanesischen Parlament vertreten. Seit Jahren ist die Partei zudem mit eigenen oder ihr nahestehenden Ministern an der Regierung beteiligt. Auch die aktuelle, im Januar 2020 gebildete Regierung unter dem Technokraten Hassan Diab als Ministerpräsidenten gilt als Hisbollah-nah. Die Schiiten, die durch die Hisbollah und ihre verbündete Partei Amal repräsentiert werden, gelten aufgrund längst überholter Statistiken offiziell als viertgrößte Religionsgemeinschaft im Libanon. In Wahrheit sind die Schiiten aber mit rund 50 Prozent der Bevölkerung die stärkste der elf im Libanon vertretenen Religionsgemeinschaften.

Hisbollah an der Seite der syrischen Regierungstruppen

Als einziger Partei war es der Hisbollah nach dem Abkommen von Taif, das 1989 den libanesischen Bürgerkrieg beendete, aufgrund innerlibanesischer Absprachen gestattet, weiter Waffen zu besitzen. Schon der Rückzug der israelischen Armee im Jahr 2000 aus einer Pufferzone im Südlibanon, die im Rahmen der Operation »Früchte des Zorns« im Jahr 1996 besetzt worden war, wurde von der Hisbollah als Sieg gefeiert. Ihre militärische Schlagkraft stellte die Organisation, die über mehr Kämpfer verfügt als die libanesische Armee, auch 2006 unter Beweis. Nach Zwischenfällen an der Grenze und der Gefangennahme mehrerer israelischer Soldaten auf libanesischem Territorium, griff Israel Ziele im Libanon an. Dabei wurden insbesondere Ziele in der Hauptstadt Beirut angegriffen und wichtige Teile der Infrastruktur zerstört. Im Süden des Landes rückten israelische Bodentruppen vor. Doch der militärische Widerstand der Hisbollah, die den Invasoren in ihrer Hochburg einen Guerillakrieg lieferte, zwang die israelische Armee schließlich zum Rückzug. Es war der erste arabische Sieg über die israelische Armee. Im syrischen Bürgerkrieg griff die Hisbollah auf Wunsch des Iran an der Seite der syrischen Regierungstruppen ein. Die Regierung

von Präsident Assad hat es wesentlich diesen kampferprobten Verbänden zu verdanken, dass sie die dschihadistischen Kampfgruppen der Opposition zurückdrängten und ihre Herrschaft wieder festigen konnte. Weiterhin kämpfen Hisbollah-Milizen in der syrischen Provinz Idlib gegen die dortigen Al-Qaida-nahen Kampfverbände, die von der Türkei unterstützt werden. Ein Großteil der über tausend Luft- und Raketenangriffe, die Israel in den letzten neun Jahren gegen Ziele in Syrien flog, galten iranischen Militärberatern und den Stellungen der Hisbollah. Die Hisbollah ist ein wichtiger Pfeiler der als »Achse des Widerstands« oder »schiitischer Halbmond« bezeichneten Allianz im Mittleren Osten, zu der weiterhin der Iran, die syrische Regierung von Assad und die schiitischen Milizen der Volksmobilisierung im Irak gehören.

Verbot in Deutschland hat nicht überrascht

In Deutschland trat die Hisbollah, die hier anders als etwa radikale türkisch-sunnitische Vereinigungen über keinen eigenen Moscheenverband verfügt, politisch kaum in Erscheinung. Der Verfassungsschutz rechnet ihr hier rund 1000 Mitglieder zu, ein Viertel davon soll in Berlin leben. Die gelben Fahnen der Hisbollah waren lediglich auf dem jährlichen antizionistischen Al-Quds-Marsch in Berlin, dessen Tradition auf einen Aufruf von Ayatollah Khomeini zurückgeht, zu sehen gewesen. Hin und wieder tauchten sie auch auf Demonstrationen gegen die palästinensische Besatzungspolitik oder gegen den israelischen Angriff auf den Libanon im Jahr 2006 auf. Die Berliner Versammlungsbehörde hatte die Fahnen allerdings schon in den letzten Jahren auf dem Al-Quds-Marsch untersagt. Deutschland dient der Hisbollah nach Ansicht von Sicherheitsbehörden als »Rückzugsraum«, um unter der libanesischen Diaspora Gelder für ihre Aktivitäten im Libanon zu sammeln. Wozu eine Partei, die im Libanon in der Regierung vertreten ist und weite Landesteile unter ihrer Kontrolle hat einen »Rückzugsraum« braucht, bleibt dabei das Geheimnis der Sicherheitsbehörden.

Das jetzige Verbot kam nicht überraschend. Vorangegangen war eine jahrelange mediale Dämonisierung der Organisation. Insbesondere in der atlantisch orientierten und liberalen Presse – von Springers BILD und Welt bis zur Wochenzeitung DIE ZEIT und dem Tagesspiegel – war es seit Jahren Usus, die Hisbollah als »Terrormiliz« zu titulieren. Assoziationen der Leser zu den mordenden Kopfabschneiderbanden des sogenannten Islamischen Staates (IS), der gemeinhin mit diesem Attribut versehen wird, sind offensichtlich beabsichtigt. »Die Hisbollah finanziert sich mit Kriminalität, Autoschieberei, Geldwäsche. Deutschland ist für sie ein Rückzugsraum, in dem sie Gelder einwirbt«, behauptet der CDU-Bundestagsabgeordnete Marian Wendt. Stichhaltige Beweise dafür bleiben bislang ebenso aus wie für die von israelischen Think Tanks aufgestellte und von Teilen der deutschen Presse ungeprüft übernommene Behauptung, wonach vermeintlich »kriminelle Clans« libanesischer Herkunft in Deutschland direkt mit der Organisation verbunden seien. Stattdessen erklärte das Landeskriminalamt Berlin, keine Erkenntnisse über Verbindungen zwischen »kriminellen Clans« und der Hisbollah zu haben. Das hinderte freilich die Medien nicht daran, weiterhin Verleumdungen sowohl gegen einzelne Großfamilien mit Wurzeln im Libanon als auch gegen die libanesische Partei zu verbreiten. »Und so betreiben die Clans weiter ungestört ihre Geschäfte, mit denen sie den Terror gegen Israel finanzieren«, behauptete etwa die als liberal geltende Frankfurter Rundschau im Juni 2019.

Auch der »Terror gegen Israel« ist eine der Mythen, mit denen die Dämonisierung der Organisation betrieben wird, wie der Publizist Knut Mellenthin in der junge Welt herausgearbeitet hat. Denn in Wahrheit lässt die Hisbollah weder in Israel noch in den besetzten palästinensischen Gebieten Anschläge durchführen. Den bewaffneten Kampf gegen Israel hat die Hisbollah nach dem Abzug der israelischen Armee aus einer südlibanesischen Pufferzone im Jahr 2000 weitgehend eingestellt. Einen bewaffneten Kampf führt die Hisbollah lediglich um das Gebiet der Schebaa-Farmen, das von Israel gemeinsam mit den syrischen Golanhöhen annektiert wurde. Anders als die palästinensischen Parteien im Gaza-Streifen, schießt Hisbollah auch keine Raketen auf israelisches Territorium. Dies hinderte Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht, anlässlich des israelischen Angriffs auf den Libanon im Jahr 2006 zu behaupten, die Hisbollah habe davor »Israel über Monate mit Raketen beschossen«. Diese Falschbehauptung hatte die Kanzlerin direkt aus einem Artikel des Publizisten Micha Brumlik aus der »Tageszeitung« übernommen. Offizieller Auslöser des Krieges war vielmehr die Gefangenennahme israelischer Soldaten auf libanesischem (!) Territorium gewesen. Die letzten der Hisbollah zur Last gelegten Anschläge im Nahen Osten richteten sich kurz nach Gründung der Organisation in den Jahren 1982 und 83 gegen US-amerikanische und französische Interventionstruppen in Beirut. Ermittlungen zu Anschlägen außerhalb des Mittleren Ostens, die der Hisbollah angelastet werden, wurden bislang nicht beweiskräftig abgeschlossen. In erster Linie geht es hier um zwei Attentate, die in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires in den Jahren 1992 und 1994 auf die israelische Botschaft und das jüdische Gemeindezentrum verübt wurden, wobei 87 Menschen starben, sowie um einen Anschlag auf einen Reisebus in Bulgarien im Jahr 2012, bei dem sieben israelische Touristen getötet wurden.

Tatsächlich war die Bundesregierung schon mehrfach gegen Hisbollah-nahe Organisationen vorgegangen. So wurde bereits 2008 der Sender Al-Manar-TV aufgrund antiisraelischer Propaganda, die tatsächlich auch eindeutig antisemitische Sen-

dungen beinhaltete, mit einem Betätigungsverbot belegt. 2014 folgte ein Verbot des Vereins »Waisenkinder Libanon e.V.«, der Spendengelder in Millionenhöhe für die Angehörigen der im Kampf gefallenen Hisbollah-Milizionäre gesammelt hatte.

Doch vor einem offiziellen Betätigungsverbot für die Gesamtorganisation war die Bundesregierung lange zurückgeschreckt. Noch 2018 erklärte sie auf eine parlamentarische Anfrage der FDP, es sei wichtig, dass im Libanon ein Dialog mit allen relevanten politischen Kräften und Parteien möglich bleibt. »Dem würde derzeit eine Listung von Hisbollah *[als Terrororganisation]* als Ganzes entgegenstehen«. Tatsächlich hat die Bundesregierung im Nahen Osten immer wieder die Rolle eines »diplomatischen Maklers« gespielt, heißt es in der Süddeutschen Zeitung im Mai 2019 – durchaus zum Nutzen Israels. So pflegte die Deutsche Botschaft in Beirut gute Kontakte zur Hisbollah und half als Vermittler in Geiselfällen. Ein BND-Agent trage gar den Spitznamen »Mr. Hisbollah«, da er unter anderem im Falle eines von der Hisbollah gefangenen genommenen israelischen Soldaten als geschickter Vermittler aufgetreten sei, berichtete die Süddeutsche Zeitung. Deutschland machte sich bei dieser Vermittlerrolle zunutze, dass es einerseits ein enger Verbündeter Israel ist und andererseits nicht in offener Feindschaft zum Iran steht. So galt gegenüber der Hisbollah bislang das Argument der »territorialen Neutralität«, heißt es in der Wochenzeitung DIE ZEIT. Verübe Hisbollah keine Anschläge auf deutschem Boden, werde sie nicht verboten, um sich Gesprächskanäle offen zu halten. Innerhalb der EU setzte die Bundesregierung so gegen eine von einigen Regierungen geforderten Aufnahme der Hisbollah auf der Terrorliste den Kompromiss durch, nur den »militärischen Arm« zu listen. Doch im Jahr 2019 wuchs der Druck insbesondere durch die USA, gegen die Hisbollah als Ganzes vorzugehen. US-Botschafter Richard Grenell forderte im Juli letzten Jahres in einem Beitrag für die Tageszeitung Die Welt ein »vollständiges Verbot« der Hisbollah in Deutschland. »Das würde die Hisbollah nicht nur davon abhalten, in Deutschland um Anhänger und Spendengelder zu werben. Damit würde Deutschland ein starkes Zeichen setzen, dass es Gewalt, Terror und antisemitischen Hass in Europa nicht duldet«, erklärte der Botschafter. Zionistische Lobbyorganisationen – mit dem israelischen Ministerium für strategische Angelegenheiten im Hintergrund – warben bei den Abgeordneten für ein Hisbollah-Verbot und die Aufnahme der Gesamtpartei auf die EU-Terrorliste. Zu nennen ist hier etwa die »Werteinitiative«, die nach Recherchen des SPIEGEL bereits bei der Ächtung der gegen die israelische Besatzungspolitik gerichteten Boykottkampagne BDS (Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen) als vermeintlich antisemitisch durch den Bundestag eine Schlüsselrolle gespielt hatte. Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland, das Mideast Freedom Forum und die Deutsch-Israelische Gesellschaft forderten ein Hisbollah-Verbot.

Als erste sprang ausgerechnet die AfD auf den Zug auf und brachte im Juni 2019 einen Antrag für ein Hisbollah-Verbot in den Bundestag ein. Für die faschistoide Partei war dies eine Gelegenheit, die islamfeindliche Karte zu spielen und gleichzeitig vom antisemitischen Bodensatz in den eigenen Reihen abzulenken. Nachdem sich auch die FDP die Verbotsforderung zu eigen gemacht hatte und einen entsprechenden Antrag formulierte, einigten sich die Liberalen und die Regierungskoalition schließlich auf einen gemeinsamen Antrag, der im Dezember 2019 von einer Bundestagsmehrheit angenommen wurde. Darin wurde die Bundesregierung aufgefordert, Hisbollah »zur Terrororganisation« zu erklären und ihre Betätigung auf deutschem Boden zu verbieten. Darüber hinaus wurde die Bundesregierung mit dieser Entschließung aufgefordert, »gemeinsam mit internationalen Partnern Maßnahmen zu ergreifen, die den Einfluss der Hisbollah in der Region und insbesondere in Syrien zurückdrängen«. Mit dieser Aussage, in der eine militärische Komponente zumindest nicht ausgeschlossen wird, sei wahrscheinlich einem »speziellen Wunsch aus Jerusalem« entsprochen worden, vermutete junge Welt-Autor Knut Mellenthin. Ein Antrag der Grünen war im Kern noch schärfer formuliert. Die Linksfraktion hatte sich mehrheitlich auf Enthaltung geeinigt, obwohl eine Minderheit mit dem Koalitionsantrag sympathisierte und eine andere Minderheit unter Verweis auf die Notwendigkeit, die Hisbollah als wichtige Kraft in Nahostlösungsgespräche einzubeziehen, mit Nein votierte.

Internationale Reaktionen

Die internationalen Reaktionen auf das Betätigungsverbot fielen erwartungsgemäß aus. Der israelische Botschafter in Berlin lobte das Verbot als »wichtigen und bedeutsamen Schritt« im »Kampf gegen internationalen Terror«. US-Außenminister Mike Pompeo zeigte sich erfreut, dass sich nun auch Deutschland den Staaten angeschlossen habe, die nicht länger zwischen dem politischen und »terroristischen« Flügel der Hisbollah unterscheiden. Das Verbot sei zu erwarten gewesen, erklärte der Generalsekretär der Hisbollah, Nasrallah, in einer Fernsehansprache. Nasrallah sprach von einer Unterwerfung der Bundesregierung unter die USA. Die Entscheidung Berlins sei »Teil des amerikanisch-israelischen Krieges gegen die Widerstandsbewegung«. Das iranische Außenministerium verurteilte das Verbot der verbündeten Organisation »auf das Schärfste« und sprach von einer »völligen Respektlosigkeit gegenüber der Regierung und der Bevölkerung des Libanons«, da die Hisbollah »ein formeller und legitimer Teil der Regierung und des Parlaments« sei und eine »Schlüsselrolle« im Kampf gegen die Dschihadisten des Islamischen Staates (IS) spiele. Teheran warf der Bundesregierung vor, dem Druck der USA und Israel nachgegeben zu haben. Das Verbot missachte »die Realitäten in Westasien« und beruhe auf den Zielen »der Pro-

pagandamaschine der Zionisten und des verwirrten amerikanischen Regimes«.

Verboten sind von nun an die Symbole der Organisation. Dies betrifft in erster Linie ihr offizielles Logo des grünen Schriftzugs auf gelbem Grund mit dem emporgereckten Sturmgewehr. Nach Angaben der BILD-Zeitung, die sich schon lange für ein Hisbollah-Verbot stark gemacht hatte, könnte auch das von der Hisbollah verwendete Zitat der fünften Sure des Koran »Allahs Schar wird siegreich sein«, nach der sich die Partei benannt hat, in gewissen Kontexten als verbotene Ersatzsymbolik gelten. Ebenfalls als Ersatzsymbolik könnten Slogans, die sich auf den »islamischen Widerstand im Libanon« beziehen, gewertet werden, da die Hisbollah sich selbst als Teil der al-Moqawama (Widerstand) bezeichnet. Auch Porträts von Hisbollah-Generalsekretär Nasrallah können, wenn sie öffentlich zur Schau gestellt werden, unter das Verbot fallen, meint die BILD-Zeitung und zieht dabei eine direkte Parallele zum Verbot von Bildern des PKK-Vordenkers Abdullah Öcalan. Anders als die zahlreichen Anhänger der kurdischen Befreiungsbewegung unter der millionenstarken kurdischen Diaspora in Deutschland, die regelmäßig mit großen Demonstrationen oder Festivals auf sich aufmerksam machen und mit diesen Mobilisierungen direkt auf Ereignisse im Mittleren Osten reagieren, sind Hisbollah-Sympathisanten in Deutschland allerdings bislang nur in seltenen Fällen auf die Straße gegangen.

Wie sich das Betätigungsverbot in der Praxis auswirken wird, ist von daher noch offen. Empfindlicher als durch das Verbot ihrer Symbole könnte die Organisation durch das nun erleichterte Verbot von Spendensammlungen getroffen werden. Das Verbot sei »zu verstehen als Signal vorauseilender Unterstützung der israelischen Politik in Zeiten, in denen die Annexion weiter Teile Palästinas unmittelbar bevorsteht«, meint der emeritierte Professor für Internationale Politik und Friedensaktivist Werner Ruf in einem Kommentar für die junge Welt. Julien Barnes-Dacey, Direktor des Think Tanks »Nahost- und Nordafrikaprogramm des European Council on Foreign Relations« (ECFR), spricht gegenüber der taz von einer »symbolischen Entscheidung«, da die Hisbollah keine nennenswerte materielle Präsenz in Deutschland habe. Barnes-Dacey sieht das Verbot daher »eher im Kontext eines geopolitschen Vorgehens … als dass es notwendigerweise von Antisemitismus-Bedenken getrieben war«. Den USA ginge es darum, »im Rahmen ihrer Kampagne für maximalen Druck gegen den Iran, auch Druck auf die Hisbollah auszuüben«.

Absehbar ist, dass die USA, die israelische Regierung und zionistische Lobbyorganisationen als nächsten Schritt eine Listung der gesamten Hisbollah auf der EU-Terrorliste fordern. Während von der Bundesregierung, die ja bereits im September 2019 der Generalbundesanwaltschaft eine Verfolgungsermächtigung gegen die Hisbollah als »ausländische terroristische Vereinigung« nach Paragraph 129b StGB erteilt hat, hier kein Widerstand mehr zu erwarten ist, dürfte Frankreich als ehemalige Kolonialmacht über Libanon den realistischeren Blick bewahren und weiterhin sein Veto einlegen.

Die Bundesregierung hat sich jedenfalls keinen Gefallen mit dem Hisbollah-Verbot getan. Auch wenn ihre geheimdienstlichen Kontakte mit der Organisation nicht allzu sehr leiden dürften, hat sie sich zumindest im öffentlichen außenpolitischen Agieren unnötigerweise die Hände gebunden. Hier wiederholt sich eine Politik, die die Bundesregierung bereits mit ihrer einseitigen Fixierung auf die Türkei betreibt und durch die sie sich etwa um Gestaltungsspielraum in Syrien und gegenüber der Autonomieverwaltung von Rojava aber auch gegenüber den Kurden in der Türkei und nicht zuletzt der kurdischen Diaspora in Deutschland bringt.

Die Hisbollah ist ein, oder sogar der wichtigste, Faktor in der libanesischen Politik. Ohne sie wird es keine Stabilität im Zedernstaat geben. Angesichts andauernder israelischer und US-amerikanischer Drohungen werden ihre bewaffneten Kräfte von Libanesen weit über die schiitische Bevölkerung hinaus als Garanten für die Unabhängigkeit des Landes gesehen.

Doch ihre Zugehörigkeit zur »Achse des Widerstands« und ihre Rolle im Kampf gegen die westliche Regime-Change-Politik in der Region machen aus der Hisbollah, anders als es manche in primitiv-antiimperialistischem schwarz-weiß-Denken verfangene Linke in Deutschland glauben, nicht automatisch zu einer progressiven Kraft in der libanesischen Innenpolitik.

Als im vergangen Herbst überkonfessionelle Massenproteste gegen hohe Lebenshaltungskosten, steigende Medikamentenpreise, fehlende Jobs, Misswirtschaft und Korruption den Libanon erschütterten, beschuldigte Nasrallah »ausländische Kräfte« dahinter zu stecken, um einen neuen Bürgerkrieg zu provozieren. Während die Kommunistische Partei des Libanon, die mit der Hisbollah außenpolitisch ansonsten den antiimperialistischen Schulterschluss geprobt hatte, zum Generalstreik aufrief, forderte der Hisbollah-Führer stattdessen seine Anhänger dazu auf, die Straßen zu verlassen und die Proteste zu beenden. Es kam in der Folge zu gewaltsamen Angriffen von Hisbollah-Anhängern auf die Protestbewegung. Während die Demonstranten nicht nur den Rücktritt der Regierung, sondern das Ende des auf konfessionellen Proporz beruhenden politischen Systems des Libanon forderten, setzte die Hisbollah in dieser entscheidenden Situation auf den Fortbestand des Bündnisses mit den korrupten Eliten, um ihre eigene Machtposition nicht zu gefährden. ♦

Mutmaßlichen Funktionär des IS in Frankfurt am Main vor Gericht

Anklagepunkt Völkermord

Luqman Guldivê, Journalist

In Frankfurt läuft gerade ein Prozess gegen einen mutmaßlichen Funktionär des sogenannten Islamischen Staat (IS), unter anderem wegen Völkermordes. Es fällt schwer, daran zu glauben, dass die deutsche Justiz endlich einmal einen solchen Fall verhandelt. Die Vergangenheit der bundesdeutschen Politik und Justiz beweist uns, dass sich dies als äußerst schwierig gestalten kann. Es werden sich nicht viele daran erinnern können, aber im März 2013 gab es im Bundestag eine Sondersitzung über die Anfal-Operation, wie Saddam Husseins Völkermord an den Kurden und Kurdinnen bezeichnet wird. Der Anlass damals war der 25. Jahrestag des Giftgas-Angriffes gegen Helepçe (Halabdscha); mehr als 5000 Menschen starben an diesem 16. März 1988 einen qualvollen Tod. Mehrere Tausend Menschen starben später an den Folgen. Tausende weitere Opfer leiden heute noch an den Vergiftungen. Mindestens 52 % der Anlagen, in denen Giftgas produziert wurde, wurden aus der BRD geliefert. Dies zeigt eine sehr klare Mitverantwortung Deutschlands, zumindest weil die Lieferung weder durch die Gesetzgebung noch durch Kontrolle verhindert wurde.

Eine sonst kaum vorhandene Einigkeit fast aller im Bundestag vertretenen Fraktionen war zu beobachten. Fast alle waren sich einig, dass es sich um eine sehr schlimme Angelegenheit handle, bezeichneten den Völkermord aber nicht als solchen. Dieselben sagten mehrmals, dass die Bundesrepublik Deutschland keine Mitverantwortung an der »Tragödie« der Kurd*innen in Helepçe trage. Der Antrag der Sozialdemokraten und der Grünen-Fraktion forderte keine Anerkennung als Völkermord, sondern nur, dass weiter Geld für humanitäre Projekte in Helepçe zur Verfügung gestellt wird. Die damalige Koalitionspartnerin, die CDU/CSU, wollte ursprünglich diesen Antrag unterstützen, aber wegen der Formulierung, das Geld für die Opfer könne »bei Bedarf« aufgestockt werden, zog sie ihre Unterstützung zurück. Philipp Mißfelder, damaliger außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, brachte die Begründung auf den Punkt: »Als Regierungsfraktionen müssen wir uns mit dem Auswärtigen Amt abstimmen, wenn sich aus einem Antrag finanzielle Ansprüche ergeben.« Die Frage, warum Deutschland das Massaker von Helepçe nicht als Völkermord anerkennt, kann nur mit »Weil sich die Bundesregierung vor den finanziellen Konsequenzen fürchtet«, beantwortet werden. Nur die Linkspartei tanzte aus der Reihe, sie forderte die Anerkennung des Völkermordes als solchen, genauso wie die Mitverantwortung der BRD. Es blieb natürlich bei der sonderbaren Einigkeit: »Durch die damalige Gesetzgebung habe die Regierung nicht anders handeln können.« Somit wurde ihnen keine Schuld zuteil. Auch spätere Gesetzesgeber*innen und Regierungen haben kaum etwas unternommen, sodass fast alle beteiligten Firmen unangefochten blieben.

Die Teestunde Gabriels mit Çavuşoğlu und der saubere Völkermord in Efrîn

Anfang des Jahres 2018, als die ethnische Säuberungsaktion der Türkei gegen die Kurd*innen in Efrîn in vollem Gange war, stand die BRD voll hinter ihrem NATO-Partner Türkei, sodass Leopard-Panzer eine wichtige Rolle in diesem Völkermord spielen konnten. Eine Teestunde des damaligen Außenministers Sigmar Gabriel mit seinem türkischen Amtskollegen Çavuşoğlu wird wahrscheinlich später vom Bundestag auch nicht als Mittäterschaft betrachtet, der Einsatz der Leopard-Panzer erst recht nicht. Die BRD tut sich wirklich schwer mit der eigenen Geschichte; sie hat die volle Verantwortung der politischen Entscheidungen ihrer Vorgänger nicht wirklich und erst gar nicht ehrlich verarbeitet; der sogenannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und das Massaker vom 19. Februar in Hanau sind sehr deutliche Anzeichen dafür.

Unerwartet und durch Zufälle zu einem besonderen Prozess in Deutschland

Wie kommt es nun zu einer Anklage des Generalbundesanwalts wegen Völkermordes (an den Êzîd*innen)? Insbesondere, da die Ehefrau des Angeklagten IS-Funktionärs in Frankfurt, Jennifer W., eine deutsche Staatsbürgerin, in München

nicht wegen Völkermordes angeklagt wird; ihr wird Beistand zum Mord an einem 5-jährigen êzîdischen Mädchen, das sie als Sklavin hielt, vorgeworfen. Der in Frankfurt Angeklagte Taha al-J. ist Iraker; im Irak selbst ist der Völkermord gegen Êzîd*innen als solcher anerkannt.

Das erklärt selbstverständlich nicht, warum es zu dieser Anklage gekommen ist, sondern nur, warum diese Anklage nicht verhindert wurde. Bekannt ist, dass das Ganze nur zufällig ins Rollen geraten war: Die BRD versuchte, eine deutsche Staatsangehörige daran zu hindern, erneut nach Syrien einzureisen. Dort würde sie sich erneut dem IS anschließen, waren die sie observierenden Beamt*innen fest überzeugt. Sie wird also verhaftet. Unterwegs nach München erzählte Jennifer W. von der Sklaverei, die sie in Syrien betrieben hatte, und vom Mord an einem 5-jährigen Mädchen. Jennifer W. wurde festgenommen und angeklagt. Sie versuchte, die ganze Schuld auf ihren Ehemann (bzw. ehemaligen Ehemann) Taha al-J. zu schieben. Und derselbe Taha al-J. wurde im Mai 2019 in Griechenland festgenommen. Im Oktober 2019 wurde er an die BRD ausgeliefert und nach Frankfurt geflogen. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage gegen den mutmaßlichen Mörder, Sklavenhalter, Kriegsverbrecher und Völkermordbeteiligten – er selbst bot in der Türkei Menschen an, sie im Umgang an Sprengstoffen auszubilden.

Die Verhandlungen dauern an und es werden womöglich noch viele Zeug*innen aussagen. Im weiteren Verlauf wird sich zeigen, ob der Angeklagte tatsächlich wegen Völkermordes verurteilt wird. Das würde auch justiziell Geschichte machen.

Mögliche Folgen einer Verurteilung

Am 27. April 2020 hat die Hauptverhandlung vor dem 5. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main begonnen. Bis jetzt konnten die Zeug*innen und Expert*innen eher nur allgemeine Tatsachen untermauern. Die Tatsache der Sklavenhaltung und dass der Angeklagte auch in der Türkei für den IS Propaganda machte und bereit war, Menschen auszubilden, die mit Sprengstoff umgehen sollten, weisen darauf hin, dass der Angeklagte bewusst am Völkermord teilgenommen hat.

Die Verhandlungen dauern an und es werden womöglich noch viele Zeug*innen aussagen. Im weiteren Verlauf wird sich zeigen, ob der Angeklagte tatsächlich wegen Völkermordes verurteilt wird. Das würde auch justiziell Geschichte machen, da in der BRD sehr selten wegen Völkermordes angeklagt oder gar verurteilt wurde. Eine Verurteilung aus diesem Grund könnte möglicherweise dazu führen, dass der (ehemaligen) Ehefrau des Angeklagten auch wegen Völkermords der Prozess gemacht wird. Es bestünde auch die Möglichkeit der Forderung, dass mit denselben Anklagepunkten Prozesse gegen deutsche IS-Mitglieder, die sich in Rojava/Nord- und Ostsyrien in Haft befinden, geführt werden.

Vernetzung und Zusammenarbeit organisieren

Wie die offizielle Haltung dazu auch sein wird, es ist wichtig, die Nebenklage zu unterstützen: mit Informationen, Zeug*innenaussagen aus Rojava, Şengal und südkurdischen Flüchtlingslagern sowie mit offiziellen Gesuchen seitens der Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien. Eine Zusammenarbeit aller kurdischen, êzîdischen Akteure und Frauenorganisationen ist diesbezüglich entscheidend. Organisationen wie MafDad (Verein für Demokratie und internationales Recht) könnten gegebenenfalls ihre Expertise für all diese Akteure zugänglich machen und eine begleitend-beratende Rolle spielen, gar in anderen Fällen als Teil der Nebenklage agieren. Denn in diesem Prozess geht es für all diese Akteure tatsächlich nicht darum, dass der Angeklagte unter anderem wegen Völkermordes verurteilt wird. Es geht vielmehr darum, dass der Völkermord gegen die Êzîd*innen juristisch thematisiert wird und damit ein Präzedenzfall für zukünftige Anklagen wegen Völkermordes darstellen kann.

Die von mir oben in Erwägung gezogene Zusammenarbeit und Vernetzung könnte auch über die Kurd*innen und Êzîd*innen hinausgehen und noch weitere Akteure erreichen. Menschenrechtsorganisationen, die in früheren Völkermordprozessen in Den-Haag oder während der vielen Ruanda-Völkermordprozesse eine Rolle als Nebenkläger spielten oder als Beobachter fungierten, könnten sich allein durch ihre Erfahrung als mehr als hilfreich erweisen.

Der Prozess in Frankfurt ist daher nicht irgendein Prozess gegen ein mutmaßliches IS-Mitglied, sondern eine Möglichkeit, in der sich die sonst verschlossene deutsche Justiz öffnet und, wenn auch nur begrenzt, einen kleinen Teil von Gerechtigkeit herstellen könnte. Wenn auch nur wenig Hoffnung besteht, müssen wir dennoch versuchen, sie dazu zu bewegen, denn von sich aus würde sie das nicht tun. ♦

Hasankeyf fast vollständig im Stausee versunken – das ist kultureller Genozid!

Der Kampf gegen zerstörerische Großprojekte geht weiter!

Ercan Ayboga, Ökologiebewegung Mesopotamiens

Nach über 20 Jahren Widerstand und Rückschlägen hat es der türkische Staat geschafft, den Ilısu-Staudamm inklusive Wasserkraftwerk fertigzustellen und ein Großteil des Tigristales einschließlich Hasankeyf (kurdisch: Heskîf) zu fluten und in einen Stausee zu verwandeln. Doch der Kampf gegen dieses Herrschaftsprojekt der Zerstörung und Ausbeutung geht sowohl am Tigris als auch in ganz Kurdistan und darüber hinaus weiter. Denn die ökologische Bewegung erstarkt wieder, und kein Bauwerk ist für die Ewigkeit.

Am 19. Mai 2020 verkündete die autoritäre und zutiefst antidemokratische Regierung der Republik Türkei in einer online übertragenen Pressekonferenz die Inbetriebnahme der ersten Turbine des Ilısu-Wasserkraftwerkes. Präsident Erdoğan verbreitete dort gezielt Falschinformationen und Lügen über die angeblichen Vorteile des Ilısu-Projektes. Dabei betonte er besonders, dass vom Ilısu-Projekt der Wind der Geschwisterlichkeit und des Friedens ausgehe. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Denn jetzt kann der türkische Staat dem Irak in erheblichem Umfang das Wasser abgraben. Rojava (Nordsyrien) kann in einem kleineren Gebiet ebenfalls schwer getroffen werden. Denn nun hat die Türkei die Möglichkeit, über Wochen oder gar Monate den Tigris aufzustauen. Der ohnehin in seiner Außenpolitik aggressiv auftretende und von der NATO wie auch durch Russland darin ermutigte türkische Staat, der die UN-Konventionen über eine einvernehmliche Nutzung grenzüberschreitender Gewässer nicht ratifiziert hat, kann den Wasserdurchfluss einfach durchbrechen. Und sehr wahrscheinlich wird kein Staat – nicht einmal der von der Wasserzufuhr abhängige Irak – offiziell dagegen protestieren. So sieht es momentan leider aus. Aber die Menschen in Mittel- und Unter-Mesopotamien, die extrem unter der Situation leiden, werden auf die Straße gehen. Die Völker des Irak könnten ihren Staat wie im letzten Winter durch einen Aufstand zum offenen Protest zwingen. Könnten!

Versenkte Kultur

Hasankeyf liegt mittlerweile weitestgehend unter dem künstlichen Ilısu-Stausee. Der Blick auf diesen seit 12.000 Jahre durchgehend besiedelten Ort ist zweifellos für die meisten von uns erschütternd. Nur wenige Gebäude des bis vor kurzem bewohnten Ortes sind noch zu sehen, darunter der obere Bereich der Burg. Alles andere liegt unter dem Wasser des 136 Kilometer langen Stausees, der inzwischen vollgelaufen ist. Oft wurde die Zerstörung des kulturellen Erbes durch dieses Projekt kritisiert. Das jedoch greift viel zu kurz. Denn es handelt sich hierbei um einen kulturellen Genozid! Ein großer Landstrich entlang des oberen Tigris wurde geflutet ohne umfassend erforscht zu haben, was die Menschen in den vergangenen etlichen Tausend Jahren hier geschaffen haben. Hunderte Orte eines global gesehen einzigartigen kulturellen (und auch Natur-) Erbes sind nun nicht mehr erreichbar. Die Zerstörung in Ober-Mesopotamien ist aus kultureller und historischer Sicht noch dramatischer als die Zerstörung von Palmyra in Syrien durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) oder der Buddha Tempel in Afghanistan durch die Taliban. Hasankeyf ist ebenso bedeutend wie die 12.000 Jahre alte Tempelanlage Göbekli Tepe, die nur 230 Kilometer westlich gelegen ist.

Widerstand

Von 1998 bis heute engagierten und engagieren sich Hunderte Menschen und Dutzende Organisationen in Nordkurdistan, der Türkei, im Mittleren Osten und vielen weiteren Staaten gegen das Ilısu-Projekt, das weltweit eine der umstrittensten Talsperren ist. Mehre Male gab es in der Vergangenheit auch Erfolgsmomente wie 2002 und 2009, als die europäische Finanzierung gestoppt wurde. 2013 stoppte ein Verwaltungsgericht das Projekt, 2014 mussten nach Intervention der Volksverteidigungseinheiten (HPG) die Arbeiten ruhen, und 2015 streikten die Arbeiter*innen wegen schlechter Arbeitsbedingungen.

Bei keinem anderen Investitionsprojekt legte der Staat sich so ins Zeug, um es fertigzustellen. Gegen kein anderes zerstörerisches Projekt in Nordkurdistan und in der Türkei wurde so lange Widerstand geleistet. 2019 wurde die Kampagne zur Rettung von Hasankeyf verstärkt vorangetrieben, aber es hat nicht ausgereicht, dass Projekt zu verhindern.



Das 12.000 Jahre alte Hasankeyf ist fast vollständig im Stausee versunken. Foto: kr

Soziale Folgen

Für die Menschen, die lange gekämpft haben, ist es besonders schwer zuzusehen, wie alles im Wasser verschwindet. Noch dramatischer ist es für die mehr als 20.000 Vertriebenen aus dem Tigristal, die nun unter sehr schwierigen ökonomischen Verhältnissen leben müssen. Weitere 60.000 Menschen, deren Häuser zwar nicht überflutet, aber deren Lebensgrundlage zerstört wurde, sind in die Armut getrieben worden. In wenigen Jahren wird das die Landflucht verstärken.

Ist nun alles vorbei? Die vollständige oder teilweise Flutung von 199 Dörfern einschließlich Hasankeyf ist eine Tatsache, die wir über Wochen begleitet haben. Dennoch ist die Antwort NEIN! Es gibt bedeutendere Gründe, weshalb der Kampf weitergehen muss. Die Gerichtsverfahren der enteigneten Menschen werden fortgeführt, und einige haben immer noch keine Entschädigung oder nur einen Teil des ihnen zustehenden Geldes erhalten. Je mehr Druck es gibt, desto früher und desto mehr werden sie bekommen.

Die vielen Vertriebenen sind in ihren neuen Wohnorten (zumeist großen Städten) mit vielschichtigen sozialen und psychischen Problemen konfrontiert. Ein besonderes Augenmerk sollte auch auf den Anwohner*innen liegen, deren Häuser nicht überflutet wurden, denn für sie besteht die Gefahr, auch noch vertrieben zu werden.

Die Zerstörung des physischen Kulturerbes geht weiter. Anfang Juni 2020 zeigten Bilder, wie der Kleine Palast an der nordöstlichen Ecke der Burg im Wasser stand, was bedeutet, dass die zu ihrem Schutz gebaute Stützmauer inzwischen wasserdurchlässig ist. Das heißt die riesige und bis zu 80 Meter hohe »Schandmauer« aus Schutt und Beton wird den Einsturz der Burg nur hinauszögern aber nicht verhindern können. Damit entbehrt die offizielle Propaganda, der zufolge Hasankeyf mit dem Ilısu-Projekt gerettet werde, noch offensichtlicher jeglicher Grundlage. Währenddessen geht der Bau des »Kulturparks« in Neu-Hasankeyf weiter; noch ist nicht ersichtlich, was bei der Versetzung von sieben Monumenten alles verloren gegangen ist.

Ungeheure Kosten

Das Ilısu-Projekt hat viel mehr Geld verschlungen, als offiziell angegeben wurde. Es wird aber zukünftig noch viel mehr kosten. Am 19. Mai wurde publik, dass das Projekt insgesamt 18 Mrd. TL gekostet habe, also etwa 3 Mrd. Euro. Jahrelang wurde immer nur von 2 Mrd. Euro an Gesamtkosten (einschl. der »Umsiedlungskosten«) gesprochen. Das Projekt ist also offiziellen Angaben zufolge 50 % teurer als geplant. Das ist typisch für solche Megaprojekte, sie kosten der Gesellschaft viel mehr als angekündigt, und Konzerne können die erwarteten großen Profite einfahren. Wir gehen davon aus, dass es noch weit teurer wird. Denn eine Reihe sozialer Kosten werden in anderer Form von Privathaushalten und Kommunen getragen. Und sollte in den nächsten Jahren eine große Dürre kommen, dann wird Ilısu deutlich weniger Strom produzieren als errechnet. Auch dies bedeutet höhere Kosten für die öffentliche Hand, da das Ilısu-Konsortium vertraglich festgelegte Zahlungen erhält.

Möglichkeit der Renaturierung

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der die Fortführung der Kampagne notwendig macht: Das Ilısu-Projekt ist für Natur und Mensch eine Katastrophe, und es ist nicht für die Ewigkeit gebaut, denn es besteht aus Beton, Mauerwerk, Stahl und weiterem industriell gefertigtem Material. Die Gesetze der Natur jedoch bestehen weiter, sie würden auch eine Renaturierung ermöglichen. So könnte das Tigristal nach einem Stopp des Projektbetriebes und dem Ablauf des aufgestauten Wassers sich innerhalb nur weniger Jahre in einen naturnahen Zustand zurückentwickeln. Ein Rückbau des Ilısu-Staudammes ist nicht illusorisch, da der Entwicklungsstand der Technik und internationale Erfahrung sehr konkrete Möglichkeiten bieten. Für die Renaturierung des Tigristales ist der Rückbau des Absperrbauwerks nicht zwingend erforderlich aber im Lauf der Jahre möglich. Die wichtigere Herausforderung ist ein sinnvolles und ökologisches Management des angeschwemmten Sediments im Staubecken. Natürlich müsste für einen Rückbau der politische Rahmen geschaffen werden. Notwendig ist die Demokratisierung des Staates und die Autonomie Nordkurdistans, was zum Überleben grundlegend erforderlich ist.

Die Fortführung des Kampfes gegen das Ilısu-Projekt ist auch deshalb wichtig, um gegenüber anderen natur- und umweltzerstörerischen Großprojekten des Staates nicht in die Defensive zu geraten und um Perspektiven aufzuzeigen, dass verloren gegangene Gebiete, zerstörte Lebensgrundlagen und zerstörtes Kulturerbe zurückgewonnen werden können. Gerade ein Erfolg gegen das Ilısu-Projekt könnte Aktivist*innen anderer sozial-ökologischer Kämpfe im Mittleren Osten und darüber hinaus motivieren, trotz der Fertigstellung eines Projektes weiterzumachen. Bei Kohle- und Atomkraftwerken haben solche Kämpfe in einigen Staaten dieser Welt in den letzten Jahren Erfolg gezeigt.

Virtuelle Versammlung des Wasserforum Mesopotamien

Nach dem 1. Wasserforum Mesopotamien im April 2019 in Silêmanî (Südkurdistan) gingen in den letzten Monaten die Diskussionen der beteiligten Organisationen weiter, ein zweites Wasserforum Mesopotamien in 2021 zu organisieren. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Nordkurdistan hatten sich letztes Jahr dazu bereit erklärt. Als die Covid-19 Pandemie sich ab März 2020 auch auf die Staaten Mesopotamiens auswirkte, entstand die Idee, eine virtuelle Versammlung zur Bewertung des letzten Jahres und der aktuellen Pandemiezeit sowie zur Diskussion von Vorschlägen für das 2. Wasserforum Mesopotamien durchzuführen. Erst wurden für Irak, Südkurdistan, Iran, Syrien, Türkei und Nordkurdistan »lokale« digitale Diskussionen und am 16. und 17. Mai 2020 schließlich die virtuelle Versammlung des Wasserforum Mesopotamien veranstaltet. Während in den lokalen Versammlungen insgesamt 150 Aktivist*innen und Interessierte teilnahmen, waren es am 16. und 17. Mai immerhin 80 Personen aus ganz Mesopotamien und darüber hinaus, die Vorträge hielten und gemeinsam diskutierten.

Hervorgehoben wurde bei der virtuellen Versammlung, dass vor allem die Türkei im Schatten der Pandemiebekämpfung repressive Maßnahmen vornimmt, um umstrittene Investitionen und Projekte, die zuvor ruhten oder nur langsam vorankamen, durchzusetzen. So z. B. ein seit Jahren von der Bevölkerung heftig kritisiertes Wasserkraftwerk im Zîlan-Tal in der Provinz Wan. Auch geplante Proteste gegen die weitere Stauung durch den Ilısu-Staudamm waren nicht möglich.

Die Pandemie zeigte außerdem die Schwächen der ökologischen Bewegungen in ganz Mesopotamien, dabei insbesondere den fehlenden engen Bezug zur breiten Bevölkerung. Andererseits bietet die Pandemie auch Möglichkeiten, mehr Menschen als sonst zu erreichen. Denn die Mehrheit der Bevölkerung sucht nach Antworten und Zukunftsperspektiven angesichts der zunehmenden ökonomischen Krise. Dafür sollten die sozialen Medien effektiver als bisher genutzt werden. Kurze Erklärungen mit visueller Unterstützung könnten sehr dabei helfen, da immer seltener längere Texte gelesen werden.

Bezüglich des geplanten 2. Wasserforum Mesopotamien wurde betont, dass aus allen Teilen Mesopotamiens eine aktive Beteiligung notwendig ist, da sonst ein, zwei geografische Gebiete dominieren. Insbesondere Iran und Rojava/Syrien sind noch unterrepräsentiert. Aufgefallen ist, dass die Aktivist*innen wegen der mangelnden gemeinsamen Sprachkenntnisse nur bedingt miteinander kommunizieren können. Grund dafür sind die Kolonialisierung durch westliche Staaten sowie die Politik der nachfolgenden Nationalstaaten. Dieses Problem muss auch durch mehr gemeinsames Engagement und regelmäßige Kampagnen überwunden werden.

Die virtuelle Versammlung hat dazu beigetragen, dass sich Aktivist*innen aus vier Staaten und mindestens sechs Ländern Mesopotamiens besser kennengelernt haben. Die demokratische Zivilgesellschaft Mesopotamiens hat begonnen, die Gesellschaften auf der anderen Seite der Grenzen zu verstehen. Und zwar durch eigenes Engagement und nicht durch die Bevormundung von Staaten, internationalen NGOs oder anderen Organisationen. Dies fördert tatsächlich nicht nur die sogenannte »Völkerverständigung«, sondern Solidarität und demokratisches Bewusstsein. Die virtuelle Versammlung wurde unter der Parole »Frieden durch Wasser« beendet. ♦

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild: Auf dem »Demokratiemarsch« der Demokratischen Partei der Völker (HDP) mit Ziel Ankara.

Rückseite: Kasim Engin wurde am 27. Mai bei einem Angriff der türkischen Luftwaffe in den freien Bergen Kurdistans getötet.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

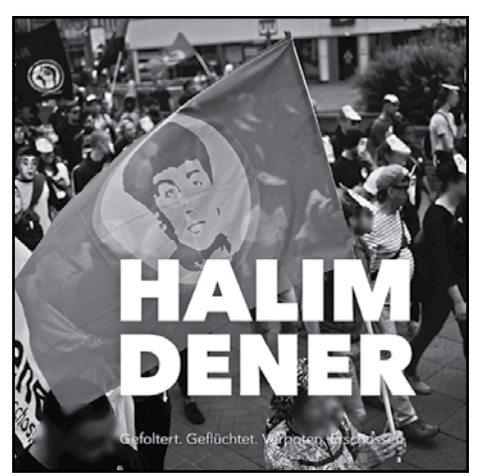
Halim Dener – Gefoltert. Geflüchtet. Verboten. Erschossen

Eine Buch-Neuerscheinung der Kampagne Halim Dener

Halim Dener flüchtete 1994 vor Krieg, staatlicher Repression und Polizeigewalt aus seiner Heimat Bingöl und beantragte als 16-jähriger Jugendlicher in Deutschland Asyl. Er geriet in ein Land, das ein paar Monate zuvor – am 26.11.1993 – das sog. PKK-Verbot erlassen hatte. Mit diesem Verbot wurde die PKK als »terroristische Vereinigung« gebrandmarkt und jede Betätigung für sie als nach dem Vereinsgesetz verboten erklärt. Seitdem sind die Symbole der PKK und die mit ihr verbundenen Organisationen verboten, darunter auch die ERNK (Enîya Rîsgarîa Netewa Kurdistan – Nationale Befreiungsfront Kurdistans). Halim Dener wurde beim Plakatieren eines Plakates der ERNK in Hannover von einem Polizisten aus kurzer Entfernung in den Rücken geschossen. Ein Mord, der letztinstanzlich von der deutschen Justiz als »Unfall« gewertet wurde, der Täter freigesprochen.

Der Name Halim Dener ist heute für viele kurdische Aktivistinnen und Aktivisten, aber auch für viele andere kein Unbekannter. Mit dem Schicksal des geflohenen kurdischen Jugendlichen verbinden sich verschiedene politische Entwicklungslinien und Konflikte.

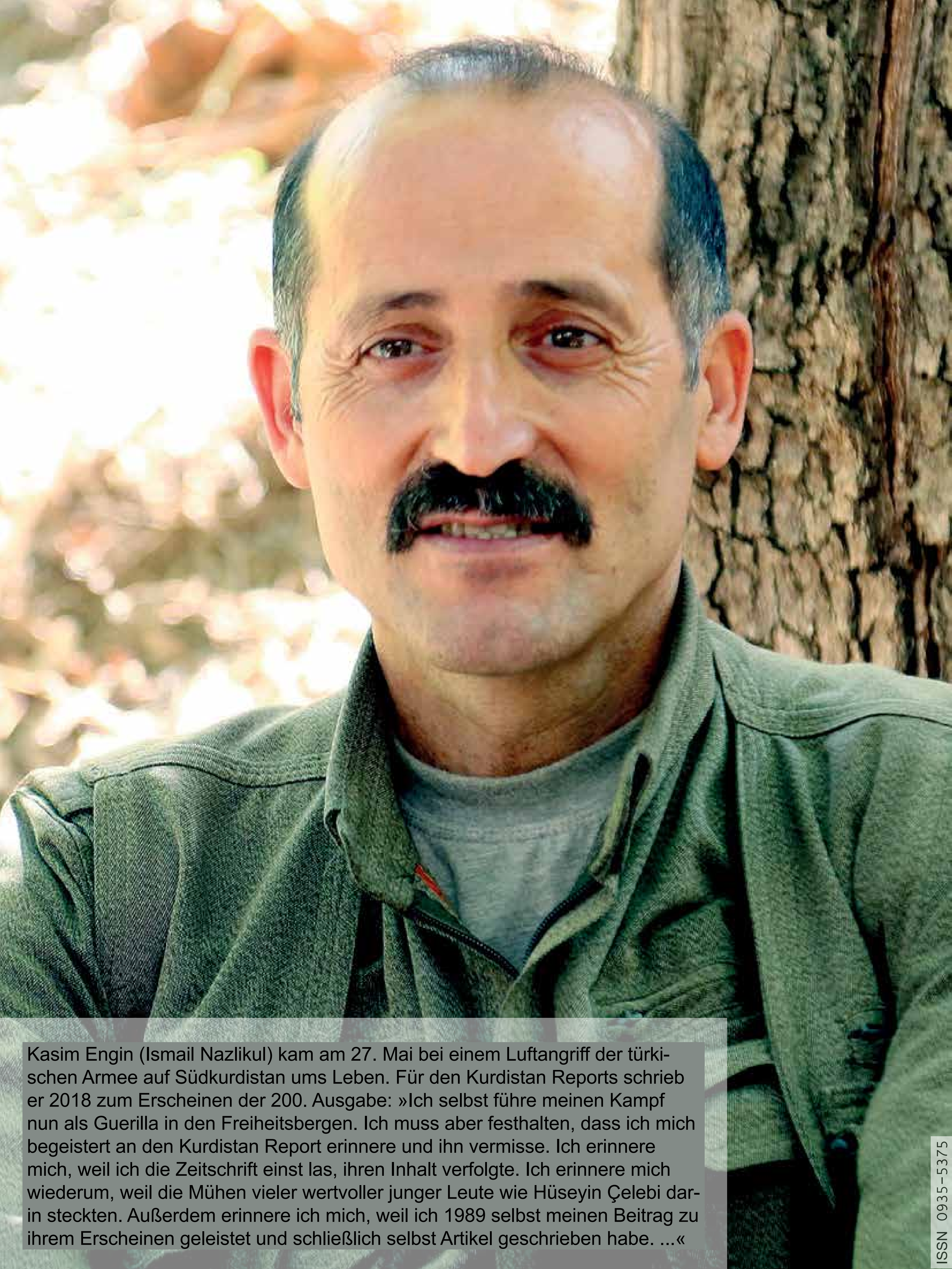
Das 230 Seiten umfassende Buch soll sowohl zum würdevollen Gedenken an



Halim Dener beitragen als auch die Bedeutung von Erinnerungskultur, Protest und Widerstand für zukünftige politische Arbeiten hervorheben.

Es besteht aus zwei Teilen, von denen der erste sich mit der Geschichte Halim Deners und seines Todes, sowie den Verhältnissen und Ereignissen in den 1990er Jahren beschäftigt. Die Beiträge befassen sich mit der historischen und aktuellen Situation in Kurdistan, die Grund für Halims Flucht im Jahr 1994 waren, und sie beleuchten die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, zu denen auch Halim einst gehörte, sowie die Rahmenbedingungen in Deutschland. Die Repression gegen die kurdische Bewegung ist ebenso Thema wie die überregionalen Proteste, die der Tod Halims bereits 1994 auslöste, und die ersten Initiativen für ein Gedenken und Erinnern. Den Abschluss des ersten Teils bilden zwei Prozessberichte zum Gerichtsprozess gegen den Polizeibeamten, der Halim 1994 erschossen hat.

Der zweite Teil der Broschüre widmet sich Überlegungen zu einer Erinnerungskultur rund um das Schicksal Halim Deners und nimmt die Erfahrungen der Kampagne Halim Dener zur Grundlage für Gedanken zum Verhältnis zwischen kurdischer Freiheitsbewegung und der Linken in Deutschland. Den Abschluss dieses Bandes bildet ein Text über die Entstehung und die Aktivitäten der Kampagne von 2014 bis 2019, einer vorläufigen Bilanz und einem Ausblick.



Kasim Engin (Ismail Nazlikul) kam am 27. Mai bei einem Luftangriff der türkischen Armee auf Südkurdistan ums Leben. Für den Kurdistan Reports schrieb er 2018 zum Erscheinen der 200. Ausgabe: »Ich selbst führe meinen Kampf nun als Guerilla in den Freiheitsbergen. Ich muss aber festhalten, dass ich mich begeistert an den Kurdistan Report erinnere und ihn vermisse. Ich erinnere mich, weil ich die Zeitschrift einst las, ihren Inhalt verfolgte. Ich erinnere mich wiederum, weil die Mühen vieler wertvoller junger Leute wie Hüseyin Çelebi darin steckten. Außerdem erinnere ich mich, weil ich 1989 selbst meinen Beitrag zu ihrem Erscheinen geleistet und schließlich selbst Artikel geschrieben habe. ...«

ISSN 0935-5375